

Krieg und Gewerkschaften



Krise der Friedensbewegung

Gewerkschaften und Krieg

Aufrüstung 1950 – 1952

Dokumente aus der
Zeitschrift »Arbeiterpolitik«

Herausgegeben

von der Gruppe Arbeiterpolitik

1984

Krieg und Gewerkschaften

Krise der Friedensbewegung

Gewerkschaften und Krieg

Aufrüstung 1950 – 1952

Dokumente aus der
Zeitschrift »Arbeiterpolitik«

Herausgegeben
von der Gruppe Arbeiterpolitik
1984

Impressum:

1. Auflage, Bremen 1984

Herstellung und Vertrieb: Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Arbeiterbewegung e.V. (GFSA), Postfach 15 02 47, 2800 Bremen 15

Satz/Layout: Kritische Politik GmbH (Buchladen 46), Kaiserstr. 46, 5300 Bonn 1, Tel. 0228 / 22 36 08

Druck: Druckladen, Euskirchener Str. 30, 5300 Bonn 1

(Der Umschlag ist unter Verwendung eines Blattausschnitts aus der Mappe „Danse Macabre“ von Frans Masereel gestaltet.)

INHALT

Einleitung	5
I. Krise der Friedensbewegung	7
Kapitalistische Krise und Krieg	9
Die Klassenkämpfe in der Dritten Welt	10
Interventionspolitik	12
... auf neuen Gleisen	14
Internationaler Klassenkampf	14
Der Systemgegensatz: ein Klassengegensatz	14
US-Kriegsplanung (Kasten)	15
Der gesellschaftliche Charakter des sozialistischen Lagers	17
Sowjetischer „Expansionismus“ und „Imperialismus“	18
Sowjetische Außenpolitik und proletarischer Internationalismus	19
Sowjetische Rüstung	20
Frontstaat BRD	20
Vom Besatzungsland zum NATO-Frontstaat	21
Ist die BRD eine US-Kolonie?	23
Grenzen und Möglichkeiten der Friedensbewegung	24
Die Bedeutung der Arbeiterbewegung	26
Wie weiter?	27
AirLand Battle 2000 (Dokument in Auszügen)	29
„Den Himmel blankputzen“ – Krieg im Weltraum (Kasten)	32
II. Gewerkschaften und Krieg	37
Schöne Worte	37
Kann die Wahrheit der Arbeiterklasse schaden?	39
Wie die Stellung zum Krieg sich änderte	40
Welche Ursachen hatte das Drängen nach der nationalen Einheit seit Anfang des 19. Jahrhunderts?	43
1914	45
Warum kapituliert die Sozialdemokratie und die Führung der Gewerkschaften vor dem deutschen Faschismus?	47
Wie verhält sich die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern in den kommenden Auseinandersetzungen?	49
Vor dem dritten Weltkrieg – wo stehen SPD und Gewerkschaften?	51
Vertrauen erwerben ist der erste Schritt	52
III. Aufrüstung 1950–1952 Dokumente aus der Zeitschrift „Arbeiterpolitik“	55

EINLEITUNG

Mit dem Beginn der Stationierung von Pershing II in der BRD und Cruise Missiles in Großbritannien und Italien ist eine Etappe in der Friedensbewegung zu Ende gegangen. Von Anfang an konzentrierte sich die Friedensbewegung in ihren Aktionen auf die eine zentrale Forderung: „Keine Pershing II in der BRD!“ Dieser „Minimalkonsens“ ermöglichte die Breite der Bewegung, ihre Wirkung bis in das konservativ-bürgerliche Lager hinein.

Diese Bewegung war und ist ihrem sozialen Charakter, ihrer Klassenbasis nach völlig uneinheitlich. Gleiches gilt für die politischen Anschauungen und Richtungen, die von den autonomen Gruppen bis hin zu oppositionellen Kreisen aus der CDU reichen. Von daher ist es kein Wunder, daß mit dem Stationierungsbeginn diese politischen und sozialen Unterschiede zu scharfen Differenzen und Spaltungstendenzen in der gesamten Bewegung führen.

Es wird die Frage nach dem „Wie weiter?“ gestellt, vor allem nach einer neuen gemeinsamen Grundlage, einem neuen „Minimalkonsens“: Reicht heute noch die Konzentration auf die Pershing II? Welche Bedeutung hat für die Friedensgruppen die konventionelle Kriegsstrategie der NATO? Wie stellen wir uns zu den Interventionen, vor allem der USA, in Ländern der Dritten Welt? Reichen „friedliche“, „gewaltlose“ Blockaden und Demonstrationen als Aktionsformen der Friedensbewegung noch aus? Was ist von dem Bündnis mit den Gewerkschaften zu halten, das DKP und SPD in der Friedensbewegung propagieren?

Alle diese Fragen, die auf die Taktik und Strategien der Friedensgruppen gerichtet sind, können aber erst dann hinreichend beantwortet werden, wenn die gesellschaftlichen Ursachen der Kriegsvorbereitungen der NATO unter Führung der USA diskutiert und untersucht werden. Bislang reichte in der Friedensbewegung die allgemeine Betroffenheit aller Menschen in der BRD durch die Gefahr eines Atomkrieges auf europäischem Gebiet aus, um für Aktionen zu mobilisieren. Aber diese **abstrakte** Kriegsangst (weil von den gesellschaftlichen Ursachen und Triebkräften abstrahiert wird) ist in vielerlei Hinsicht beschränkt.

1. Aus der Rüstungstechnologie, wesentlich der atomaren, wurde ein Fetisch gemacht: als läge es an der Fehlerhaftigkeit der Computertechnik (mögliche „Computerfehler“ im Pentagon), daß ein Weltkrieg ausbricht, und nicht an den politischen und gesellschaftlichen Gegensätzen zwischen dem kapitalistischen und sozialistischen Lager.

2. Indem die gesellschaftlichen Ursachen, der Klassencharakter der US-Politik, nicht gesehen wurde, konnte die Kriegsgefahr „ausgewogen“ in Ost und West gleichermaßen gesehen werden. Alleine aufgrund der Tatsache, daß beide Gesellschaftssysteme, Kapitalismus und Sozialismus, militärisch rüsten, werden sie gleichgesetzt.

3. Die Beschränkung des Protestes auf die **atomare** Rüstung verstellt auch den Blick auf die längst schon vorbereitete konventionelle Kriegsstrategie der NATO – verbunden mit den nuklearen Waffensystemen („AirLand Battle“ und Rogers-Plan).

4. Die Friedensbewegung insgesamt drückt die Angst vor dem atomaren „Schlachtfeld Europa“ aus; die schon heute stattfindende Kriegsführung in der

Dritten Welt blieb ausgeklammert. Der Libanonkrieg 1982, die Massaker von Chatila und Sabra, mobilisierte nur einige Linke, die meisten Friedensgruppen enthielten sich einer politischen Stellungnahme. In größerem Maßstab hat die britische Friedensbewegung, die CND, dies im Falklandkrieg vorgeführt: ihre Führung erklärte sich für nicht zuständig, da man gegen atomare Rüstung sei. Auch in Großbritannien war es nur eine Minderheit klassenbewußter und sozialistischer Kräfte, die gegen die Manöver der Thatcher-Regierung protestierte.

Die Friedensbewegung beschränkte ihren Protest damit auf bestimmte Erscheinungsformen der kapitalistischen Krise auf weltpolitischer und militärischer Ebene. Es reicht aber nicht aus, die Ziele der Bewegung neu zu formulieren, also außer der nuklearen Rüstung auch die konventionelle, neben der Gefahr eines Schlachtfelds Europa noch die militärischen Interventionen in der Dritten Welt hervorzuheben. Man muß vielmehr den inneren Zusammenhang, das Wesen dieser verschiedenen Erscheinungsformen untersuchen. Erst die Erkenntnis dieses Zusammenhangs von kapitalistischer Krise und internationalem Klassenkampf macht deutlich, vor welchen politischen Aufgaben wir in der BRD stehen, in welchem Zusammenhang die Protestbewegung gegen die Kriegsvorbereitungen mit den Klassenauseinandersetzungen im eigenen Land stehen.

Wenn der Klassencharakter der Kriegsvorbereitungen deutlich wird, können taktische und strategische Fragen sinnvoll geklärt werden. Deshalb ist die inhaltliche, politische Diskussion über die Ursachen der Kriegsgefahr sowohl in den Friedensgruppen wie vor allem bei den aktiven und klassenbewußten Gewerkschaftern in der BRD wichtig.

Wir behaupten nicht, eine klassenkämpferische Strategie gegen die Kriegsvorbereitungen der NATO in der Tasche zu haben; niemand kann das. Weder ist so etwas einfach aus dem Hut zu zaubern, noch können klassenbewußte und linke Kräfte die Friedensbewegung, wie sie heute existiert, nach eigenen Prinzipien und Ideologien modeln. In welcher Weise Kriege verhindert werden können, hängt von dem konkreten Gang der Klassenkämpfe in der BRD und dem gesamten kapitalistischen Lager ab. In welcher Weise, das heißt in welcher konkreten Form, Protestbewegungen und Arbeiterbewegung in der BRD einen gemeinsamen Widerstand entwickeln können, ist nicht vorhersagbar. Entscheidend ist heute die Sammlung und Zusammenfassung der klassenbewußten und linken Kräfte (sowohl in den Gewerkschaften wie in der Friedensbewegung), um den Widerstand der arbeitenden Klassen gegen die kapitalistische Krise und der daraus entspringenden Kriegsgefahr zu organisieren. Dazu bedarf es einer gemeinsamen politischen Grundlage. Wir können hier nicht mehr versuchen, als einen Beitrag zur Schaffung einer solchen politischen Grundlage zu leisten. Darum beanspruchen wir auch nicht, die jetzige kapitalistische Krise in allen ihren Bestandteilen und Faktoren erschöpfend analysieren zu können. Wir betrachten unseren Beitrag zur politischen Diskussion und Praxis auf dem heutigen Stand der Arbeiter- und Friedensbewegung als Teil einer solchen konkreten Analyse, die erschöpfend nur in gemeinsamer Diskussion und Praxis geleistet werden kann.

Teil I

Krise der

Friedensbewegung

KAPITALISTISCHE KRISE UND KRIEG

Es erscheint widersinnig, angesichts der vom westlichen Lager propagierten „Politik der Stärke“ gegenüber der Sowjetunion von der Krise des Kapitalismus zu sprechen. Der verstärkte Einsatz militärischer Drohungen gegen die Sowjetunion und die Interventionspolitik der USA in der Dritten Welt (Lateinamerika, Libanon) scheint eine andere Sprache zu sprechen. Allerdings ist gerade der Zwang, zunehmend militärische Mittel zur Wahrung der Interessen der herrschenden Klassen einzusetzen, ein Anzeichen für die innere Schwächung des kapitalistischen Lagers. Weder die USA noch Westeuropa und Japan sind länger in der Lage, aufgrund der eigenen wirtschaftlichen Stärke ihre Vormachtstellung im Weltmaßstab zu behaupten. Dies war noch die Grundlage für die Entspannungspolitik der 60er und beginnenden 70er Jahre, als die lange Periode des kapitalistischen Aufschwungs diesen Kräften einen genügend großen Spielraum bot, soziale und politische Konflikte in der Welt mit begrenzten militärischen Mitteln und „Krisenmanagement“ (mit der Sowjetunion) zu lösen. Dies hat sich in den 70er Jahren mit der verschärften kapitalistischen Krisenentwicklung grundlegend geändert. Die Gründe für die heutige weltpolitische Konfrontation zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Lager sind daher nicht in erster Linie in dem Gegensatz zwischen den Systemen, erst recht nicht in der sowjetischen „Bedrohung“ zu suchen, sondern in den Schwierigkeiten der USA und ihrer Verbündeten selber.

Der Aufschwung in den USA, Japan und Westeuropa nach dem zweiten Weltkrieg erfolgte trotz des großen Verlustes an Einflußsphären des Kapitalismus. Durch den Vormarsch der Roten Armee gegen das faschistische Deutschland wurden die herrschenden Klassen Osteuropas gestürzt und die allgemeinen wirtschaftlichen Grundlagen einer sozialistischen Entwicklung geschaffen. Diesen Verlust konnte der Kapitalismus aber durch andere Folgen des Krieges wettmachen: durch den Krieg wurde in großem Maßstab überschüssiges und unproduktives Kapital entwertet und vernichtet, wobei dieses „Überleben“ des Kapitalismus Millionen von Menschen im Krieg und der Barbarei des Faschismus das Leben kostete.

Mit dem Aufschwung des Kapitalismus wurden aber auch erneut die Grundlagen einer tiefgehenden Krisenentwicklung geschaffen.

Die verstärkte Konkurrenz zwischen den Einzelkapitalen und kapitalistischen Ländern (insbesondere den USA, Westeuropa und Japan) um Anteile des Weltmarkts zwingt die Unternehmer und Länder zur Steigerung der Produktivkraft der Produktionsmittel (technologische Neuerungen usw.), damit billiger und schneller produziert werden kann. Dies führt auf Dauer zu einer solchen Anhäufung von konstantem Kapital (Maschinen, Gebäude), daß nur durch eine Steigerung des Ausbeutungsgrades verwertet werden kann. Diese Steigerung der Ausbeutung stößt aber an natürliche (physische) und politische Grenzen (Klassenkämpfe). Der aus der Arbeiterklasse herausholbare Profit reicht nicht mehr aus, um das vermehrte Kapital angemessen zu verwerten. Es kommt zur Krise.

Eine Überwindung der Krise ist schließlich nur möglich, wenn deren Ursachen behoben werden können. Dazu dient in der Krise (als einer „Bereinigung“ des

Kapitals) die Entwertung von Kapital in Form von Preissenkungen für Waren, Konkurse, Firmenstillegungen einerseits, sowie die Ausweitung von Mehrarbeit durch Lohnsenkung und Intensivierung (auch Verlängerung) der Arbeit andererseits. Erleichtert wird diese Steigerung der Mehrwertpressung (Intensivierung und Verlängerung der Arbeit) durch die Reservearmee von Arbeitslosen, das heißt: Firmenstillegungen und Entlassungen führen auch zu einer Entwertung der Arbeitskraft.

Die Mehrausbeutung der Arbeiter als ein der Krise entgegenwirkender Faktor hat aber bestimmte Grenzen. Diese werden durch den Grad der Klassenseitensetzungen gezogen. Muß das Kapital Rücksicht nehmen auf einen vorhandenen oder auch nur möglichen gewerkschaftlichen und politischen Widerstand der Arbeiterklasse, dann kann der „klassische“ Bereinigungsmechanismus der Krise nicht funktionieren.

Vor allem bei größeren Kriseneinbrüchen, wie auch bei länger andauernder Krisenentwicklung, besteht die Gefahr, daß die erforderliche Reduzierung des Werts der Arbeitskraft nicht möglich ist. Bei materiell für die Arbeiter nicht mehr tragbaren Lohnsenkungen, Arbeitslosenquoten von z. B. 30 % und mehr, drohen Klassenkämpfe sich zu sozialen Umwälzungen zu entwickeln. Für solche massiven Einschnitte müssen andere Wege gefunden werden. Ein solcher Ausweg war bisher in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern der Krieg. Der Krieg eröffnet zudem die Möglichkeit, neben dem entscheidenden Faktor der Kapitalverwertung, neue Einflußsphären zu gewinnen und damit weitere Voraussetzungen für neue Märkte und Kapitalinvestitionen zu schaffen. Die verbliebenen Kriegslasten können dann dem Verlierer aufgebürdet werden.

Entscheidend für die Kriegsvorbereitungen bleiben die Interessen, die auch bislang die Politik der imperialistischen Staaten bestimmten: die Interessen des Kapitals, der herrschenden Klassen. Es ist nicht die Frage, ob die herrschende Klasse den Krieg will oder nicht, sondern ob sie dazu gezwungen wird, ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen in militärischer Form durchzusetzen; ob ihr also **kein anderer Ausweg** bleibt, als die inneren Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise und Klassenherrschaft durch den Krieg zu lösen.

Gewiß sind heute in den kapitalistischen Ländern die Grenzen der Ausbeutung noch nicht erreicht, der Spielraum des Kapitals ist derzeit **noch** größer als der Widerstand der Arbeiterklasse. Aber im Gegensatz zu den vergangenen Kriegen ist der Faktor der Klassenkämpfe für die Entwicklung zu einem neuen Krieg nicht auf die entwickelten kapitalistischen Länder beschränkt, sondern wirkt bereits heute in den Ländern der Dritten Welt.

Die Klassenkämpfe in der Dritten Welt

Mit dem Zweiten Weltkrieg brach das alte Kolonialsystem zusammen, die Länder der Dritten Welt erhielten in der Folgezeit ihre nationale Unabhängigkeit. Ihre wirtschaftliche Abhängigkeit von den Kolonialmächten, die Ausbeutung durch das Kapital dieser Länder, blieb aber weiter bestehen.

Die ehemaligen Kolonien besaßen zunächst für den Kapitalismus die Bedeutung von Rohstofflieferanten und -produzenten, wobei die Produktion selber meistens in den Händen des ausländischen Kapitals lag, zumindest aber über internationale Kapitalgesellschaften kontrolliert wurde. Die politische und militärische Macht lag formal bei den herrschenden Klassen in den ehemaligen Kolonien, aber diese Klassen und Schichten (die oft genug schon zuvor Steigbügelhalter der Kolonialmacht gewesen waren) blieben abhängig von den kapitalistischen Ländern. Denn auch ihre militärische Macht, die fast ausschließlich zur Unterdrückung der Massen dient, stützte sich auf die militärische Hilfe durch diese Länder, vor allem durch die USA.

Bereits im Krieg hatte sich die USA als wirtschaftliche und politische Führungsmacht des kapitalistischen Lagers gegenüber der klassischen Kolonialmacht Großbritannien durchgesetzt. Es entstanden durch die internationale Konkurrenz neue Zentren neben den USA; die EG und Japan, die zwar jeweils um Anteile am Weltmarkt und an der Ausbeutung der Dritten Welt konkurrierten, die Ausbeutung selber aber mit den gleichen Mechanismen vollzogen. Entscheidend für das Kapital in den entwickelten Ländern war, daß durch die internationalen Marktverhältnisse in der Dritten Welt teilweise höhere Profitraten als in den imperialistischen Ländern erzielt werden konnten, die nur eine Verwandlung der im Kolonialsystem erzielten Extraprofite in neokolonialistischer Form waren.

In der Folgezeit, wesentlich den 60er Jahren, veränderte sich Zug um Zug diese Struktur der „internationalen Arbeitsteilung“. Lag zuvor die Hauptbedeutung der Dritten Welt in der Rolle als Rohstofflieferant, wobei die jeweils einheimische verarbeitende Industrie eine Domäne der nationalen Bourgeoisie war, so erfolgte seit Mitte der 60er Jahre eine zunehmende Verlagerung verarbeitender Industrie (z.B. Textil) aus den Zentren in die Länder der Dritten Welt. Ganze Produktionsanlagen wurden aus den entwickelten Ländern dorthin exportiert oder über Lizenzverträge aufgebaut, wobei sich zunächst an den grundlegenden wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen wenig änderte, nur daß nun die günstigen Verwertungsbedingungen auch für die verarbeitende Industrie galten. Allerdings war dies nicht gleichmäßig der Fall: in einigen Ländern konnten die herrschenden Klassen von dieser neuen Struktur der internationalen Arbeitsteilung profitieren und mit Hilfe des internationalen Kreditsystems (das aber von den kapitalistischen Ländern kontrolliert wird) teilweise eigenes, nationales Kapital entwickeln. Es trat eine Differenzierung zwischen den Ländern der Dritten Welt entsprechend dieser Entwicklung einiger Länder ein.

Das änderte aber an den sozialen Widersprüchen nichts. Im Gegenteil, sie wurden angesichts der Bereicherung der herrschenden Klassen bei gleichzeitig bleibender Armut und politischer Unterdrückung noch verschärft. Im Zuge der Weltwirtschaftskrise und der in jeder kapitalistischen Krise auftretenden Krise des Kreditsystems wurde diesen Ländern stückweise die Basis ihres Aufschwungs entzogen. Die hohe Verschuldung der Dritten Welt hat politische Konsequenzen in den Ländern selber: Umschuldungen und neue Kredite durch den Internationalen Währungsfonds, die Weltbank, werden an politische Bedingungen geknüpft. Zur Wahrung der Mechanismen des freien Marktes verlangt der IWF die Einschränkung von gewerkschaftlichen und demokratischen Rechten, um einem

möglichen Widerstand gegen die verlangten Maßnahmen, nämlich die Abwälzung der Finanzlasten auf die arbeitenden Massen durch Mehrausbeutung zu vorzuziehen. Die kapitalistischen Länder müssen angesichts der Probleme der westlichen Banken langfristig fürchten, daß dieses System mit einer Folge von Zahlungsunfähigkeitserklärungen durch Länder der Dritten Welt zusammenbricht. Die allgemeine Funktion des Kreditwesens, nämlich die Krisenfolgen künstlich hinauszuschieben, verschärft dabei die Krisenentwicklung. Denn die Umschuldungsaktionen, die ja einem solchen Hinausschieben dienen, erfordern weitere Unterdrückungsmaßnahmen. In den letzten Jahren hat sich in allen Regionen der Dritten Welt gezeigt, daß dieser Prozeß einen breiten Massenwiderstand hervorruft. Die Unruhen auf den Philippinen, Sri Lanka, Brasilien, Marokko, Tunesien usw. sind großenteils unmittelbare Folge von wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen, die vom IWF erzwungen wurden.

Damit droht für die USA und andere Staaten mittelfristig die Grundlage des neokolonialistischen Modells von Ausbeutung und Unterdrückung zusammenzubrechen: die herrschenden Klassen in den Ländern der Dritten Welt sind nicht mehr allein in der Lage, Massenunruhen und Widerstand niederzuhalten. Was in den 50er und 60er Jahren begann, der Prozeß der Befreiung einer Reihe von Ländern der Dritten Welt, ihr Hinausbrechen aus der Kette der imperialistisch beherrschten Länder, droht sich nun zu beschleunigen. Damit wächst der Zwang für diese Länder, in erster Linie für ihre Führungsmacht USA, zum unmittelbaren Eingreifen, zur militärischen Intervention.

Interventionspolitik . . .

Auch wenn die USA heute die wesentliche Kraft der Interventionspolitik ist, so wäre es falsch, dies auf die besonderen Interessen der USA in der Weltmarktkonkurrenz zu reduzieren. Mögen die kapitalistischen Zentren und einzelnen Kapitalen noch so sehr um ihre Anteile an der Ausbeutung der Dritten Welt konkurrieren, sich Marktanteile und Investitionsmöglichkeiten abjagen, – gegenüber der sozialen Revolution, dem gemeinsamen Klassengegner in der Dritten Welt überwiegen die gemeinsamen Interessen. Denn ein Land, das sich wie Kuba, China, Vietnam usw. der kapitalistischen Herrschaft und unmittelbaren Kontrolle entzieht, fällt für alle westlichen Staaten aus.

Der Vietnamkrieg beendete eine lange Periode von militärischen Interventionen, vor allem der USA, in der dritten Welt. Die Tet-Offensive des Vietcong 1968/69 hatte deutlich die Unmöglichkeit eines militärischen Sieges der US-Truppen über den Vietcong gezeigt. Innerhalb der Bevölkerung der USA selbst zerbrach der Konsens über die Notwendigkeit eines Krieges. Die zahlreichen Opfer der US-Armee ließen einen Krieg in Südostasien, der offensichtlich nur noch um das Prestige der USA als militärischer Supermacht gegenüber den Vasallenregimen (Südkorea, Philippinen, Taiwan usw.) in dieser Region geführt wurde, als sinnlos erscheinen. In der herrschenden Klasse setzte sich eine Position durch, die den unmittelbaren militärischen Eingriff ersetzen wollte durch den Ausbau und Aufbau von Regimen mit „Gendarmen“-rolle, wie etwa Israel

und vor allem der Iran im Nahen Osten. Zwar gab es auch weiterhin Pläne und Überlegungen von Interventionsmaßnahmen, wie etwa die schon seit den 50er Jahren diskutierte „Schnelle Eingreiftruppe“, doch kamen sie noch nicht nennenswert zum Zuge. In den 70er Jahren mußte die Führungsmacht USA eine Reihe von Niederlagen in der Dritten Welt hinnehmen: Äthiopien (1974), Angola, Mozambique, Guinea-Bissau (1975), sowie später Afghanistan (1978) und Zimbabwe (1980), Nicaragua und Iran (1979) brachen aus der Kette der kapitalistisch kontrollierten Länder aus. Der vollständige Sieg des Vietcong zog den Verlust von Laos und Kambodscha nach sich. Die Befreiungsbewegungen und revolutionären Regime waren unter dem Druck der USA gezwungen, Bündnisse mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten einzugehen, einerseits um die Mittel für den wirtschaftlichen (Wieder)Aufbau, andererseits für die militärische Verteidigung der revolutionären Errungenschaften zu beschaffen.

Entscheidend insbesondere für die Interventionspolitik der USA wurde der Zusammenhang von kapitalistischer Weltwirtschaftskrise und der Entwicklung im Nahen Osten, den „strategischen Interessenssphären“. Bereits der berühmte „Ölschock“ 1973, der letztlich gescheiterte Versuch des OPEC-Kartells, als ‚gleichberechtigter‘ kapitalistischer Handelspartner aufzutreten, hatte die strategische Bedeutung des Nahen Ostens, insbesondere der Golfregion, deutlich gemacht. Während der Vietnamkrieg noch Teil der allgemeinen „Roll back“-Politik, der versuchten Eindämmung des Einflusses des sozialistischen Lagers war, ging es hier um unmittelbare wirtschaftliche Interessen (Öl).

Die Erklärung der Carter-Doktrin, wonach die USA in der Golfregion „vitale Interessen“ auch mit militärischen Mittel zu verteidigen hatten, wurde von dem Aufbau und Ausbau der „Schnellen Eingreiftruppe“ begleitet. Zunächst der Umsturz in Afghanistan (1978), dann aber in weitaus größerem Maße die iranische Revolution (1979) bestätigten diese Vorbereitungen auf eine unmittelbare Konfrontation. Die Geiselnahme in der US-Botschaft in Teheran durch revolutionäre Studenten machte in den USA auch die Schaffung eines innenpolitischen Klimas möglich – zugunsten eines neuen Interventionismus die Zurückdrängung des Vietnam-Traumas.

Mit dem Sturz des Schah-Regimes im Iran fiel der neben Israel wichtigste US-„Gendarm“ im Nahen Osten. Das wirtschaftliche Entwicklungsmodell des Iran galt über lange Jahre als klassisches Beispiel für ein entwicklungsfähiges Dritte-Welt-Land, für ein US-Vasallenregime, dessen Militärmacht auf der Basis relativen Wohlstandes der Massen stabil sein konnte. Die Revolution enthüllte, daß dieser Wohlstand allenfalls auf Teile der entstandenen Mittelschichten verteilt war, während sich in den Städten und auf dem Land die Massenarmut zusammenballte. Der „Fall Iran“ war für die USA aber mehr als bloß der Verlust eines strategischen Brückenkopfes in der Dritten Welt. Er war zugleich Ausdruck für die unsichere Grundlage der reaktionären Regime.

US-Politiker haben es mehrfach betont: der Nahe Osten und die Golfregion im besonderen sind nicht Interessengebiete der USA alleine. Im Gegenteil, der größte Teil des dort geförderten Öls geht in westeuropäische Länder, weshalb die USA in dieser Region politische und militärische Aufgaben für alle kapitalistischen Länder erfüllt.

... auf neuen Gleisen

Einen Großteil der Krisenlasten tragen heute die Länder der „Dritten Welt“. Die Mehrausbeutung der Völker der Dritten Welt hat aber in vielen Ländern den Widerstand der Massen hervorgerufen. Sowohl die Entwicklung in Lateinamerika wie auch im Libanon, dem derzeitigen Schlachtfeld des Nahen Ostens, zeigt, daß die in der kapitalistischen Aufschwungphase bewährten Mittel neokolonialer Ausbeutung und Unterdrückung durch Stellvertreterregime und „Gendarmen“ nicht mehr tauglich sind. Die verstärkten Klassenkämpfe in der Dritten Welt sind Folge der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise und machen eine rein wirtschaftliche und politische Lösung der Krise zu Lasten der breiten Massen unmöglich.

Um ein Ausbrechen weiterer Länder aus der kapitalistischen Einflußsphäre zu verhindern, sind die USA und ihre Verbündeten zukünftig verstärkt zum militärischen Eingreifen gezwungen. Das Entstehen sozial-revolutionärer Bewegungen und unabhängiger Regierungen in der Dritten Welt erschwert aber ein „schnelles Aufräumen“, da militärische Interventionen dann mit einer weltpolitischen Konfrontation des kapitalistischen und sozialistischen Lagers verbunden sind. „Begrenzte“, das heißt regionale Kriege sind langfristig dort nur führbar, wenn der mögliche Bündnispartner – die Sowjetunion und das sozialistische Lager überhaupt – als politischer und militärischer Faktor ausgeschaltet, zumindest entscheidend zurückgedrängt wird. Diesem Ziel, nämlich die SU politisch in Schach halten zu können, dient die „Nachrüstung“ ebenso wie die geplante Verbesserung der konventionellen Rüstung, die Inbetriebnahme von MX-Raketen, Trident-U-Booten . . .

Die militärische Strategie der USA, die „horizontale Eskalation“, besagt schließlich, den Feind nicht nur auf begrenztem Territorium, etwa einer Region in der Dritten Welt, anzugreifen, sondern überall, wo sich die weltpolitischen Lager gegenüberstehen. Das schließt letztlich auch die zentrale Schnittlinie des imperialistischen und sozialistischen Lagers ein, die europäischen Länder.

INTERNATIONALER KLASSENKAMPF

Der Systemgegensatz: ein Klassengegensatz

Die weltpolitische Polarisierung in zwei Hauptlager, Kapitalismus und Sozialismus, ist kein Naturzustand. Die beiden weltpolitischen Systeme sind nicht unabhängig voneinander. Denn die inneren Krisen der kapitalistischen Länder, die Befreiung von Ländern und Völkern aus ihrem Machtbereich, bilden den gleichen Prozeß, der das sozialistische Lager hervorbrachte. Zunächst, in der Folge des ersten Weltkrieges, die Sowjetunion, dann, durch den zweiten Weltkrieg, die sozialistischen Länder Osteuropas und China.

Mit dem Entstehen des sozialistischen Lagers verändern sich auch im Weltmaßstab die Formen des Klassenkampfes. Schon mit dem Beginn des Kampfes des Kapitals um Weltherrschaft, also im ausgehenden 19. Jahrhundert, veränderte

Das Schlachtfeld des nächsten konventionellen Krieges ist Europa und nicht die Vereinigten Staaten.

US-Verteidigungsminister Weinberger, „Frankfurter Rundschau“ v. 29.4.1981

Es ist einfach eine Tatsache, wie unglücklich und schrecklich das auch für die Welt sein würde – daß möglicherweise einige Kernwaffen zum Einsatz kommen könnten, im Zusammenhang mit einem Krieg, der bis zu jenem Zeitpunkt ausschließlich auf dem europäischen Schauplatz geführt worden wäre.

US-Verteidigungsminister Weinberger in einem Fernsehinterview mit NBC am 27.10.1981

Die Amerikaner gehen davon aus, daß der dritte Weltkrieg ebenso wie der Erste und Zweite in Europa ausgefochten wird.

US-Admiral Gene LaRoque, „Frankfurter Rundschau“ v. 29.4.1981

Grundlage der Atomkriegsstrategie wäre die sogenannte Enthauptung („decapitation“), d.h. Schläge gegen die politische und militärische Führung und gegen die Verbindungslinien der Sowjetunion.

„Leitlinien-Dokument“ des Pentagon (1982) als amtliche Richtlinie der Militärplanung bis 1988, S. 1012

Die USA könnten ab 1988 versucht sein, auf die – vielleicht gar nicht so kleine – Chance zu setzen, daß ihr Angriff zu spät entdeckt wird und die Feuerbefehle für die russischen Raketen nicht mehr rechtzeitig vor dem Einschlag der amerikanischen Sprengköpfe erteilt werden können. Nach einem solchen amerikanischen „Erstschlagsieg“ bleibe freilich die Aufgabe, die stark verwüstete Sowjetunion gegen den Widerstand der Reste der Roten Armee „zu Fuß“ zu erobern. Dies würde einen atomaren Landkrieg in Europa bedeuten. Solche Gedanken dürften dem neuen „Leitlinien-Dokument“ des amerikanischen Verteidigungsministeriums zugrundeliegen, das die Planungen für einen längerdauernden Atomkrieg beschreibt (New York Times, 31.5.1982. (. . .))

Joachim Wernicke, Wir haben noch ein Jahr Zeit, Berlin 1982 (Sonderdruck), S.3 f.

sich die Form des Klassenkampfes -- neben den unmittelbaren Kampf der beiden Hauptklassen eines kapitalistischen Landes, Bourgeoisie und Arbeiterklasse, trat der Kampf der vom Kapital unterdrückten Volksmassen in den Kolonien und später den Ländern der Dritten Welt.

Mit der Oktoberrevolution 1917 in Rußland, der ersten siegreichen sozialistischen Revolution, und mit dem Entstehen des sozialistischen Lagers nach dem Zweiten Weltkrieg, wirkten diese verschiedenen Formen des internationalen Klassenkampfes nebeneinander und miteinander.

Das Entstehen des sozialistischen Lagers bedeutete für den Kapitalismus nicht bloß Gebietsverlust, den er -- wie der Aufschwung nach dem Krieg zeigte -- für eine längere Zeit durchaus wettmachen konnte. Entscheidend war und ist, daß für den Kapitalismus der Klassengegner im weltpolitischen Maßstab existierte und mit Hilfe militärischer und wirtschaftlicher Mittel den um die Befreiung kämpfenden Volksbewegungen eine Perspektive des Überlebens bieten konnte. Die Politik des kapitalistischen Lagers nach dem Zweiten Weltkrieg war eben darauf gerichtet, die Ausdehnung des Sozialismus einzudämmen und diesem Prozeß der Ausdehnung „Frontstaaten“ des kapitalistischen Lagers gegenüberzustellen. So entstanden weltpolitische Schnittlinien nicht nur zwischen den Ländern, sondern in zuvor einheitlichen Staatsgebieten, wie Deutschland, Korea, Vietnam und Taiwan (China).

Seit der Oktoberrevolution war es das Ziel des Kapitalismus, den Klassenfeind im Weltmaßstab durch den Kampf gegen die Sowjetunion niederzuringen. Das begann unmittelbar nach der russischen Revolution mit den Interventionskriegen in Rußland, das setzte sich fort in der Politik der Westmächte in den dreißiger Jahren, die mit der Duldung der faschistischen Expansionspolitik Deutschlands hofften, Hitler gegen die Sowjetunion treiben zu können. Das zeigte sich im Krieg selber in den -- später aufgedeckten -- Plänen Churchills, den Krieg mit Hilfe deutscher Kriegsgefangener nach der Kapitulation gegen die Sowjetunion weiterzuführen.

Heute haben USA und NATO einen dichten Ring von Militärstützpunkten rings um das sozialistische Lager gezogen. Das „Einkreisungstrauma“ der Sowjetunion, von dem bürgerliche Politiker immer so gerne reden, ist kein psychologisches Problem, sondern handfeste Realität seit Jahrzehnten.

Gegen diese Bedrohung konnte und kann die Sowjetunion nur vorgehen, indem sie sich selber militärisch rüstet, sowohl im konventionellen wie im atomaren Bereich; was soll sie sonst auch den USA und der NATO entgegensetzen. Zugleich ist die Sowjetunion -- im eigenen Sicherheitsinteresse -- darauf angewiesen, die inneren Widersprüche im kapitalistischen Lager auszunutzen, und das heißt auch: Unterstützung revolutionärer Regime und Befreiungsbewegungen. Das Sicherheitsinteresse beinhaltet aber auch, daß die Sowjetunion die Interessen der Befreiungsbewegungen und auch der Arbeiterbewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern ihren eigenen Interessen unterordnet. Um das zu erklären, muß man näher auf die gesellschaftlichen Grundlagen der sozialistischen Länder und ihrer Außenpolitik eingehen.

Der gesellschaftliche Charakter des sozialistischen Lagers

Das heutige Erscheinungsbild der sowjetischen Politik, ihre bürokratischen Formen, die so viele in den westeuropäischen Ländern abstoßen, hat historische Gründe, die bis heute nicht vollständig überwunden sind: Der erste Grund ist, daß die Sowjetunion über einen langen Zeitraum gezwungen war, den sozialistischen Aufbau nach der Revolution aus eigener Kraft, das heißt im nationalen Maßstab, voranzutreiben. Der zweite Grund ist, daß zudem im Rußland der 20er Jahre noch nicht einmal im nationalen Maßstab die allgemeinen Voraussetzungen einer sozialistischen Entwicklung, also ein relativ hohes Produktionsniveau entsprechend den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern vorhanden war. Die besonderen sozialen Verhältnisse im zaristischen Rußland, eine breite Bauernmasse und daneben eine verschwindende Minderheit von Arbeitern, die aber in großen und hochmodernen Fabriken arbeiteten, führten unter den Kriegs- und Krisenbedingungen zwar dazu, daß der revolutionäre Prozeß sich zwar schnell entfalten konnte, daß aber umgekehrt die Entwicklung sozialistischer Verhältnisse um so schwieriger war. Für die russischen Kommunisten gab es zunächst nur eine Hoffnung, und das war die proletarische Revolution zumindest in einigen wichtigen entwickelten kapitalistischen Ländern, wie etwa Deutschland.

Es wurde sehr bald klar, daß mit dieser Hilfe durch die westeuropäische Arbeiterbewegung auf längere Sicht nicht zu rechnen war. Deshalb standen die russischen Kommunisten vor der fast unlösbaren Aufgabe, unter der sozialistischen Staatsmacht erst die wirtschaftlichen Grundlagen des Sozialismus zu schaffen. Dies geschah in Industrialisierung und Kollektivierung unter ungeheuren Anstrengungen, mit schweren Opfern der Bevölkerung, vor allem aber durch umfassende Zwangsmaßnahmen. Um eine vollständige soziale Umwälzung Rußlands durchzuführen, in einem Land, wo im Bürgerkrieg die zuvor kämpfende Arbeiterklasse fast völlig aufgerieben wurde, bedurfte es eines Staatsapparates, einer Partei, die die Ziele dieses Umwälzungsprozesses zur Not auch gewaltsam durchsetzte.

Noch vor dem Zweiten Weltkrieg war eine Wirtschaftsbasis geschaffen worden, die durch Planung, staatliches Eigentum an den Produktionsmitteln und kollektive Produktionsformen in der Landwirtschaft bestimmt wurden. Mit der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln, der Einführung eines Planungssystems für die Hauptbereiche der Wirtschaft, wobei diese Planung nach dem gesellschaftlichen Bedarf und nicht der individuellen oder privaten Profitmaximierung ausgerichtet ist, war und ist noch kein entwickelter Sozialismus geschaffen. Dazu bedurfte und bedarf es der umfassenden Teilnahme der Arbeiter und Bauern bei der Planung und politischen Entscheidungen. Eine solche Teilnahme im Sinne einer sich entfaltenden sozialistischen Demokratie ist aber nicht unabhängig von dem Stand der wirtschaftlichen und internationalen politischen Entwicklung.

Zwar sind heute die Ausgangsbedingungen des sozialistischen Aufbaus, zum Beispiel in der Dritten Welt (Kuba), weitaus besser als im Rußland der zwanziger und dreißiger Jahre, alleine aufgrund der Existenz des sozialistischen Lagers, aber die grundlegenden Probleme eines „Sozialismus in einem Lande“ sind geblieben.

Auch heute noch herrscht in der Sowjetunion eine objektive Mangelwirtschaft (die nicht auf einzelne Erscheinungen von Verschwendung durch bürokratische Verwaltung reduziert werden kann); alle sozialistischen Länder, mit Ausnahme der DDR und ČSSR, leiden weiterhin unter den historischen Ausgangsbedingungen als unterentwickelte Länder.

Der soziale Charakter der sozialistischen Länder hat aber noch einen weiteren Aspekt, der für die Friedensdiskussion von Bedeutung ist. Im Gegensatz zu den kapitalistischen Staaten, wo die Hochrüstung gerade in Krisenzeiten für die einzelnen Kapitale der Rüstungsindustrie eine profitable Angelegenheit ist, da über die Staatsnachfrage der Absatz unbedingt gesichert ist, bedeutet Rüstung in den sozialistischen Gesellschaften einen unmittelbaren Abzug aus den zur Produktion wichtiger Produktionsmittel und Konsumgüter bereitgestellten Fonds.

Sowjetischer „Expansionismus“ und „Imperialismus“

Die Kennzeichnung der Sowjetunion als einer „imperialistischen“ Macht, wie sie auch zum Teil in der Friedensbewegung verbreitet ist, geht an den grundlegenden sozialen Gegensätzen zwischen den kapitalistischen und den sozialistischen Ländern vorbei. In der Sowjetunion, wie auch den anderen sozialistischen Staaten, findet kein kapitalistischer Verwertungs- und Reproduktionsprozeß statt, einfach deshalb, weil die Voraussetzungen von Kapitalbildung und Kapitalbewegung, nämlich freie Lohnarbeiter und private Aneignung der Produktion durch Privateigentum an den Produktionsmitteln, fehlen.

Von daher ist es im Ansatz sinnlos, die Sowjetunion als „imperialistisch“ zu bezeichnen, einfach deshalb, weil die Grundlagen des Imperialismus, die kapitalistische Produktionsweise überhaupt, in der Sowjetunion abgeschafft sind.

Unbestreitbar dagegen ist die Ausdehnung des sozialistischen Lagers, auch durch Zutun der Sowjetunion seit der russischen Revolution. Aber um diese Ausdehnung gleich als „Expansionismus“ zu qualifizieren, bedarf es mehr als nur des Hinweises, die Sowjetunion sei dort und dort über ihre Grenzen geschritten.

Die Sowjetunion hat den Krieg als einen Verteidigungskrieg geführt, und sie hat in diesem Krieg die Hauptlast tragen müssen, da die westlichen Alliierten erst beim siegreichen Vormarsch der Roten Armee die Sowjetunion durch eine „zweite Front“ im Westen entlasteten. Die Rote Armee rückte nicht vor, um den Sozialismus in Europa zu verbreitern, die eingesetzten Regime und Verwaltungen in den osteuropäischen Ländern hatten nur die Bedeutung, einen Schutzgürtel um die Sowjetunion zu legen. Aber um diesen Schutzgürtel wirksam werden zu lassen, mußten auch jene Kräfte aus wirtschaftlicher und politischer Macht verjagt werden, auf die sich der Kapitalismus in seinem Kampf gegen die Sowjetunion stützen konnte: die herrschenden Klassen Osteuropas, Kapitalisten und Großgrundbesitzer. Dies war eine „Revolution von oben“ mit Hilfe der Roten Armee. Nur in wenigen Ländern, etwa Jugoslawien oder ČSSR, konnten sich die Kommunisten wirklich auf eine breite Massenbewegung stützen. Das hatte zur Folge, daß der Ausbau der sozialistischen Grundlagen in Osteuropa oft mit den bürokratischen und Zwangsmitteln geschah, die in der Sowjetunion angewandt

wurden, auch wenn dies – wie zum Beispiel in der DDR – den demokratischen Traditionen in der sozialistischen Arbeiterbewegung völlig fremd war und viele Klassenbewußte Arbeiter abstieß.

Die Sowjetunion legte in Osteuropa also die Grundlagen des Sozialismus deshalb, um einen Schutzgürtel zu errichten gegen die kapitalistische Bedrohung. Daß dies nicht in Gestalt der sozialen Revolution durch breite Massenbewegungen geschah, liegt in erster Linie daran, daß sich die arbeitenden Klassen nicht selber von der faschistischen Herrschaft befreien.

Die weitere Außen- und Sicherheitspolitik der Sowjetunion nach dem Krieg folgte dem gleichen Prinzip: den eigenen Einflußbereich abzusichern gegen den Imperialismus. Die Aufteilung der Welt in die zwei Hauptlager bedingte dabei zwangsläufig, daß die Sowjetunion und das sozialistische Lager insgesamt jede innere Schwächung des Imperialismus ausnutzte. Das ist für die Sowjetunion das Hauptmotiv bei der Unterstützung von Befreiungsbewegungen.

Sowjetische Außenpolitik und proletarischer Internationalismus

Das Ausbleiben der sozialen Revolution in Westeuropa verstärkte nicht nur die besondere Form des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion, sondern prägte auch die Haltung der Sowjetunion, zur internationalen Arbeiterbewegung, den Kommunistischen Parteien und Befreiungsbewegungen. Dabei zeigte und zeigt sich der Widerspruch, daß die Sowjetunion einerseits gezwungen ist – als einzelner Staat mit besonderen Interessen –, sich innerhalb des vom Kapitalismus dominierten weltpolitischen Gefüges zu behaupten, daß andererseits aber das sozialistische Gesellschaftssystem langfristig nur überleben kann, wenn die Macht des Kapitals auch in seinen Zentren des Imperialismus gebrochen wird. Alleine die Tatsache, daß die weltpolitischen Verhältnisse noch immer vom Imperialismus dominiert werden, daß er die Formen der Auseinandersetzung bestimmt, bringt die Notwendigkeit einer „Großmachtspolitik“ der Sowjetunion hervor. Entscheidend bei dieser Politik ist, daß hier die eine Seite des Widerspruchs – die besonderen nationalen und Blockinteressen – bestimmend sind und für die Sowjetunion den Interessen des Klassenkampfes in den kapitalistischen Ländern übergeordnet bleiben.

Dieser Widerspruch ist von der Sowjetunion alleine gar nicht aufhebbar. Es liegt wesentlich an den Kämpfen der westeuropäischen Arbeiterbewegung, diesen Widerspruch aufzuheben. Solange in den entwickelten kapitalistischen Ländern die Klassenkämpfe kein höheres politisches Niveau erreichen, wird der weltpolitische Gegensatz zwischen den Blöcken die Belange und Interessen der jeweiligen Arbeiter- und Befreiungsbewegungen überlagern. Das heißt aber nicht nur, daß die militärische und politische Macht des sozialistischen Lagers solange die Kraft der Klassenbewegung in Westeuropa „ersetzen“ muß, das heißt schließlich auch, daß innerhalb des sozialistischen Lagers die Blockinteressen der Absicherung gegenüber dem Kapitalismus Vorrang haben vor Problemen einzelner sozialistischer Länder. Letztlich hat das zur Konsequenz, daß die in der sozialistischen Entwicklung zwangsläufigen Widersprüche – wie in Polen 1980 – nicht im luft-

leeren Raum ausgetragen werden, sondern daß jede Erscheinung von Instabilität sofort von den USA ausgenutzt wird, um wesentliche Grundlagen des sozialistischen Aufbaus zu zerstören.

Sowjetische Rüstung

Es wird nun verständlich, weshalb die konventionelle und atomare Rüstung der Sowjetunion nicht nur im Sinne einer nur auf die Sowjetunion und das sozialistische Lager bezogenen Sicherheitspolitik von Bedeutung ist. Sie ist auch notwendig im gesamten Zusammenhang des internationalen Klassenkampfes, im Zusammenwirken seiner verschiedenen Formen. Wenn es den USA und der NATO darum geht, die sozialistischen Länder mittels atomarer Bedrohung zu „erpressen“, daß heißt sie davon abzuhalten, die innere Krise des Kapitalismus für ihre eigenen Sicherheitsinteressen auszunutzen, dann kann es nur im Interesse der Befreiungsbewegungen und auch der Arbeiterbewegung sein, wenn die Sowjetunion ihrerseits dieser „Erpressung“ entgegentritt. Wie die Entwicklung der Klassenkämpfe in der Dritten Welt zeigt, schafft die relative politische und militärische Macht der Sowjetunion Spielräume für sozialrevolutionäre Bewegungen, vor allem dann, wenn sie als revolutionäre Regime zwar die Macht in ihrem Lande errungen haben, aber weiterhin kapitalistischen Aggressionen ausgeliefert sind.

Insofern ist auch das in der Friedensbewegung gängige Argument, die „Abschreckungslogik“ führe notwendig zum Krieg, es gebe also gar keine „Abschreckung“, nicht stichhaltig. Weil es nicht um die Waffensysteme „an sich“, sondern um die politischen und wirtschaftlichen Interessen des Kapitalismus geht, muß eine direkte kriegerische Auseinandersetzung zwischen dem kapitalistischen und sozialistischen Lager für den Kapitalismus kalkulierbar sein. Um den Ausweg aus der Krise zu finden, darf auch nicht das Risiko der Selbstvernichtung des US-Kapitalismus durch den Krieg zu groß sein. Die sowjetische Rüstung erhöht aber dieses Risiko, bzw. sie schafft es immer wieder neu, wenn auf neue Rüstungsschritte der USA und NATO entsprechende Schritte der Sowjetunion folgen.

Gerade den linken und klassenbewußten Kräften in der Friedensbewegung muß klar werden, daß die Sowjetunion unter den heute gegebenen weltpolitischen Kräfteverhältnissen, dem internationalen Klassenkampf, für die Friedensbewegung und die Arbeiterbewegung in Westeuropa ein „natürlicher Bündnispartner“ ist. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, die Sicherheitspolitik der Sowjetunion einfach in der BRD und Westeuropa nachzuvollziehen, sich ihr unterzuordnen. Wohl aber geht es darum, daß die Friedensbewegung und Arbeiterbewegung die weltpolitische Stellung der Sowjetunion ausnutzen muß und kann.

Frontstaat BRD

Die zunehmende Konfrontation zwischen den weltpolitischen Blöcken wirkt sich in der BRD in besonderer Weise aus: die BRD ist vorgeschobener Posten des

kapitalistischen Lagers gegen das sozialistische Lager. Die weltpolitische Entwicklung wirkt sich daher auch innenpolitisch weitaus schärfer aus als in anderen Ländern, in denen z.B. auch stationiert wird (Italien, Großbritannien), die aber nicht direkt an der Scheidelinie der weltpolitischen Blöcke liegen. Die Tatsache, daß in der BRD trotz einer breiten Protestbewegung der NATO-„Nach“-rüstungsbeschluß durchgesetzt wird, daß die herrschende Klasse der BRD eine Politik (vor allem der USA) fortsetzt, in der die eigene Vernichtung zumindest riskiert wird, wirft Fragen auf nach dem Verhältnis der BRD zu den USA, der Stellung der BRD innerhalb der NATO.

Immerhin ist der Widerspruch offensichtlich zwischen der wirtschaftlichen Bedeutung der BRD (als führendem EG-Land), ihrer militärischen Stärke innerhalb der NATO einerseits, und der geringen politisch-militärischen Entscheidungsbefugnis der BRD in der NATO andererseits. Das NATO-Oberkommando befindet sich in US-amerikanischer Hand (dem „SACEUR“), während die Bundeswehr aber nach den USA das zweitgrößte Kontingent in der NATO stellt, in der Kommandostruktur aber den anderen NATO-Kommandeuren untergeordnet ist.

Deshalb zielt immer wieder die Propaganda z.B. der SPD auf die „nationalen Interessen“ der BRD gegenüber den USA. Grundlage dieser Propaganda ist die Vorstellung einer reformierten NATO, in der die herrschende Klasse der BRD und das westdeutsche Militär mehr zu sagen haben sollen. Das grundsätzliche Bekenntnis der SPD zur NATO wird dabei – ähnlich wie bei Strauß – verbunden mit dem Ziel, die BRD solle einen „zweiten Schlüssel“ zum Oberbefehl (und damit zum Einsatz von Atomwaffen) haben, sie soll also bei Kriegsvorbereitungen „mitbestimmen“.

Das Bekenntnis der SPD zur NATO entspricht ihrer Verteidigung der kapitalistischen Verhältnisse in der BRD. Die NATO ist nichts weiter als der militärische Arm des kapitalistischen Lagers, sein Bündnis gegenüber dem sozialistischen Lager, das sich – als Reaktion auf die NATO-Gründung – im Warschauer Pakt zusammengeschlossen hat. Die relative Einheit in militärischen Fragen (gegenüber den sozialistischen Ländern) entspricht dabei der gemeinsamen Grundlage des kapitalistischen Systems. Auch wenn die NATO-Länder einander in der wirtschaftlichen Konkurrenz (z. B. zwischen USA und EG) erbittert bekämpfen – gegenüber dem sozialistischen Lager bilden sie eine gemeinsame Front.

Die BRD dient in diesem Bündnis allein aufgrund ihrer geographischen Lage als „Brückenkopf“ und „Frontstaat“ der NATO- und US-Politik. Das schließt aber ein, daß die eigenen Interessen (etwa in der Ostpolitik und im Osthandel) auf Dauer den allgemeinen Interessen der NATO und USA untergeordnet werden.

Vom Besatzungsland zum NATO-Frontstaat

Als die Westmächte und die Sowjetunion das Deutsche Reich am Ende des Zweiten Weltkrieges im gemeinsamen militärischen Bündnis zerschlagen hatten, zerfiel diese Kriegskoalition der „Großen Drei“ wieder in die Gegensätze der ge-

sellschaftlichen Systeme. Die Scheidelinie zwischen den nun entstandenen Einflußbereichen der Sowjetunion, dem heutigen sozialistischen Lager, und dem kapitalistischen Lager, lief mitten durch Deutschland. Mit der Politik der Eindämmung des sowjetischen Machtbereichs wurden die Westzonen zusammengefaßt in einem neuen Staatsgebilde, eingerichtet von den kapitalistischen Alliierten, um einen Frontstaat des „freien Westens“ gegen den Sozialismus zu errichten.

Ein solcher Frontstaat konnte nur auf kapitalistischer Grundlage funktionieren, die dann auch mit Hilfe der USA (Marshall-Plan 1948) gefördert wurde.

Welche Klassenbasis hatte nun diese neue „Demokratie“ in Westdeutschland? Die deutsche Bourgeoisie war mit der Kriegsniederlage und unter der alliierten Militärdiktatur politisch entmachteter worden. Ihr Schicksal lag einzig in den Händen der Besatzungsmächte. Von ihnen erhielt sie mit der Gründung der BRD die politische Macht zurück. Aber was war das für eine politische „Souveränität“ des „deutschen Volkes“, die von den Militärmächten diktiert und unter ihrem militärischen Schutzschirm errichtet wurde? Zudem sicherten sich die Alliierten durch verschiedene Abkommen weiterhin Einfluß und Kontrolle der BRD-Politik, vor allem im militärischen Bereich (Truppenstationierung).

Die Niederlage der herrschenden Klasse Deutschlands konnte wegen der Schwäche der Arbeiterbewegung nicht in deren Interesse ausgenutzt werden. In beschränktem Maß formierte sich in den 40er und 50er Jahren eine Arbeiterbewegung, die aber bei der Gründung eigener Organisationen (Parteien und Gewerkschaften) von den Alliierten abhängig war. Die noch lokal beschränkten Ansätze selbständiger Klassenorganisation 1945, die in ihrem Kern von proletarischen Widerstandsgruppen getragen wurden, wurden bald nach ihrer Gründung von den Alliierten isoliert und dann in das Alliierten-Modell der „Einheitsgewerkschaft“ überführt. (Es war eben kein Aufbau von Gewerkschaftsorganisationen usw. von unten, eine wirkliche Vereinigung der Klassenkräfte, sondern eine Gründung „von oben“.)

Die Masse der arbeitenden Klassen blieb passiv. Der Sieg des deutschen Faschismus 1933 hatte die Zerschlagung der deutschen Arbeiterbewegung bedeutet. Daß sich die Arbeiterklasse nicht – wie in anderen Ländern – selbst vom Faschismus befreite, sondern dies den alliierten Mächten überließ, war die Grundlage dieser Passivität. Unter den 1945 geschaffenen Bedingungen einer Militärdiktatur, der Aufteilung in Besatzungszonen, war in Deutschland nach Kriegsende keine rasche Wiedererstehung der Arbeiterbewegung, erst recht nicht der damit notwendig verbundene Kampf gegen die Besatzungspolitik, möglich. So entstand das neue Staatsgebilde BRD nicht aus den Klassenkämpfen in Westdeutschland. Es war eine künstlich geschaffene „Demokratie“ ohne wirkliche gesellschaftliche Basis.

Die Lage der Arbeiterklasse nach 1945 und die sich in den 50er Jahren durchsetzende wirtschaftliche Hochkonjunktur entzog dem Massenprotest gegen Remilitarisierung und NATO-Integration die entscheidende soziale Kraft. Solange dieses System wirtschaftlich den arbeitenden Klassen einen relativen Wohlstand bieten konnte, ließen sich die Aufgaben der BRD im NATO-Bündnis, nämlich sich als antikommunistischer Frontstaat zur Verfügung zu stellen, relativ mühelos durchsetzen.

Ist die BRD eine US-Kolonie?

Auch wenn die deutsche Bourgeoisie ihre politische Herrschaft nur den USA verdankt und sich daraus eine besondere Abhängigkeit entwickelt hat, heißt das noch lange nicht, daß sie entsprechend der weltpolitischen Lage der BRD und der wirtschaftlichen Stärke des BRD-Kapitals keine eigenen, besonderen politischen Interessen hat.

Diese besonderen Interessen, die z.B. auf eine Fortsetzung der Ostpolitik und des Osthandels zielen – und die BRD in der vordersten Linie entlasten sollen –, sind allerdings langfristig nur in direkter Auseinandersetzung mit den USA durchzusetzen. Die BRD ist aber insgesamt schon soweit in das kapitalistische Lager eingebunden, daß eine wirkliche „Abkoppelung“ von der US-amerikanischen Vorherrschaft zugleich eine innere Aufweichung und Zersetzung des gesamten Blocks bedeuten würde.

Damit aber sind die allgemeinen kapitalistischen Grundlagen in der BRD bedroht. Die BRD befindet sich damit in der NATO ständig in einem Dilemma: einerseits bleibt sie untergeordneter Teil des Bündnisses und muß in besonders starker Form die Folgen der Bündnisinteressen tragen (etwa durch die Raketenstationierung); andererseits ist die westdeutsche Bourgeoisie, aufgrund des Gegensatzes zum sozialistischen Lager, auf dieses Bündnis angewiesen. Um eine weltpolitische „Neutralität“ durchzusetzen, bedürfte es einer Mobilisierung breiter Massen gegen die kapitalistische Führungsmacht USA. Damit ist aber die Herrschaft der Bourgeoisie selber gefährdet. Für die westdeutsche Bourgeoisie gibt es daher keine wirkliche Perspektive einer eigenständigen politischen Macht in der Weltpolitik, auch wenn es immer wieder in der herrschenden Klasse und den bürgerlichen Parteien (von der SPD bis zur CSU) solche Tendenzen gibt.

Somit bleibt für die herrschende Klasse nichts übrig, als auf Konzessionen der USA zu drängen, das heißt aber auch: der Spielraum für eine eigenständige („nationale“) Politik der BRD wird letztendlich von den USA bestimmt. Damit ist deutlich, daß die Existenz des kapitalistischen Systems in Westdeutschland unmittelbar verknüpft ist mit ihrer weltpolitischen Funktion als Frontstaat des gesamten kapitalistischen Lagers. Wo diese Funktion in Frage gestellt wird, wird damit letztlich – d.h. in letzter Konsequenz – auch das kapitalistische System selber, die Klassenherrschaft, in Frage gestellt.

Allerdings ist es falsch, wenn man aus dieser Abhängigkeit der BRD von der Führungsmacht USA folgern würde, die BRD sei lediglich eine US-Kolonie. Zwar haben sich die USA vor allem in militärischen Dingen die Hauptentscheidungsbezugnis vorbehalten, aber die Kriegsvorbereitungen der NATO, insbesondere gegenüber der Dritten Welt, werden auch durch die Interessen der BRD an der Ausbeutung und Unterdrückung der Dritten Welt mitgetragen. Die BRD nimmt an der Ausbeutung der Dritten Welt (und zwar aktiv durch eigenes Kapital) teil, auch wenn sie ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen in der Welt nicht unmittelbar militärisch absichern kann – zum Beispiel durch Interventionen. Das bleibt bislang den USA und z.B. Großbritannien und Frankreich überlassen.

Die westdeutsche Bourgeoisie kann dem Dilemma nicht enttrinnen, einerseits als Frontstaat gegen die sozialistischen Länder auf vorgeschobenem Posten zu

stehen, andererseits mit einer bewußt gegen die USA gerichteten Politik die kapitalistischen Grundlagen der BRD selber zu riskieren.

Grenzen und Möglichkeiten der Friedensbewegung

Obwohl es immer schwer ist, genau zu bestimmen, warum eine Massenbewegung sich genau an dieser Frage und zu diesem Zeitpunkt so entwickeln konnte, ist es wichtig, wenigstens grob den Hintergrund der Entwicklung der Friedensbewegung darzulegen, um zu einer Einschätzung ihrer Bedeutung zu kommen:

1. Die Folgen der wirtschaftlichen Krise hatten zu einer allgemeinen Unsicherheit in weiten Teilen der Bevölkerung geführt und einen Teil der Bevölkerung an den Rand dieser Gesellschaft gebracht.
2. Die verbreiteten Hoffnungen auf Reformversprechen der SPD/FDP-Koalition, die 1976 und 1980 noch für die Logik des kleineren Übels mobilisiert werden konnten, lösten sich zunehmend auf.
3. Mit dem Ende der Anti-AKW-Bewegung bestand keine Möglichkeit massenhafter politischer Gegenwehr auf gesamtstaatlicher oder gar internationaler Ebene mehr.

Aus dieser Situation heraus konnten die „Nach“rüstungspläne der NATO in Verbindung mit den offenen militärstrategischen Äußerungen amerikanischer Politiker und Militärs zum Ansatzpunkt einer Massenbewegung werden, konnte das Friedensthema, das aus naheliegenden Gründen in Deutschland schon oft Ansatz politischer Sammlung war, wieder einen zentralen Stellenwert in der öffentlichen Diskussion einnehmen.

Die jahrelange Diskussion um die „Nach“rüstung hat das politische Klima in der Bundesrepublik nicht nur in Bezug auf Rüstungsfragen beeinflußt. Sie hat dazu beigetragen, daß heute vielfach der Forderung „Ausländer raus“ die Senkung der Rüstungsausgaben als Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gegenübergestellt wird. Die Sympathie für die Ziele der Friedensbewegung hat zur Folge, daß auch weite Teile der Bevölkerung, die heute an solchen Aktionen nicht beteiligt sind, Demonstrationen, aber zum Teil auch Formen des gewaltfreien Widerstands als legitim und normal ansehen.

Beides trägt dazu bei, daß neben dem „stummen Zwang der (ökonomischen) Verhältnisse“ nicht auch noch die volle Wucht der „geistig-moralischen Wende“ die Entwicklung von Widerstand gegen Lohn- und Sozialabbau und Arbeitslosigkeit erschwert.

In der Friedensbewegung selbst haben Zehntausende praktische Erfahrungen mit der selbständigen Organisation von Protest gesammelt, die zum Teil in Auseinandersetzungen der Zukunft einfließen werden.

Aus den politischen Erfahrungen mit der Friedensarbeit wird ein kleiner Teil der Aktiven die Erkenntnis ziehen, daß Rüstungsfragen eng mit dem Charakter dieses Gesellschaftssystems zusammenhängen.

Auch wenn es so scheint, als seien sie gering: Diese Erfolge sind wichtig für die weitere Entwicklung der politischen und sozialen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik.

Daß die Friedensbewegung ihr eigentliches Ziel nicht erreicht hat, hat viel mit ihrer inneren Zusammensetzung zu tun. In der Friedensbewegung kamen einmal Leute zusammen, die in der Vergangenheit in Anti-AKW-, 3. Welt-, Frauen-, (traditionellen) Friedens-, Kirchen-, Parteien- und Gewerkschaftsgruppen gearbeitet hatten, also bereits politische Erfahrungen gesammelt hatten und die vor allem hofften, mit der Friedensbewegung (endlich mal) politisch erfolgreich sein zu können. Die Masse der Aktiven sammelte in der Friedensbewegung ihre ersten politischen Erfahrungen. Gemeinsam haben und hatten die Leute aus beiden Gruppen, daß sie in aller Regel als einzelne aus unterschiedlichen Lebensbereichen kommen, in denen sie die Erfahrung machen mußten, daß Kollegen oder Mitschüler die eigene Haltung ablehnen, sich für das Thema nicht interessieren oder nicht bereit sind, irgendwas zu tun. Daß ein Großteil der Aktiven Schüler und Studenten sind, bringt für die Wirksamkeit zusätzliche Probleme.

Weil die Friedensbewegung aus so unterschiedlichen sozialen und politischen Gruppen zusammengesetzt ist, beschränkt sich ihre inhaltliche Gemeinsamkeit auf einen sehr engen Minimalkonsens und ist der organisatorische Zusammenhang lose und unverbindlich.

Daß Friedensarbeit dazu noch weitgehend abgehoben von den konkreten Lebens- und Arbeitsbereichen geleistet werden muß, beschränkt die möglichen Aktionen auf Appelle, Manifestationen und Symbole und bedingt zweierlei:

1. Die Friedensbewegung kann das Unternehmerlager, dessen wirtschaftliche und politische Interessen mit der Aufrüstung in erster Linie verfolgt werden nicht direkt angreifen und wendet sich ausschließlich an oder gegen den Staat, der in dieser Frage als Repräsentant dieser Interessen auftritt.
2. Ihre Arbeit richtet sich an die Bevölkerung als Ansammlung von Menschen, die alle vom „atomaren Holocaust“ bedroht und deshalb, zumindest der Möglichkeit nach, für die Ziele der Friedensbewegung zu gewinnen sind. Die soziale Macht bestimmter Teile der Bevölkerung, besonders der Arbeiter und Angestellten, kann sie nicht in die Waageschale werfen. Wo zwischen verschiedenen Gruppen der Bevölkerung unterschieden wird – Gewerkschafter, Frauen, Ärzte für den Frieden – geht es darum, daß die speziellen Begründungen und Motivationen und das soziale Ansehen, das diese Gruppen aufgrund ihres Status genießen, für die Agitation der Bevölkerung eingesetzt werden. – Damit drohen, daß diese Gruppen hier und heute ihre gesellschaftlichen Funktionen nicht mehr erfüllen – und das allein könnte die Herrschenden beeinflussen –, kann die Friedensbewegung und können auch die verschiedenen Gruppen nicht.

Das Gefühl, daß die geleistete Arbeit nur begrenzten Erfolg hatte, ist in der Friedensbewegung recht früh entstanden. Die intensive Diskussion um Aktionsformen sollte hier einen Ausweg weisen. Die beschrittenen Wege konnten jedoch die aufgezeigten Grundschwierigkeiten nicht beseitigen:

- Gewaltfreie und symbolische Aktionen erwiesen sich als von staatlicher Seite berechenbar und hatten eine ganz ähnlich appellative Wirkung wie Demonstrationen.
- Militante Aktionen mußten der Staatsgewalt militärisch unterlegen bleiben und konnten politisch nicht zum Erfolg führen, weil sie von weiten Teilen

der Bevölkerung nicht verstanden oder abgelehnt wurden.

- Die Verfeinerung und Verstärkung der Agitation (Atomwaffenfreie Zonen, verschiedene Gruppen für den Frieden) brachte nicht die erhoffte breite Aktivierung.
- Die Einbeziehung von SPD- und Gewerkschaftsführungen hat zwei Seiten. Sie verstärkte auch Hoffnungen über Parteien und Parlamente, doch noch was erreichen zu können, und Tendenzen, inhaltliche Forderungen z. B. in Richtung „weiterverhandeln statt nachrüsten“ aufzuweichen. Die Vorstellung, so Sozialdemokratie und Gewerkschaften für den Friedenskampf zu gewinnen, erwies sich nicht zuletzt deshalb als begrenzt, weil die Mitglieder die Integrationspolitik ihrer Organisationsspitzen, die sich in Betonung der Bedeutung der SS 20, Orientierung auf die Genfer Verhandlungen, Ablehnung anderer als appellhafter Aktionen und ständigem Bemühen um die Erhaltung des „inneren Friedens“ äußerte, folgten, oder ihr zumindest keinen nennenswerten Widerstand entgegensetzten.

Warum aber, und das ist die Kernfrage angesichts dieser Erfahrungen, gelang es nicht, die umworbene Bevölkerung über einen verbreiteten, aber sehr unbestimmten Unmut mit dem, was da kommen sollte, hinaus einzubeziehen. In der Bundestagswahl hat eine sattsame Mehrheit Kohl/Genscher gewählt, weil sie ihnen zutrauten, die drängenden Wirtschaftsfragen stellvertretend für sie anpacken zu können.

Zwar war das kein Votum für die Raketen, aber es ist ein Anhaltspunkt dafür, daß zum einen die „Nach“rüstung für die meisten weit weg ist und zum anderen kaum Bereitschaft besteht, von sich aus aktiv für eigene Interessen einzutreten.

Nun ist aber die Bevölkerung ein sehr differenziertes Gebilde, zu dem auch die gehören, die eindeutiges Interesse an der Nachrüstung haben.

Die Bedeutung der Arbeiterbewegung

Diese Haltung ist aber auch bei Arbeitern und Angestellten, ob Gewerkschaftsmitglieder oder nicht, weit verbreitet. Es sind Probleme wie Lohn- und Sozialabbau, Arbeitsintensivierung und Rationalisierung, Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, die das Alltagsleben immer mehr prägen.

In den meisten Fällen ist die Reaktion darauf heute der Versuch, durch vermehrte eigene Anstrengungen verbunden mit Zugeständnissen individuell noch durchzukommen. Kollektiver Widerstand wie bei HDW oder AG Weser ist bisher Ausnahme, Arbed-Saarstahl ein drastischer Fall für die Regel.

Es ist zum einen in aller Regel nicht zu erwarten, daß Arbeiter und Angestellte sich in der Friedensarbeit aktivieren, ohne vorher Erfahrungen in der kollektiven Vertretung ihrer Alltagsinteressen gesammelt zu haben. Noch weniger kann es gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen gegen Aufrüstungsvorhaben geben, ohne daß vorher in den Auseinandersetzungen um Tarife und Entlassungen z. B. ein neues Selbstbewußtsein der westdeutschen Arbeiterschaft gegenüber dem Unternehmerlager (wie gegenüber sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaftsstrategien)

entstanden ist. In diesem Zusammenhang gewinnen Auseinandersetzungen wie die um die 35-Stunden-Woche, auch wenn sie auf die Stationierung der Raketen keinen Einfluß haben, große Bedeutung für außerparlamentarische Bewegungen wie die Friedensbewegung.

Solange aber der Ablauf von Produktion und Verteilung (und das meinen Kohl, Vogel und Breit vor allem anderen, wenn sie vom inneren Frieden reden, den sie erhalten wollen) nicht nachhaltig in Frage gestellt wird, solange also der Zentralbereich der politischen und ökonomischen Herrschaft intakt bleibt, solange kann auch über die Aktionen der Friedensbewegung hinweggegangen werden.

Die Friedensbewegung kann die hierzu notwendigen Erfahrungen weder vermitteln, noch ersetzen, noch überspringen. Genausowenig wie eine bestimmte Gruppe die Voraussetzungen für das Entstehen der Friedensbewegung geschaffen hat, kann die Friedensbewegung die Voraussetzungen schaffen, unter denen diese Erfahrungen gemacht werden.

Das ist das Dilemma, aus dem die Friedensbewegung nicht herauskommen kann. Die gewerkschaftlichen Aktionen zur „Nach“rüstungsfrage, Mahnminuten, Aufruf für Bonn usw. spiegeln inhaltlich, organisatorisch und von der Beteiligung her dieses Dilemma wieder.

Ein Generalstreik gegen die Stationierung mußte auf diesem Hintergrund illusorisch sein. Die innergewerkschaftliche Diskussion um dieses Mittel bedeutet jedoch für die Gewerkschaften, daß erstmals seit langem die politische Bedeutung der Arbeiterbewegung ansatzweise Thema werden konnte. Der Friedensbewegung drängte sie die Frage auf, wie sie erfolgreich sein will, wenn nicht die Masse der Arbeitenden praktisch eingreift.

Wie weiter?

Was folgt aus all dem für die Weiterentwicklung der Friedensbewegung? Wie oben gezeigt war die Hoffnung, mit der Friedensbewegung politisch entscheidend eingreifen zu können, wesentlich für ihre Bildung und für die Einigung auf den „Minimalkonsens“. Weil mit der Stationierung diese Hoffnung und damit auch eine Grundlage für die Einigkeit mehr und mehr zerbricht, zeigen sich Tendenzen, die letztlich das Ende der Friedensbewegung in ihrer bisherigen Form bedeuten:

- 1) Die verschiedenen praktischen und politischen Orientierungen machen sich stärker geltend, der Minimalkonsens löst sich in sehr unterschiedliche Orientierungen auf.
- 2) Ein Teil der Aktiven kehrt in seine ursprünglichen Arbeitsfelder zurück.
- 3) Der Kern der örtlichen Gruppen will weitermachen.

Was außerdem bleibt, ist ein Unruhepotential in der Bevölkerung – vor allem in der Jugend –, an das auf Dauer angeknüpft werden kann. Daraus ergeben sich einige Folgerungen für die Friedensarbeit:

Die Zeit für „große Würfe“ d. h. für Aktionen, die auf umfassende Massmobilisierung setzen und/oder die aktive Mitarbeit der gesamten Friedensbewe-

gung brauchen, ist teilweise vorbei. Angesichts einer längeren Durststrecke und angesichts des begrenzten Erfolgs praktischer Schritte wird die inhaltliche Weiterentwicklung der Gruppen gegenüber ihren Außenaktivitäten wichtig. Die „Nachrüstung“ war militärisch nicht das letzte Wort. Die Vertiefung der Wirtschaftskrise wird mit der Verschärfung der sozialen und politischen Situation auch die militärische Konfrontation verschärfen. — In dieser Lage kann das weitere Sammeln inhaltlicher und organisatorischer Erfahrungen, die Aufrechterhaltung der gewonnenen Kontakte, der Versuch, einer Verhärtung des öffentlichen Bewußtseins entgegenzuwirken, auch ohne kurzfristige Aussichten auf Erfolg einen wie auch immer bescheidenen Beitrag leisten, die Ausgangsbedingungen für künftige Auseinandersetzungen zu verbessern.

AirLand Battle 2000

Internes Arbeitspapier des U.S. Army Training
and Doctrine Command (TRADOC)

(Auszüge)

(. . .) *Wir müssen fähig sein, überall zu kämpfen, oder über spezialisierte Streitkräfte mit der Fähigkeit, auf jeder Art Gelände unter allen denkbaren Bedingungen zu kämpfen, verfügen. Alle Einheiten haben jetzt einen gewissen Grad an Winter-, Dschungel- und Wüstenausbildung, aber weder auf dem erforderlichen Niveau noch in der erforderlichen Stärke. Wir müssen tatsächlich dafür gewappnet sein, den Krieg zu Lande zu gewinnen, um in die Lage zu kommen, einen vorteilhaften Frieden auszuhandeln. Die Betonung liegt auf: gewinnen – wir können es uns nicht leisten, lediglich die Niederlage zu vermeiden.*

Die Parität der Waffen wird durch die Technologie erreicht werden. Wir können zahlenmäßig nicht mit unseren Feinden mithalten. Gefechtsvorteile müssen wir durch die Qualität, nicht die Quantität unserer Waffensysteme erzielen. Dies bedeutet präzisere Waffen, bessere Überwachungs- und Aufklärungsausrüstung sowie bessere und wirksamere Befehls- und Kontrollsysteme.

Ein anderer Aspekt des Krieges der Zukunft besteht in seiner Letalität. Es wird mehr Verluste und vielfältigere Arten von Verletzungen geben. In den vergangenen Kriegen haben die USA stets anfängliche Rückschläge erlitten und dann begonnen zu siegen. Wir haben immer zu spät mobilisiert, aber dann überlegene Kampfkraft entwickelt. In künftigen Kriegen mit höherer Intensität und kürzerer Dauer wird sofort auf Sieg gesetzt werden müssen. Es wird möglicherweise nur eine einzige Schlacht geben und keine Gelegenheit, seine Kräfte nach schweren Anfangsverlusten neu zu formieren. Unser erster Schlachtplan wird erfolgreich sein müssen.

Im Jahre 2000 wird es unumgänglich sein, unsere Macht im Ausland schneller geltend machen zu können. Die Gelegenheiten zur Führung von Kriegen in fast allen Teilen der Welt werden weiter wachsen und unsere Reaktionszeiten werden sich verringern. Gegenwärtig gibt es mehrere potentielle Konfliktgebiete, in die wir unsere Macht nicht ohne große Schwierigkeiten projizieren können. Die Streitkräfte der Zukunft werden leicht, selbstversorgend und für den schnellen Einsatz tauglich sein müssen. (. . .)

Der erste Grundsatz ist: *Initiative*. Die Initiative erlangt man in einer Schlacht herkömmlicherweise durch die Bewegung und Gruppierung der Streitkräfte und durch die *Aufrechterhaltung eines offensiven Geistes*. Zugleich kommt es auf einen beträchtlichen Grad unabhängiger Entscheidun-

gen und dezentralisierter Ausführung an. Die Deutschen verwenden den Begriff „Auftragstaktik“, der eine gewisse Handlungsfreiheit im Rahmen der konzeptionellen Vorstellungen des betreffenden Befehlshabers bezeichnet. Sie verlassen sich in erheblichem Maße auf eine feste Verankerung der Doktrin unter ihren Führern. Das bedeutet mehr Gewißheit, daß alle Führer das Allgemeinziel und die verschiedenen Wege, auf denen es erreicht werden kann, begreifen.

Der zweite Grundsatz lautet: *Tiefe*. Die Schlacht des Jahres 2000 wird in die Tiefe (des Raumes, d. Übers.) geführt werden, weil die Reichweiten der Waffen sowie der Aufklärungs- und Überwachungsmittel größer sein werden, ebenso die Beweglichkeit der Streitkräfte. Ein anderer Faktor, der zusätzliche Tiefe geben wird, besteht in der Orientierung auf den Feind statt auf festgelegtes Terrain. Die nicht unmittelbar beteiligten Kräfte des Feindes werden unter dem Gesichtspunkt, welchen Einfluß sie auf den künftigen Verlauf der Schlacht nehmen könnten, betrachtet werden. Die Drohung mit nuklearen und chemischen Waffen wird eine Zerstreung der Streitkräfte über größere Flächen erforderlich machen. Das Gelände wird zwar nicht mehr wie in der Vergangenheit der dominierende Faktor, aber mit Sicherheit weiterhin ein Kräftermultiplikator sein. Dies wird ganz besonders für eine nukleare Umwelt gelten, in welcher Geländedeckung zur Begrenzung der Wirkungen von Atomwaffen genutzt werden könnte. Unabhängige und kontinuierliche Aktionen werden der Schlacht Tiefe verleihen. Die Kommandeure kleiner Einheiten werden während beträchtlicher Zeitperioden isoliert und ohne Verbindung zu anderen Elementen operieren müssen. Es können Kräfte benötigt werden, die Hunderte von Meilen entfernt ins Hinterland des Feindes eindringen oder seine Flanken umgehen.

Der dritte Grundsatz ist: *Beweglichkeit*. Unter Beweglichkeit ist die Fähigkeit zu verstehen, schneller und sicherer als der Feind zu reagieren. Wir müssen seine Schwachstellen finden und sie ausnutzen. Handelt es sich um die Feuerleitung der Artillerie, um die Koordination der Luftkampfmittel oder um die Zustimmung zum Einsatz nuklearer und chemischer Waffen? Irgendwo ist der Feind möglicherweise von prozeduralen Abläufen abhängig und wir müssen lernen, diese herauszufinden und zu unserem Vorteil auszunutzen. Wir hoffen, ihn dadurch zu entmutigen, daß wir ihn fortwährend vor mehr Situationen stellen als er bewältigen kann.

Zeit ist der vierte Grundsatz. Alles wird schneller sein auf dem Schlachtfeld des Jahres 2000. Die Informationsverarbeitung wird den Prozeß der Entscheidungsfindung beschleunigen. Die Stabs- und Befehlsbeziehungen werden sich möglicherweise radikal wandeln. Die Verfahrensweisen, nach denen in den Hauptquartieren und Gefechtsstäben gearbeitet wird, werden erheblich stromlinienförmiger gestaltet sein als heute. Datenterminals könnten schriftliche Befehle, Planpausen und vielleicht sogar topographische Landkarten ersetzen.

Synchronisation – der fünfte Grundsatz – bedeutet nicht etwa, daß auf eine vorweg arrangierte und detaillierte Weise geplant und gehandelt werden könnte. Synchronisation heißt: einheitlicher Krafteinsatz und allgemeines Einverständnis über die Kampfziele. Eine Streitmacht ist gut synchronisiert, wenn alle genannten Kampf- und Unterstützungselemente in vollständiger Harmonie mit den Intentionen des Kommandeurs funktionieren.

Die menschlichen Aspekte der AirLand Battle 2000 sind ein Problem für sich. Wir haben dazu weitaus mehr Fragen als Antworten. Werden Soldaten auf dem Schlachtfeld des Jahres 2000 überhaupt existieren können? Oder müssen wir uns eine technologisch derart feindselige Umwelt vorstellen, daß die Soldaten selbst ihr nicht angepaßt werden können? Wir erwarten zusätzlich zu mehr und schlimmeren physischen Verwundungen mehr psychische Streißopfer; es könnte erforderlich werden, Kommandeure auszuwechseln oder Doppelbefehlsstellen einzurichten. Möglicherweise werden wir human engineering brauchen, um unsere Soldaten gegen Streiß zu immunisieren, so wie wir sie heute gegen Krankheiten impfen. Die militärische Ausrüstung wird diesen Aspekt der Humantechnologie und -konditionierung in Betracht zu ziehen haben. Insbesondere der jüngere Teil unserer Bevölkerung gewöhnt sich zusehends an eine Video Display- und Computerspiele-Umwelt. Die Waffensysteme der Zukunft müssen diesen Trend ausnutzen. (. . .)

Ein anderer bedeutsamer Aspekt des Befehls- und Kontrollsystems ist in der *Zielbewertungsanalyse* zu sehen. Bis jetzt haben wir uns mit dem Feind auf der Grundlage der Verfügbarkeit von Zielen und unserer Fähigkeit, sie zu zerstören, auseinandergesetzt. Es gibt aber einen anderen wichtigen Aspekt, der noch nicht hervorgehoben worden ist. In einer ziel-reichen Umwelt, wie AirLand Battle 2000 sie bietet, werden wir die Bedeutung des Zieles abzuwägen haben. Wir brauchen ein System für die Auswahl derjenigen Ziele, die den größten Gewinn versprechen. Die Zielbewertungsanalyse ist weit mehr als Koordination der Feuerunterstützung. Sie muß auf allen Ebenen in die Befehls- und Kontrollstruktur einbezogen werden.

Die Befehls- und Kontrollsysteme werden unabhängig sein und von dem deutschen Prinzip der „Auftragstaktik“ ausgehen müssen. Die angestrebte Gesamtwirkung besteht darin, den Feind zu besiegen oder seinen frühzeitigen Zusammenbruch zu bewirken. Das bedeutet nicht notwendigerweise, daß wir ihn vollständig vernichten müssen.

(Auszüge entnommen aus: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 10/1983, S. 1377–1383.)

Den Himmel blankputzen

aus: Die Zeit vom 18.5.84

Der amerikanische Satellitenkiller wurde am 21. Januar dieses Jahres erprobt, allerdings noch nicht gegen einen wirklichen Himmelskörper, sondern gegen einen fiktiven „Punkt im Raum“. Vom Raketenstützpunkt Wallops Island im Bundesstaat Virginia will die amerikanische Luftwaffe dieser Tage zwei Ballons von je zwei Metern Durchmesser auf einer Scout-Rakete in die Erdumlaufbahn bringen. Weitere sechs Scout-Starts mit jeweils zwei Ballon-Satelliten sind geplant, zwölf „echte“ Tests also für den Killer im Westentaschenformat.

Eigentlich sollte das amerikanische Satelliten-Schießen schon im letzten Herbst geprobt werden. Warum das streng geheime Projekt auf das Frühjahr 1984 verschoben wurde, ist nicht genau bekannt. „Technische Schwierigkeiten mit dem Projektil“, glaubt John Pike, Raumfahrtexperte bei der Federation of American Scientists; „politische Spannungen“, vermutet dagegen das Nachrichtenmagazin *Time*: Wegen der Kontroverse über die Nato-Nachrüstung wollten die Amerikaner ein zweites Reizthema vermeiden.

Ob technische Gründe oder politische, unbekümmert von den Sorgen der Nato-Partner hatte Ronald Reagan schon in seiner „Krieg-der-Sterne“-Rede am 23. März letzten Jahres das Augenmerk weg von den Miniatur-Satellitenkillern hin zu einem exorbitanten Projekt gelenkt. Zwar kam das Wort „Weltraum“ in seiner Rede gar nicht vor. Aber der Präsident wünschte sich, die amerikanischen Wissenschaftler möchten „ihre großen Fähigkeiten jetzt zum Nutzen der Menschheit und für den Weltfrieden einsetzen und uns die Mittel in die Hand geben, damit Atomwaffen unwirksam und ungebräuchlich werden.“

Was genau hatte sich Reagan vorgestellt? Viele amerikanischen Wissenschaftler waren erstaunt, manche mokierten sich offen über den Präsidenten. Sidney Drell, ein Physiker an der Stanford Universität, der eine Zeitlang die Untersuchungen über die Stationierung der MX-Raketen geleitet hatte, bekannte einen Tag nach der Rede: „Ich bin verwirrt.“ Doch der Physiker warnte auch: Die Öffentlichkeit solle sich nicht „vom Glauben an eine magische neue Waffe“ verführen lassen.

Wenig später präzisierte Verteidigungsminister Caspar Weinberger in der Fernsehsendung „*Meet the Press*“ Reagans Gedanken: Die Regierung denke an eine „völlig verlässliche und totale“ Verteidigung – Worte, die ernst genommen wurden. Seit jenem März wird der exotische Begriff „Krieg der Sterne“ mit der Vorstellung einer lückenlosen Verteidigung gegen ballistische Raketen, *total ballistic missile defense*, kurz BMD, gleichgesetzt.

Die Idee stammt von Reagans Freund Edward Teller, dem in Ungarn geborenen „Superfalken“ (*Time*) und „Vater der Wasserstoffbombe“ (...)

Aus Tellers „Brainstorm“ wurde Reagans Traum, aus Reagans Traum wurde offizielle Politik: 26 Milliarden Dollar dürfen, so ein Beschluß des amerikanischen Präsidenten vom Dezember, in den nächsten fünf Jahren für die Forschung an dem Projekt „Strategische Verteidigungsinitiative“ ausgegeben werden. 1,7 Milliarden bereits im kommenden Jahr. (. . .)

Ein Netz von 18 amerikanischen militärischen Kommunikationssatelliten wird gegenwärtig im All aufgezogen. Die über dieses Netz verbreiteten Signale können überall aufgenommen werden, selbst von Empfangsgeräten im Rucksack einzelner Soldaten. Vor allem aber werden diese Satelliten, es handelt sich um die „Navstar“, amerikanischen Atom-U-Booten derart präzise Navigationshilfen fupken, daß diese mit ballistischen Raketen selbst „gehärtete“ sowjetische Stellungen zerschlagen können.

Völlig abwegig ist der sowjetische Verdacht nicht, die Raumfähre selbst sei bereits eine Weltraumwaffe. Mit eben dieser Raumfähre werden zum Beispiel die „Navstar“-Satelliten in den Himmel befördert. Natürlich besitzen die Sowjets ein vergleichbares Satellitensystem: Mit ihren „Glonass“-Himmelskörpern können sie sogar Angriffe gegen amerikanische Schiffe koordinieren, die über 300 Kilometer von der eigenen Flotte entfernt manövrieren. Doch der Vergleich beweist vor allem eines, die Sowjets werden alles tun, um diese Satelliten nicht schutzlos amerikanischen Killern auszuliefern.

Auch die fragwürdigen Strahlenwaffen werden mit Hilfe der Nasa ausprobiert. Unter dem Decknamen „Talon Gold“ soll ein Strahlenlenkgerät getestet werden. Zielgenauigkeit: nicht mehr als 20 Zentimeter Zielabweichung auf tausend Kilometer Entfernung; voraussichtlicher Testflug: 1987; Träger: die wiederverwendbare Raumfähre „Columbia“.

Schaden nimmt dagegen die zivile Raumfahrt. Während die Raumfähre Unsummen verschlingt, bleibt kein Geld für die Erforschung anderer Planeten. Die Nasa hat bereits die einmalige Chance verpaßt, im Jahre 1986 den Halleyschen Kometen abzapfen. Für alle Flüge zu anderen Planeten – „Voyager“ zum Uranus, „Pioneer“ zur Venus, „Galileo“ zur Umkreisung des Jupiter – hat die Nasa zwischen 1977 und 1982 weniger als dreihundert Millionen Dollar ausgegeben, ein Sechstel jener Summe, die im kommenden Haushalt für die Erforschung von Sternenkriegswaffen ausgetobt wurde. Heute hat die Nasa für die interplanetare Raumfahrt kein Geld mehr zur Verfügung. Bitteres Fazit der *New York Times*: „Die Columbia stieg aus den Ruinen der zivilen Raumfahrt auf.“

Auch hier ist die Alternative klar: Entweder schlägt man den Pfad der Industrialisierung und Militarisierung des Alls ein, baut Raumstationen und Kriegsmaschinerie, oder man geht den Weg der Informationsbeschaffung und benutzt den erdnahen Weltraum nur noch als Ausgangsbasis, um in entfernte Regionen des Universums vorzustoßen.

Gegenwärtig bevorzugt man die Militarisierung – und steigert damit die Gefahr eines kybernetisch ausgelösten Atomkrieges.

Teil II

Gewerkschaften und Krieg

(Zusammenstellung aus Vorträgen,
die im Rahmen von gewerkschaftlichen Veranstaltungen
in den letzten Jahren gehalten wurden.)

GEWERKSCHAFTEN UND KRIEG

Schöne Worte

An schönen Worten läßt es der DGB nicht fehlen; er stellt sich damit in eine lange Tradition mit der Sozialdemokratie. Können wir den Erklärungen des DGB Glauben schenken? Wie können wir die Fähigkeit erwerben, Reden und Erklärungen der politischen Führer und Zeitgenossen zu gesellschaftlichen Fragen kritisch zu untersuchen, wenn nicht aus der Kenntnis der historischen Ereignisse der letzten Vergangenheit? Sollen wir uns damit begnügen, den verbalen Erklärungen der Politiker Glauben zu schenken, die vielleicht sogar noch in eine radikal erscheinende Phraseologie gekleidet sind, sich sogar manchmal als Marxisten oder Marxverbesserer bezeichnen, um die Menschen davon abzuhalten, die Dinge um sie herum kritisch zu betrachten und zu fragen: Wo ist die Tat, und wie sieht die Wirklichkeit aus, die Deinen Reden entspricht? — Kein Politiker hat je vor seiner Bevölkerung davon gesprochen, er wolle Krieg. Im Gegenteil: die größten Kriegstreiber haben am meisten von ihrer friedlichen Gesinnung und der unfriedlichen ihrer Widersacher gesprochen. Für die Arbeiterbewegung und ihren Kampf gegen die kapitalistische Ordnung ist vor allem die Kritik ihrer eigenen Ziele und Zwecke, ihrer Irrungen und Utopien von besonderer Bedeutung. Die Arbeiterklasse ist in der bürgerlichen Gesellschaft eine unterdrückte Klasse. Sie hat auf der einen Seite ihre Halbheiten und Niederlagen stets teuer bezahlen müssen (wie es besonders unsere eigene jüngste Geschichte der Bewegung in Deutschland seit 1914 zeigt), hat aber andererseits aus den erlittenen Niederlagen auch Erkenntnisse ziehen können, die für den weiteren Kampf von großer Bedeutung sein konnten.

Bei Ausbruch des ersten Weltkriegs wurden einzelne Aussprüche und Zitate von Marx und Engels angeführt, um die Zustimmung der Mehrheit der SPD-Fraktion im deutschen Reichstag zur Bewilligung der Kriegskredite zu rechtfertigen. Der damalige Führer der deutschen Gewerkschaften, Legien, der Mitglied der Reichstagsfraktion der SPD war, begründete seine Zustimmung für die Kriegskredite damit, daß er erklärte, das deutsche Reich führe einen Verteidigungskrieg in erster Linie gegen den russischen Zarismus.

Dabei beriefen er und andere sich auf Äußerungen von Marx und Engels, die allerdings um ein halbes Jahrhundert und mehr zurücklagen. So wurde z. B. zur Begründung der Verletzung der belgischen Neutralität Engels zitiert, der in einer Abhandlung „Po und Rhein“ schrieb: *„Am Vorabend eines Krieges wie im Kriege selbst besetzt man jede benutzbare Stellung, von der man den Feind bedrohen und ihm schaden kann, ohne moralische Reflektionen darüber anzustellen, ob dies mit der ewigen Gerechtigkeit und dem Nationalitätsprinzip vereinbar ist. Man wehrt sich eben seiner Haut.“* — Der Militärtheoretiker Engels wird von dem Vorkämpfer des proletarischen Befreiungskampfes gegen die Bourgeoisie getrennt (Noske zitiert Engels auf diese Weise, Seite 44). In der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts sahen in der Tat Marx und Engels in Rußland *„den einen Feind der Revolution, der wirklich furchtbar sei und*

unfehlbar in den Kampf eintreten werde, wenn die Bewegung europäische Ausdehnung annehme (...) Die deutsche Revolution konnte nicht siegen, ohne den preußischen und den österreichischen Zwangsstaat zu zerstören, und dies Ziel war unerreichbar, wenn nicht vorher die Macht des Zaren gebrochen wurde (...)" (Mehring, Karl Marx, 6. Kapitel, Abschnitt 3ff.).

Paradoxerweise stützten sich 1914 gerade jene Sozialdemokraten auf Marx- und Engelszitate, die in den vorausgegangenen heftigen Diskussionen in Partei und Gewerkschaften als Gegner des Marxismus aufgetreten waren. Sie zitierten auch gern die Stellungnahmen von Marx und Engels zum Krieg 1866 und 1870/71, ohne sich jedoch der Mühe zu unterziehen, die inzwischen eingetretenen politischen Veränderungen zu untersuchen. Damit verkehrten sie die Methode, die Marx und Engels anwandten, um die Zeitereignisse und ihre Erscheinungsformen zu erklären, in ihr Gegenteil.

Gewiß sahen auch Marx und Engels die Leiden und Opfer, die der Krieg forderte, aber sie blieben nicht bei ohnmächtigem Wehklagen und Empörung über die Leiden stehen, sondern sie stellten die Frage: Was sind die Ursachen der Kriegsvorbereitungen und des Krieges, wird er geführt, um eine alte, sterbende Gesellschaftsordnung noch am Leben zu erhalten oder um einer neuen gesellschaftlichen Ordnung zum Durchbruch zu verhelfen? Sie suchten die Ursachen des Krieges in den gesellschaftlichen Gegensätzen, damit – wenn die Leiden schon nicht vermieden werden konnten – sie wenigstens dem Fortschritt dienten und so klein wie möglich gehalten werden konnten.

Die Friedenssehnsucht einer vom Krieg heimgesuchten Bevölkerung hat nichts zu tun mit den Friedenstiraden und -versprechungen der bürgerlichen Berufspolitiker, die pazifistische, moralische und religiöse Utopien verbreiten, die der Beruhigung der unruhigen Bevölkerung dienen sollen und daher der herrschenden Klasse nützen, die Unterdrückung aufrechtzuerhalten. „Nie wieder Krieg“, hieß es nach dem Ende des ersten Weltkrieges, „keine deutschen Soldaten mehr“ nach dem zweiten.

Nach dem ersten wie nach dem zweiten Weltkrieg war es der Wunsch der Bevölkerung, die den Krieg und die Massenvernichtung miterlebt hatte, daß sich das Erlebte nicht noch einmal wiederholen möge. Die Friedenssehnsucht unter der arbeitenden Bevölkerung hatte einen sehr realen Grund: Die Opfer, die im Krieg gebracht werden mußten, wurden von der arbeitenden Bevölkerung und ihren Familien gebracht. Dem stehen auf der anderen Seite jene Gesellschaftsschichten und Klassen gegenüber, die im Kriege weiterhin Geschäfte und Gewinne machen konnten und die nach dem Kriegsende im „Frieden“, wenn sie ihre politische Macht behaupten konnten, aufgrund ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht in der Gesellschaft die Folgelasten des Krieges auf die arbeitende Bevölkerung abwälzen konnten.

Anders in den Ländern, die nach dem ersten bzw. zweiten Weltkrieg revolutionäre gesellschaftliche Umwälzungen erfuhren, in denen der Kapitalismus und die bürgerliche Klassengesellschaft am schwächsten war. Als Folge des ersten Weltkrieges: Revolution in Rußland bis zum Sturz der kapitalistischen Ordnung, des zweiten Weltkrieges: Revolution in Jugoslawien, China, Kuba usw. Warum aber bleibt die Revolution in Deutschland 1919 auf halbem Wege stehen? Der

deutsche Kapitalismus erwies sich als stärker und widerstandsfähiger als der in denjenigen Ländern, in denen die Revolution gesiegt hatte. Und: Deutschland lag in der Mitte Europas; fiel Deutschland für den Kapitalismus aus, so war auch Europa als Ganzes nicht zu halten. Das zeigt, daß die Bedingungen der Revolution von Land zu Land verschieden sind. Die Anforderungen, die an die Arbeiterbewegung gestellt werden, sind andere – unabhängig davon aber haben die Arbeiter in allen Ländern dasselbe Ziel. Daher kann man nicht undifferenziert und gedankenlos Erfahrungen von einem Land auf das andere übertragen, auch nicht von einer gesellschaftlichen Entwicklungsperiode auf eine andere.

Ein Beispiel, wie Illusionen unter der arbeitenden Bevölkerung verbreitet werden:

1956 beschloß der DGB-Bundeskongreß: *„Der DGB wird die Kräfte unterstützen, die willens sind, mit demokratischen Mitteln die Wiederbewaffnung im gespaltenen Deutschland und die Wehrpflicht wieder rückgängig zu machen.“* – 1982 verbietet der DGB Teilnahme an Antikriegsdemonstrationen unter Angabe der Gewerkschaftszugehörigkeit.

Kann die Wahrheit der Arbeiterklasse schaden?

Verschiedene Gesundheitsbetreuer und Menschenfreunde, die sich dazu noch bei jeder Gelegenheit auf den Marxismus berufen, erklären, die Arbeiterklasse brauche Utopien. An Utopien hat sie weder nach dem ersten noch nach dem zweiten Weltkrieg über besonderen Mangel zu klagen gehabt. Die Arbeiterklasse hat – wenn sie sich auf diese Utopien verließ – stets teuer dafür zahlen müssen.

Im Grundsatzprogramm des DGB 1979 wird gesagt: *„Die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland hat die alten Besitz- und Machtverhältnisse nicht wesentlich geändert. Die Konzentration des Kapitals schreitet schnell fort (. . .) die Arbeitnehmer, die übergroße Mehrheit der Bevölkerung sind nach wie vor von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ausgeschlossen (. . .)“* Dem muß gegenübergestellt werden, was Böckler 1946 sagte: *„Wir haben nicht mehr die alten Klassengegner uns gegenüber (. . .) Also die Wirtschaft soll künftig unsere Wirtschaft sein. Wir wollen der maßgebende Faktor sein, und gelingt uns das, dann könnt ihr euch recht bald ein Bild davon machen, in wie vielen oder wie wenig Fällen die Anwendung des Streiks dann überhaupt noch notwendig bzw. zulässig sein wird (. . .)“* 1946 stand die arbeitende Bevölkerung noch unter dem Eindruck des Kriegsgeschehens, und es wäre unmöglich gewesen, ihr zu sagen, daß der Wiederaufbau ein kapitalistischer sein würde und die alten Herren wieder in Erscheinung treten würden, wenn die Fabriken wieder dastehen. – Ähnlich war es auch nach dem ersten Weltkrieg. „Der Sozialismus marschiert“, verkündeten Ebert und Scheidemann, unterstützt von der ADGB-Führung. Mit sozialdemokratischen Ministern und dem Stimmzettel werde man parlamentarisch zum Sozialismus kommen und nicht, wie Spartakus es wolle, mit revolutionärem Kampf. „Nie wieder Krieg“ war die Begleitmusik beim Wiederaufbau der deutschen Reichswehr mit ihren illegalen und halblegalen Unterabteilungen und Nebenorganisationen, die schließlich im zweiten Weltkrieg für „Lebensraum“

des deutschen Kapitalismus in der Sowjetunion kämpfte. 1918 wurden in Deutschland zwar Kaiser und Fürsten verjagt – um dem Zorn der Bevölkerung Rechnung zu tragen; die alten gesellschaftlichen Machtverhältnisse blieben aber erhalten. Schon einige Jahre später (1925) waren wir in der Weimarer Republik wieder so weit, daß die 1919 verjagten Fürsten und Hofschranzen Millionen-Abfindungen erhielten. Die Arbeiter waren zwar empört, aber sie kamen über parlamentarische Aktivitäten nicht hinaus. Es fehlte die Konsequenz, mit dem Fürsten auch das kapitalistische System zu verjagen. So leben die Nachkommen dieser Fürstengeschlechter noch heute auf Kosten der werktätigen Bevölkerung und sind ein beliebtes Thema der Regenbogenpresse. – Ähnliches geschah mit der Entnazifizierung nach dem zweiten Weltkrieg.

Die Sorge um den Frieden wächst immer dann, wenn das Kapital mit dem Krieg bereits kalkuliert.

Weder der erste noch der zweite Weltkrieg sind unvorbereitet gekommen. Beiden Weltkriegen ging eine Friedensbewegung von weltpolitischer Ausdehnung voraus, die zum Ausdruck brachte, daß die Massen das herannahende Unwetter spürten und fürchteten. Es drückte sich für sie in der Tatsache aus, daß es auf der einen Seite wachsende Not gab, Millionen Menschen unter der Bevölkerung arbeitslos waren, auf der anderen Seite die Regierungen sich bis an die Zähne bewaffneten. Nirgendwo jedoch konnte die Arbeiterschaft eines Landes vor dem Krieg eine Entscheidung für ihre Sache erzwingen.

Wie die Stellung zum Krieg sich änderte.

Seit 1866 (Krieg Preußens gegen Österreich) hatte jedermann in Preußen den kommenden Krieg mit Frankreich erwartet. Bismarck trat deshalb nach dem Sieg Preußens über Österreich für einen Frieden ohne Annexionen ein. Er wollte sich damit den Rücken freihalten für die Auseinandersetzung mit Frankreich, die er bereits voraussah. Bebel schreibt dazu in seinen „Erinnerungen“: *„Daß der nächste Krieg ein Krieg mit Frankreich sein werde, war seit 1866 die Überzeugung aller Politiker (. . .) weil befürchtet werden müsse, daß Österreich zu einer Revanche für 1866 mit Frankreich im Bunde bereit sein würde (. . .)“* (Bd. II, Seite 141) – Der wirkliche Grund zum Ausbruch des Krieges 1870 lag tiefer als in dem offiziellen und nach außen so erscheinenden Streit um die spanische Erbfolge durch einen Hohenzollern und um den Wortlaut der Emser Depesche, nämlich dort, wo das erwachende Nationalgefühl der Deutschen von 1870 ihn auch instinktiv suchte. Man war überzeugt, daß Napoleon III. die Vereinigung der verschiedenen deutschen Kleinstaaten (mit Zollgrenzen und Duodezfürsten) verhindern wollte, weil er die Entstehung einer Großmacht mitten in Europa fürchtete. Jedoch war die nationale Erhebung Deutschlands und die Abschaffung der Kleinstaaterie eine Lebensnotwendigkeit für die Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise geworden. Was daran entscheidend ist: dadurch, daß eine deutsche Nation entstand, wurde es erst möglich, daß sich das Proletariat auch national organisieren konnte. Die Gründung des deutschen Reiches stellte sozusagen historisch einen Fortschritt dar – obwohl sie durch einen Krieg

erreicht wurde. Sie würde praktisch von reaktionären gesellschaftlichen Kräften vollzogen, wurde aber zur Voraussetzung für eine deutsche Arbeiterschaft. Dieser Zusammenhang war offenbar, und dennoch waren sich August Bebel und Wilhelm Liebknecht im klaren darüber, daß sie die für den Krieg 1870 geforderten Gelder im Parlament nicht bewilligen durften. Liebknecht wollte für die glatte Ablehnung stimmen, Bebel überzeugte ihn davon, daß dies wie eine Parteinahme für Napoleon aussehen würde. Sie einigten sich auf Stimmenthaltung. Die vier Abgeordneten der Lassalleaner stimmten für die Bewilligung. Bebel schrieb später (1911) zu dieser Frage: *„Ich bekenne, daß ich unsere damalige Haltung in keiner Weise bedauere und daß, wenn wir bei Ausbruch des Krieges bereits gewußt hätten, was wir im Laufe der nächsten Jahre aufgrund amtlicher und außeramtlicher Veröffentlichungen kennenlernten, unsere Haltung vom ersten Augenblick an eine noch schroffere gewesen wäre. Wir hätten uns nicht – wie es geschah – bei der ersten Geldforderung für den Krieg der Abstimmung enthalten, wir hätten direkt gegen dieselbe stimmen müssen. Heute kann es keinem Zweifel mehr unterliegen, daß der Krieg von 1870 von Bismarck gewollt und durch ihn von langer Hand vorbereitet worden ist. Wenn er mit seinen Versuchen, anläßlich der Kriege von 1864 und 1866, sich als den Unschuldigen und Gereizten hinzustellen, wenig Glück hatte, so ist ihm dies in Bezug auf den Krieg von 1870/71 glänzend gelungen. Mit Ausnahme eines kleinen Kreises Eingeweihter, der wußte, daß Bismarck mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln auf den Krieg mit Frankreich hinarbeitete (. . .) hat Bismarck alle Welt düpiert und den Glauben zu erwecken verstanden, daß Napoleon den Krieg provozierte und er, der friedliebende Bismarck, sich mit seiner Politik in der Rolle des Angegriffenen befand (. . .) Allerdings hat Napoleon formell den Krieg erklärt, aber das Bewundernswerte in der Bismarckschen Politik lag darin, daß er die Karten so geschickt gemischt hatte, daß Napoleon mit der Kriegserklärung austrumpfen mußte, er mochte wollen oder nicht, und so als der Friedensbrecher erschien. Haben doch selbst Männer wie Marx und Engels die Anschauung gehabt und öffentlich zum Ausdruck gebracht, Napoleon sei der Friedensbrecher gewesen, obgleich die Warte, auf der sie standen, für die Beurteilung der europäischen Politik eine weit höhere war als die unsere. Die Vorgänge bis zur Kriegserklärung waren so irreführend und verblüffend, daß man ganz die Tatsache übersah, daß Frankreich, das den Krieg erklärte, mit seiner Armee auf keinen Krieg vorbereitet war, wohingegen in Deutschland, das als der zum Krieg provozierte Teil erschien, die Kriegsvorbereitungen bis auf den letzten Lafettennagel fertig waren und die Mobilmachung wie am Schnürchen sich vollzog (. . .)“*

Ihre Erklärung im Parlament zu den Kriegskrediten am 21.7.1870 lautete: *„Der gegenwärtige Krieg ist ein dynastischer Krieg, unternommen im Interesse (. . .) der Dynastie der Hohenzollern (. . .) Als prinzipielle Gegner jeden dynastischen Kriegs, als Sozialrepublikaner und Mitglieder der Internationalen Arbeiterassoziation, die ohne Unterschied der Nationalität alle Unterdrücker bekämpft (. . .) können wir uns weder direkt noch indirekt für den gegenwärtigen Krieg erklären und enthalten uns daher der Abstimmung, indem wir die zuversichtliche Hoffnung aussprechen; daß die Völker Europas (. . .) alles aufbieten werden, um sich ihr Selbstbestimmungsrecht zu erobern und die heutige Säbel-*

und Klassenherrschaft als die Ursache aller staatlichen und gesellschaftlichen Übel zu beseitigen.“ Es war dies das erste Mal, daß die Klassenherrschaft als Ursache des Krieges überhaupt angesprochen wurde und vom Standpunkt der Arbeiterklasse Stellung genommen wurde. Das wurde noch im selben Jahr deutlicher. Ende November 1870 stand erneut im Reichstag die Frage der Bewilligung der Kriegskredite an. Aber die Lage hatte sich inzwischen gründlich geändert. Napoleon saß als „Gefangener“ in Kassel auf dem Hohenzollernschloß Wilhelmshöhe, in Frankreich war die Republik ausgerufen. Bebels Stellungnahme damals beschreibt er selbst so: „*Meine Rede war nicht lang, aber sie erweckte einen Sturm, wie ich ihn seitdem nie wieder mit einer Rede hervorrief (. . .) Ein großer Teil des Hauses hatte einen förmlichen Tobsuchtsanfall. Man überschüttete uns mit Schimpfwörtern größter Art, Dutzende von Mitgliedern drangen mit erhobenen Fäusten auf uns ein (. . .) Viele Minuten lang konnte ich nicht zu Wort kommen.*“ – Was war passiert, daß sowohl Bebel und Liebknecht als auch ihre parlamentarischen Gegner anders reagierten als noch zu Beginn des Krieges? Die erste Arbeiterrevolution in der Geschichte in Frankreich, die Pariser Kommune, hatte die herrschenden Klassen in Deutschland in Schrecken versetzt.

Bebel über seine Rede: „*Ich gab eine kurze historische Übersicht bis zum Sturze des Kaiserreiches und wies nach, daß mit der Gefangennahme Napoleons die eigentliche Kriegsursache beseitigt sei (. . .) Meine Ausführungen riefen große Unruhe und heftigen Widerspruch hervor (. . .) Was den Friedensschluß unmöglich mache, sei die Forderung der Annexionen (. . .) zum Schluß empfahl ich die Annahme eines Antrages, den Liebknecht und ich gestellt hatten. Dieser Antrag lautete: „Der Reichstag wolle beschließen: Den Gesetzentwurf betreffend den ferneren Geldbedarf für die Kriegsführung abzulehnen (. . .) und fordert den Bundeskanzler auf, dahin zu wirken, daß unter Verzichtleistung auf jede Annexion französischen Gebietes schleunigst Frieden geschlossen werde.““ (Bd. 2, Seite 161)*

Damals hatten Bebel und Liebknecht noch keine große Partei hinter sich, sie waren „*in verschwindender Minderheit und hatten im Volk selbst keinen sicheren Stützpunkt*“ – organisatorisch noch schwach, vertraten sie doch den Standpunkt der Arbeiterklasse.

Die deutsche Arbeiterbewegung stand erst am Beginn ihrer Entwicklung. Viel später als in den anderen westeuropäischen Staaten hat Deutschland das feudale Zeitalter überwunden. Als England und Frankreich schon längst ihre bürgerlichen Revolutionen hinter sich hatten und Nationalstaaten geworden waren, mußte Deutschland sich erst noch aus den feudalen Fesseln befreien, um zum Nationalstaat zu werden.

Die Befreiung aus der feudalen Beschränktheit kam nicht – wie auch Marx und Engels 1848 noch gehofft hatten – von dem deutschen Bürgertum selbst, sondern „von oben“. Militarismus und Junkertum waren ihre Geburtshelfer. So schleppte die bürgerliche Revolution in Deutschland mehr als die aller anderen westlichen kapitalistischen Länder schon aus Angst vor der Arbeiterklasse die Eierschalen des Feudalismus mit sich. Monarchie und Junkertum übten die politische Macht aus, während die Bourgeoisie sich der kapitalistischen Ausbeutung des Proletariats widmete.

Welche Ursachen hatte das Drängen nach der nationalen Einheit seit Anfang des 19. Jahrhunderts?

Die feudalen Wirtschaftsbedingungen erwiesen sich mehr und mehr als unzulänglich für die breiten Bevölkerungsschichten, außer für den Adel. Die ausreichende Ernährung für die Bevölkerung war nicht mehr gewährleistet. Die wirtschaftlichen Kräfte bedurften einer neuen Entfaltung, jedoch standen die politischen Herrschaftsformen dieser Entfaltung im Wege: die Vorrechte des grundbesitzenden Adels. Unter diesen Bedingungen und dem wirtschaftlichen Zwang vollzieht sich der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus in Deutschland – allerdings 100–150 Jahre später als in dem übrigen Westeuropa. Sobald aber der Kapitalismus einmal Fuß gefaßt hatte, brauchte er ein größeres Wirtschaftsgebiet als die deutschen Kleinstaaten. Steigende Produktion war eng verbunden mit dem Streben nach einem einheitlichen deutschen Nationalstaat (die Zollgrenzen mußten fallen).

Bis zum ersten Weltkrieg hat sich das Kapital in Deutschland gesellschaftlich durchgesetzt, die Wirtschaft organisiert und ein Millionenheer von Arbeitern hervorgebracht. Die Arbeiterschaft organisiert sich als Sozialdemokratie im Kampf gegen die Gesellschaft. Das deutsche Kaiserreich versucht, sich durch den ersten Weltkrieg als imperialistische Großmacht durchzusetzen. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften verurteilen die Kriegsvorbereitungen. Nachdem der Krieg entfacht worden ist, stützten sie ihn, um ihr politisches Überleben zu sichern.

Die erste Periode, etwa bis 1890, ist die kapitalistische Eroberung des inneren Marktes, und ab 1890 nimmt die Ausdehnung ein schärferes Tempo an. Das Großkapital entwickelt sich, die rückständigen Produktionsmethoden werden überwunden. Der innerdeutsche Markt wird bald zu klein, das deutsche Kapital drängt auf den Weltmarkt und muß nach der Neuaufteilung der Welt und der Eroberung streben. Der deutsche Militarismus wird forciert. Von 1870–1890 nimmt die Bevölkerung um 8,6 Millionen zu, von 1890–1910 um 15 Millionen. Je mehr das Bürgertum wirtschaftlich erstarkte, desto mehr entfernte es sich von seinen alten bürgerlichen Idealen und Zielen. Es wurde reaktionär, und seine Feindschaft gegen das Proletariat nahm zu. Von 1870 an entwickelt sich der Großbetrieb, das Kartellwesen, d. h. der Zusammenschluß zu größeren Unternehmen und zu intensiverer Tätigkeit. In den 80er Jahren beginnt die Konzernbildung.

Die Produktivkräfte sind so gewachsen, daß der 1871 geschaffene Nationalstaat zu klein wird für die gewachsenen Produktionsmöglichkeiten und die wachsende arbeitende Bevölkerung. Dieser Widerspruch muß früher oder später zur Explosion führen. Das ist der Beginn der Krise, die ihren Höhepunkt im Ausbruch des ersten Weltkrieges erreicht. Von diesem historischen Widerspruch ausgehend muß die Aufgabe der Arbeiterklasse und ihrer Bewegung geprüft und verstanden werden.

Der Kampf um die freien Gebiete in der Welt setzt ein: China, Türkei, Persien . . . Kleine kapitalistische Staaten wie Portugal und Holland haben große Kolonialgebiete, das ist in den Augen des deutschen Imperialismus „ungerecht“;

große Kolonialmächte wie England und Frankreich haben große Kolonialgebiete und fürchten, daß andere, „hungrige“ Staaten Unruhen in den Kolonien ausnutzen könnten, um ihnen ihre Kolonien zu entreißen. Aus diesen Tatsachen entwickelt die deutsche Bourgeoisie den Anspruch, „gleichberechtigt“ an der Aufteilung der Welt beteiligt zu werden. Die Gegensätze zwischen den kapitalistischen Staaten nehmen zu, und 1914 beginnt der militärische Kampf um die Weltherrschaft: Welcher Staat soll den größten Anteil bekommen? Für die Arbeiterklasse und die Arbeiterbewegung wirft sich die Frage auf, welches Interesse hat sie an der Ausbreitung der kapitalistischen Produktionsweise, die nur noch dadurch möglich wird, daß die einen kapitalistischen Unternehmen die anderen verdrängen, daß „überflüssig“ gewordene Produktionsmittel und Arbeitskräfte vernichtet werden? So rückt das Proletariat immer näher an seine historische Aufgabe der Ablösung des kapitalistischen Systems überhaupt heran. Das ist ein Prozeß, der sich über Jahrzehnte hinreckt, wie auch die Ablösung des Feudalismus nicht gleichzeitig in der ganzen Welt vor sich geht. Von diesem Standpunkt aus muß die Stellungnahme der Gewerkschaften und der SPD zum ersten Weltkrieg gesehen werden.

Die Gewerkschaften und die SPD haben eine erfolgreiche Periode des Kampfes gegen das deutsche Bürgertum und die Monarchie hinter sich. Die Versuche, die Arbeiterbewegung zu unterdrücken (Sozialistengesetz usw.), sind gescheitert. Gewerkschaften und SPD haben in der aufsteigenden Periode des Kapitalismus eine Reihe von bedeutenden Zugeständnissen und Rechten erkämpfen können. Nicht in Sozialpartnerschaft, sondern in opfervollen Kämpfen, zum Teil gegen sozialpartnerschaftliche, klassenversöhnlerische christliche und Hirsch-Dunkersche Gewerkschaften: Die Möglichkeit, sich Organisationen zu schaffen, die Verkürzung der Arbeitszeit, die tarifvertraglichen Vereinbarungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen usw. Dafür haben sie einen ständigen Kleinkrieg führen müssen.

Wilhelm II. schreibt in einem als „Sylvesterbrief“ bekanntgewordenen Schreiben Sylvester 1906 an Bülow: *„er wolle keinen Krieg, bevor wir nicht ein festes Bündnis mit der Türkei abgeschlossen hätten (. . .) Die Hauptsache aber wäre, daß wir wegen unserer Sozialisten keinen Mann aus dem Lande nehmen könnten, ohne äußerste Gefahr für Leben und Besitz der Bürger. „Erst die Sozialisten abschießen, köpfen und unschädlich machen, wenn nötig per Blutbad, und dann Krieg nach außen.““* (Nach Pritzkolet, Seite 264.)

Noch beim Bergarbeiterstreik 1912 wütete ein bis dahin unbekannter Polizeiterror gegen streikende Bergleute. Im Reichstag wurde 1912 sogar die Forderung erhoben, die Gewerkschaften zu verbieten, ebenso die SPD. Umbreit, einer der bekanntesten Gewerkschaftsführer von damals, schilderte in seinen „Erinnerungen“: *„Es war als ob zwei Nationen im Reiche wohnten, von denen die eine die andere nur als Feind erkannte und gegen ihn rüstete – bis dann der eiserne Ring der äußeren Feinde dem inneren Streit Schweigen gebot (. . .)“*

Das Klassenbewußtsein der Arbeiter entwickelte sich durch die propagandistische Verbindung des praktischen Kampfes mit dem sozialistischen Endziel. Die objektiven Verhältnisse ließen keinen revolutionären Kampf um die politische Macht zu. Aber der Tageskampf war begleitet von der ideologischen

Schulung und Vorbereitung auf den revolutionären Kampf. Der Kriegsausbruch 1914 zeigte allerdings, daß die reformistische Praxis die Arbeiterschaft trotz revolutionärer Propaganda unvorbereitet und unfähig gelassen hatte, richtige Beschlüsse gegen den Krieg zum Sturz des Kapitalismus auszunutzen, sie zu verwirklichen. Beschlüsse genügen eben nicht!

1914

Es sind vor allem die Gewerkschaftsführungen, die für die Bewilligung der Kriegskredite 1914 eintreten. Sie sagen, sie wollten die Organisation erhalten, das, was erkämpft worden ist, über den Krieg hinüberretten – sie wollten ein neues Sozialistengesetz verhindern. Es ist der Gewerkschaftsführer Legien, der als erster den Ausschluß Karl Liebknechts fordert, weil dieser die Auffassung vertritt: Der Feind steht im eigenen Land. Nicht die französischen, englischen und russischen Arbeiter, sondern die Kapitalisten, die diesen Krieg zu verantworten haben. Er verteidigt entschlossen die ein Jahr vorher beschlossene internationale Erklärung, daß im Kriegsfall die Arbeiter für den Sturz der bürgerlichen Ordnung eintreten müssen.

1914 ist ein entscheidender Wendepunkt der deutschen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Ihre Führer gehen ins Lager der herrschenden Klasse über. Sie fragen bei der Regierung an, wie diese sich gegenüber den Gewerkschaften verhalten wolle. Diese antwortet: *„Wir denken nicht daran, ihnen zu Leibe zu gehen, falls sie uns keine Schwierigkeiten machen. Denn wir sind froh, große Organisationen der Arbeiterklasse zu haben, auf die sich die Regierung bei den notwendigen Hilfsmaßnahmen stützen kann.“* (Umbreit) Regierung und herrschende Klasse hatten aus den Erfahrungen seit 1870 gelernt. Zum Kriegführen brauchte der Kaiser Einigkeit und die großen Organisationen der Arbeiterschaft, wie Gewerkschaften und Genossenschaften. Bebel und Liebknecht waren 1870 noch Einzelgänger gewesen, jetzt aber schwenkte eine starke Arbeiterbewegung auf die Volksgemeinschaft ein und der Kaiser kam ihnen entgegen. *„Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“*, war seine Devise.

Am 1. und 2. August 1914 beschließt der ADGB auf einer Tagung der Vorstände, alle laufenden Streikbewegungen zu stoppen und während des Krieges die Streikunterstützungen auszusetzen. Dies war auch für die SPD-Reichstagsfraktion ein Grund, den Kriegskrediten zuzustimmen. Im Herbst 1914 kommt es zur ersten praktischen Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Regierung in der Kriegsernährungsfrage, dann folgt die Arbeitslosenfürsorge, die Verteilung der Renten an die Witwen und die Kriegshinterbliebenen. Der Kriegshilfsdienst bringt die faktische Anerkennung und Einsetzung der Gewerkschaften durch den Staat für die Kriegsführung (1916), Unternehmer und Gewerkschaften werden als nichtpolitische Vereine anerkannt. Einer der bekanntesten Sozialdemokraten, Ernst Heilmann, Reichstagsabgeordneter und Journalist, nahm wie folgt Stellung: *„Es gibt keine sozialistische Verständigung, die diesen furchtbaren Mordkrieg beilegen könnte (. . .) Die Internationale ist heute tot. Mars regiert die Stunde. Nicht Vernunft und Gerechtigkeit, sondern nur siegreiche Waffen und politische*

Klugheit werden uns den Frieden bringen und seinen Inhalt bestimmen. So zerschmetternd müssen die Feinde geschlagen werden, daß ihr Ring zerbricht, daß die Koalition birst (. . .) Dazu hilft uns gegen den Feind nur eins: den Daumen aufs Auge und die Knie auf die Brust. Und greinen uns ein paar Heilige dazwischen, wie furchtbar das Schicksal der französischen Arbeiter sei, so erwidern wir ihnen: Die französischen Arbeiter bleiben Männer, auch wenn wir mit ihnen Kugeln wechseln, aber ihr seid alte Weiber. Mögen darunter die ewig schwankenden Gestalten plötzlich den Verinna der Internationale spielen wollen – ich gehe zum Hindenburg (. . .)“ Bleibt hinzuzufügen, daß derselbe Heilmann von der herrschenden Klasse „Dank“ erhielt. Unter den schwersten Drangsalierungen kam er nach 1933 im Konzentrationslager um, während Noske seine Pension, die ihm von den Nazis gewährt wurde, ruhig im zweiten Weltkrieg verzehren konnte. *„Einen Mann wie Sie schickt man nicht fort“*, erklärte ihm Göring. (Zitate nach Noske.) Jetzt hatten die Gewerkschaften mit der Anerkennung die Möglichkeit der ungehinderten Betätigung, um die Kriegführung zu unterstützen. Sie wurden zu Mittlern zwischen Regierung, Militär, Verwaltung einerseits und der Arbeiterschaft andererseits. Die Gewerkschaften machen den Vorschlag, eine zentrale Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern zu bilden (wie sie sagen, um den Herrn-im-Hause-Standpunkt zu beenden). Dieser Standpunkt wird im Krieg zum Hindernis, weil er die Harmonie der Volksgemeinschaft stört. – Die Schwerindustrie widersetzt sich noch bis Ende 1918 allzu enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, dann erkennt sie 1918 die Bedeutung der Arbeitsgemeinschaft für die Zurückdrängung der revolutionären Arbeiterforderungen und der Rätebewegung.

Die Niederlage des Kaiserreichs wurde von der Arbeiterschaft nicht genutzt, die alte Gesellschaft revolutionär zu beseitigen. Die Sozialdemokratie errichtete die bürgerliche Demokratie auf der alten ökonomischen Grundlage. Nach der Weltwirtschaftskrise konnte der Faschismus den abgewirtschafteten Reformismus zerschlagen. Die Nazis bereiteten den zweiten Weltkrieg vor, ohne daß die Arbeiter sich zur Wehr setzten.

Trotz Kriegsnot und Massenelends kämpft 1918 nur ein unzureichender Teil der deutschen Arbeiter revolutionär. Der größte Teil der durch die Vorkriegsschule der Sozialdemokratie und Gewerkschaften gegangenen Arbeiter fiel – erschöpft, wie sie der 4 1/2jährige Krieg gemacht hatte – auf die Propaganda der SPD und Gewerkschaften, die einen leichten, wenig opferreichen Weg zum Sozialismus versprochen, herein und zahlte später dafür mit einem Vielfachen an Opfern unter 12 Jahren Hitlerherrschaft.

Nach Kriegsende 1919 besiegelte Legien mit Stinnes, als dem Vertreter der deutschen Unternehmer, die Arbeitsgemeinschaft. Die russische Revolution übte dabei insofern einen Einfluß aus, als Regierung und Unternehmer ein Überspringen der Revolution auf Deutschland fürchteten.

Rathenau, ein bürgerlicher Demokrat, deutscher Außenminister nach 1918, warnt die Gewerkschaften, sie könnten bei den Arbeitern mit der Arbeitsgemeinschaftspolitik in Mißkredit geraten. Legien erwidert ihm, die Arbeitsgemeinschaft sei durchaus im Interesse der Arbeiter, nur mit ihrer Hilfe könnten Arbeitslosigkeit und Kriegsfolgen beseitigt werden.

Auf dem DMV-Kongreß 1919 [DMV = Deutscher Metallarbeiter Verband] erhält die Forderung auf Beendigung der Arbeitsgemeinschaft – trotz aller Versuche der Führung, das zu verhindern – eine Mehrheit, jedoch keine 2/3-Mehrheit, wie es zur Satzungsänderung erforderlich gewesen wäre. Der alte DMV-Vorstand wird bis auf zwei Mitglieder abgesetzt und ein neuer aus USP-Leuten gewählt [USP = Unabhängige Sozialdemokratische Partei] (Dissmann, USP, wird Erster Bevollmächtigter) und aus Linken. Der alte Vorsitzende Schlicke versucht noch vergeblich, die Delegierten zu überreden: „*Laßt euch nicht blenden durch Worte, scheidet nicht die Stimme der Erfahrung aus, die die Verbandsleitung verkörpert (. . .)*“ – Auf diesem Kongreß ist Böckler der Sprecher der „Arbeitsgemeinschaft“.

Besaß die Gewerkschaftsbewegung am Beginn des ersten Weltkrieges noch Vertrauen bei den Mitgliedern, so hatte sie sich 1933 so durch die Politik ihrer Führung in der Weltwirtschaftskrise in Verruf gebracht, daß sie trotz ihrer Kapitulation vor den Nazis am 1. Mai 1933 von diesen nicht mehr gebraucht werden konnte.

Warum kapituliert die Sozialdemokratie und die Führung der Gewerkschaften vor dem deutschen Faschismus?

Nicht, weil sie Sympathie für die Nazis haben, sondern weil sie sich mit dem bürgerlichen Staat und der Gesellschaft identifizieren und den Sozialismus, die Revolution der Arbeiter haßten. Sie haben nach 1919 die Vorarbeit geleistet für die Wiedererstarkung des deutschen Imperialismus, die ohne Mitwirkung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften nicht hätte verwirklicht werden können. Ohne den Aufbau der Reichswehr nach 1919 unter sozialdemokratischen Ministern und mit gewerkschaftlicher Unterstützung hätte Hitler nicht ein ganz entscheidendes Werkzeug für den Krieg gegen die SU und die übrigen europäischen Staaten zur Verfügung gehabt. Auch die Reichswehrführung war von der Nazi-Ideologie meistens nicht begeistert, ja, viele der höheren Offiziere waren konservativ und lehnten sie ab. Auch sie mußten – gewollt oder ungewollt – sich mit der bürgerlichen Gesellschaft identifizieren und Nazi-deutschland dienen.

Die Volksgemeinschaft aber konnte 1933 nicht mehr mit Hilfe der abgewirtschafteten Gewerkschaftsführung hergestellt werden, sondern nur durch den Ersatz-Sozialismus der NSDAP und durch die terroristische und radikale Unterdrückung jeder Möglichkeit für die Arbeiter, sich wieder zu sammeln. Die Aufgabe, vor der der deutsche Imperialismus stand, erforderte nicht nur die Mobilisierung der Kräfte in Deutschland selbst, sondern in ganz Europa. Sein Ziel war es, den fehlenden „Lebensraum“ im Osten zu erobern. Das hieß Kampf gegen den Marxismus, Bolschewismus und gegen Klassenbewußtsein. Dabei konnte der deutsche Imperialismus auf den aktiven Beistand der herrschenden Klassen in den übrigen kapitalistischen Ländern Europas und der Welt rechnen. Die herrschenden Klassen Frankreichs, Belgiens, Hollands fürchteten sich davor, den Arbeitern Waffen zu geben gegen die deutschen Eindringlinge, weil die Wirt-

schaftskrise die Gefahr einer revolutionären Entwicklung in ganz Europa anzeigte. Ging es in Deutschland in Richtung zum Sozialismus, dann mußte Europa nachfolgen. Daher die Einstellung der europäischen Bourgeoisie und auch der englischen Konservativen: Lieber Hitler als den Bolschewismus (München 1938).

Die SU muß den Krieg gegen den deutschen Imperialismus zunächst auf sich selbst gestellt führen, es gibt keine zweite Entlastungsfront im Westen, bis die Russen nach der deutschen Niederlage in Stalingrad in Weißrußland stehen. Dann erst erfolgt das militärische Eingreifen der Engländer und Amerikaner auf dem europäischen Kontinent, um Europa nach der militärischen Niederlage Deutschlands nicht in die Hände des „Bolschewismus“ fallen zu lassen. Der deutsche Imperialismus wird von den Russen militärisch besiegt und mit Hilfe der Gewerkschaften und SPD von den westlichen Besatzungsmächten gerettet. Er erhält und sieht eine neue Chance als Partner der USA und des westlichen Lagers, in den von ihnen besetzten Teilen Deutschlands als Speerspitze gegen die SU und das übrige sozialistische Lager sich zu entwickeln – an der Nahtstelle zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Diese politische Rolle verschaffte ihm das „Vorrecht“, Empfänger von amerikanischem Kapital zu sein, das den kapitalistischen Wiederaufbau einleitet. Dieses Kapital hatten die USA im Krieg als Rüstungslieferant für die Alliierten angesammelt (Marshall-Plan).

Die Sowjetunion wird zum Gegenpol für die kapitalistische Welt. Sie wird gezwungen, zu ihrem Schutz einen Machtbereich um sich herum aufzubauen. Das führt im Inneren der Ostblockstaaten zu all den Begleiterscheinungen, die die Arbeiter im Westen am russischen Sozialismus ablehnen. Für den „freien Westen“ gibt es das Propagandamaterial gegen den Kommunismus ab.

Die Russen hatten riesige Verluste erlitten und streben danach, so schnell wie möglich die Verwüstungen und Schäden wieder gutzumachen. Die Atombombe in Japan gilt nicht der Kapitulation Japans, das bereits militärisch am Ende war, sondern ist eine Demonstration der Stärke, um die Sowjetunion einzuschüchtern.

Die Russen nutzen zunächst ihre im Krieg eroberten Gebiete für den eigenen Wiederaufbau. Selbst Eisenbahnschwellen werden aus dem besetzten Ostdeutschland nach Rußland abtransportiert. Dies sind Merkmale von Eroberungspolitik, und sie wirken auf die deutschen Arbeiter so, daß sie vom Sozialismus und der Sowjetunion abgeschreckt werden. Im sozialistischen Lager wird die SU zur führenden und entscheidenden Macht. In beiden Lagern gibt es Widersprüche und Gegensätze, aber der entscheidende Gegensatz ist der zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Die weltpolitische Entwicklung treibt zu einem neuen Versuch des kapitalistischen Lagers, sich „Lebensraum“ zu verschaffen. Das ist letzten Endes nur möglich auf Kosten des sozialistischen Lagers. Dort ist eine Ausweitung des kapitalistischen Marktes zeitweilig möglich – wenn die sozialistischen Grundlagen wieder zerstört werden können.

Wie verhält sich die Arbeiterklasse in den kapitalischen Ländern in den kommenden Auseinandersetzungen?

Von Gewerkschaftskollegen kann man des öfteren hören: Die Zwangsmethoden, wie sie in der SU, den sozialistischen Staaten und in der DDR herrschen, die will ich nicht; dann lieber Kapitalismus, wo ich meine Meinung sagen kann. Oft sind die Kollegen, die sich so äußern, Arbeiter oder Angestellte, die in den gewerkschaftlichen Tageskämpfen und Auseinandersetzungen ihren Mann stehen und aufgrund eigener Erfahrungen in den sozialistischen Ländern jenseits der Elbe zu ihrer die sozialistischen Staaten ablehnenden Aussage kommen. Diese Feststellung mag heute noch den Gegebenheiten in der BRD entsprechen und erspart vielleicht im Augenblick eine klare Entscheidung. Jedoch wird die fortschreitende Entwicklung von der Arbeiterklasse verlangen, daß sie Stellung bezieht, ob sie für die kapitalistische Ordnung ein drittes Mal Opfer bringen und in den Krieg ziehen will. Die Armee, mit der Hitler den zweiten Weltkrieg führte, war in der Weimarer Republik, also in einer Periode bürgerlicher Freiheiten geschaffen worden, unter Mithilfe der SPD und der deutschen Gewerkschaften. Diese „demokratische“ Armee wurde zu einem Werkzeug Hitlers. Auch die Bundeswehr kann nur an der Seite der USA und der kapitalistischen Staaten für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung eingesetzt werden.

Wenn die weltpolitischen Gegensätze sich weiter zuspitzen und polarisieren – auf der einen Seite das kapitalistische Lager, zu dem auch die BRD gehört, auf der anderen Seite das sozialistische Lager –, dann wird von den Freizügigkeiten und demokratischen Versprechungen friedlicher Zeiten immer weniger übrigbleiben. Wenn andererseits die Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung sich aus der „Sozialpartnerschaft“ mit den Unternehmern löst und aufgrund der wachsenden inneren Schwierigkeiten für die Ablösung der kapitalistischen Ordnung kämpft, dann wird sie auch in einem sozialistischen Deutschland nicht die Zwangsmethoden, die sie heute in den sozialistischen Staaten ablehnt, zu ertragen haben. Daß in der DDR der russische Einfluß groß ist (viel größer als etwa in Jugoslawien), ist vor allen Dingen der Tatsache zuzuschreiben, daß die deutsche Arbeiterklasse 1933 und im zweiten Weltkrieg nicht den Kampf gegen die bürgerliche Ordnung aufnahm.

Damit hatte sie auch keinen Einfluß auf die Nachkriegsentwicklung im eigenen Lande und mußte den Wiederaufbau der kapitalistischen Ordnung in der BRD hinnehmen. Die Folgen bekommen wir jetzt und in den nächsten Monaten und Jahren mit wachsender Arbeitslosigkeit und Sozialabbau zu spüren.

Die westlichen Demokratien werden sich nicht anders als in der Weimarer Republik entwickeln. Die bürgerliche Gesellschaft greift, wenn es um ihre Existenz geht, zu den barbarischsten Methoden. (Der Krieg des „demokratischen“ Israels zeigt das. Selbst Zionisten sprechen von der Erstarkung des Faschismus in Israel.) Die westliche „demokratische“ Welt hat von den Nazis gelernt und deren Methoden „verbessert“. Zu welchen Methoden die USA in Vietnam fähig waren, ist bekannt, ebenso wie die barbarischen Methoden im Nahen Osten, in Mittel- und Südamerika. Moralische Entrüstung hilft dagegen nichts. Nur der Kampf um die Beseitigung der kapitalistischen Ordnung.

Die sozialistischen Staaten haben jetzt Schwierigkeiten und Differenzen untereinander. Im Unterschied zu den kapitalistischen Staaten brauchen sie lebensnotwendig in den kommenden weltpolitischen Auseinandersetzungen die aktive Sympathie der arbeitenden Bevölkerung. Der Sozialismus kann auf die Dauer und erst recht in einem dritten Weltkrieg auf die Hilfe der Massen nicht verzichten, während der Kapitalismus die Massen nur als Kanonenfutter braucht und sie im übrigen in der ökonomischen Unterdrückung halten muß. Wenn die deutsche Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ordnung den Kampf aufnimmt, wird sie dazu beitragen, daß der Druck von den sozialistischen Staaten genommen wird, die Wirtschaft dort sich entwickeln kann. Je mehr die äußere Gefahr für die sozialistischen Staaten sich verringert, desto schneller können sich demokratische Verhältnisse entwickeln. Wer wirklich die demokratische Entwicklung in den sozialistischen Staaten fördern will, muß dafür kämpfen, im eigenen Land die alte kapitalistische Ordnung endlich abzulösen. Der politische und gewerkschaftliche Kampf im eigenen Land ist auch die größte Hilfe für die werktätige Bevölkerung in den sozialistischen Ländern. Und die Hilfe der Gewerkschaften für die kapitalistische Ordnung ist nicht nur zu unserem eigenen Schaden, sondern auch zum Nachteil für die Bevölkerung der sozialistischen Länder.

Zwischen dem Kapitalismus des „freien Westens“ und den Staaten des real existierenden Sozialismus besteht ein grundsätzlicher Gegensatz, der durch Verträge und wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht gelöst werden kann. Das Kapital wird in den kommenden Jahren versuchen, diesen Gegensatz für sich zu entscheiden. Es wird einen weltweiten Krieg, auch einen Atomkrieg, nicht scheuen, wenn es eine Chance sieht, ihn zu gewinnen. Eine gesellschaftliche Kraft, die diese Lösung verhindert, ist bisher international noch nicht zu erkennen.

Die weltpolitischen Kräfteverhältnisse hatten sich seit dem ersten Weltkrieg weitgehend verändert. Der erste Weltkrieg war noch ein Krieg zwischen imperialistischen Mächten, die um die Vorherrschaft in der Welt und um Absatzmärkte kämpften. Die deutsche Gewerkschaftsführung stand ebenso wie die Mehrheit der SPD-Reichstagsfraktion auf der Seite ihrer eigenen herrschenden Klasse. In der SU endete der erste Weltkrieg mit dem Sieg der Oktoberrevolution. Für Deutschland mit der Niederlage des deutschen Imperialismus. Die Führung der deutschen Gewerkschaften ebenso wie die der SPD waren Gegner der Oktoberrevolution in der SU und der sozialen Revolution in Deutschland.

Der zweite Weltkrieg war ein gemischter Krieg: Auf der einen Seite der deutsche Imperialismus und seine Verbündeten (Italien, Japan, Ungarn, Rumänien usw.) und auf der anderen Seite die Sowjetunion und die westlichen Alliierten USA, England und Frankreich (Frankreich mit den Resten der Armee unter de Gaulle, die nicht vor den Deutschen kapituliert hatten). Man darf nicht vergessen, daß die herrschenden Klassen in den westlichen Ländern Europas aus Furcht vor der eigenen Arbeiterklasse Hitler keinen Widerstand entgegensetzten. Die westlichen Alliierten kämpften gegen die Versuche des deutschen Imperialismus, die Weltherrschaft zu erringen, während die Sowjetunion den ersten sozialistischen Staat gegen den deutschen Imperialismus verteidigen mußte. Der deutsche Imperialismus suchte zunächst dort seinen „Lebensraum“, wobei die Westmächte sich passiv verhielten. Die Westmächte griffen erst nach

der Niederlage des deutschen Imperialismus bei Stalingrad aktiv in den Krieg ein, als die deutsche Armee den Rückzug antreten mußte. Die Westmächte mußten, von ihrem Klasseninteresse aus gesehen, verhindern, daß der Sieg der Sowjetunion über den deutschen Imperialismus revolutionäre Folgen für die übrigen Länder Europas hat und diese ihrem Einfluß entzogen werden könnten. Die Grenze zwischen dem sozialistischen Lager und dem kapitalistischen wurde mitten durch Deutschland gezogen. Die deutschen Gewerkschaften und die SPD standen auf der Seite der westlichen Besatzungsmächte und trugen entscheidend zur Restaurierung des Kapitalismus in der BRD bei.

Vor dem dritten Weltkrieg – wo stehen SPD und Gewerkschaften?

Das westliche Lager wird heute von den USA geführt. Die Amerikaner setzen heute die „Eckdaten“ für die übrigen Mitgliedsstaaten der NATO. Auch die BRD kann sich dem nicht entziehen, im Gegenteil, sie ist zentraler Bestandteil in der Gesamtstrategie des US-Imperialismus in Europa. *„Mit ihrer eindeutigen Absage an eine Politik der Neutralität hat sich die Bundesrepublik Deutschland notwendigerweise unter den nuklearen Schutz der Vereinigten Staaten begeben, und die Amerikaner sollten anerkennen, daß sie mit diesem Verhältnis ihren deutschen Freunden nicht bloß einen Gefallen tun, sondern auf die bestmögliche Weise ein gemeinsames Problem lösen“*, schreibt McNamara, ein ehemaliger Verteidigungsminister der USA¹. Das „gemeinsame Problem“ ist die Existenz des sozialistischen Lagers. Sowohl der US-Imperialismus als auch das westdeutsche Großkapital wollen den Sozialismus zurückdrängen. Aus der unterschiedlichen weltpolitischen Rolle, der geographischen Lage usw. ergeben sich Differenzen über das **Wie**. Das spiegelt sich in der westdeutschen Parteienlandschaft wider. Während CDU/CSU immer stärker auf die kompromißlose Unterstützung der US-Globalstrategie drängen, versucht die SPD den Besonderheiten der Bundesrepublik, der Unruhe unter ihrer Wählerschaft, stärker Rechnung zu tragen, allerdings mit dem gleichen Ziel: ein Spiel mit verteilten Rollen.

Die Gewerkschaftsführungen begreifen sich als Bestandteil dieses Staates und haben sowohl innen- als auch außenpolitisch im wesentlichen die gleiche Plattform wie die bürgerlichen Parteien. Deshalb ist es nur konsequent, daß sie in der Friedensbewegung ihren Gegner sehen. Wir haben das in den Abgrenzungsbeschlüssen gesehen, an den Verboten für Gewerkschaftsmitglieder, an Friedensdemonstration teilzunehmen usw. Wenn jetzt ein gewisser Wandel sichtbar wird, so nur deshalb, weil der Druck der Gewerkschaftsjugend und der ehrenamtlichen Träger der gewerkschaftlichen Arbeit stärker geworden ist. Dem wird die Taktik angepaßt, mehr nicht. Während Egon Bahr für die SPD bereits verbaut und landauf, landab erklärt, die Zeit sei zu knapp, um bei den Genfer Verhandlungen

1. McNamara u.a., Kernwaffen und das Atlantische Bündnis, in: Sicherheitspolitik am Scheideweg, Bonn 1982, S. 614.

noch etwas zu erreichen, also sei die Aufstellung der neuen Raketen nicht mehr zu verhindern, ging der DGB einen besonderen Weg: Deutlich wurde das beim Kongreß der DGB-Jugend „Abrüstung ist das Gebot der Stunde“ im Frühjahr 1983. Weil einige SPD-Referenten absagten, ließ Ilse Brusis, Mitglied des DGB-Vorstandes, die Katze aus dem Sack. „Die SPD hat offensichtlich überhaupt nicht begriffen, worum es da in Köln geht“ – darum der Bewegung die Spitze abzubrechen.

Ein SPD-Sonderparteitag mit vielen Worten, Rumoren an der SPD-Basis, Willi Brandt als Redner auf einer Friedensdemonstration in Bonn. Der Druck der Bewegung hat dazu gezwungen. Das ändert aber nichts an der grundsätzlichen Auffassung der sozialdemokratischen Führung. Bundesgeschäftsführer Glotz: „Das Parlament ist der zentrale Ort zur Austragung von Konflikten, aber nicht der einzige (. . .) Wenn das Parlament das zentrale Forum der parlamentarischen Demokratie ist, dann muß über die Nachrüstung auch durch das Parlament entschieden werden; und zwar nicht en passant, sondern in einer großen, für alle verständlich werdenden Debatte.“ Alle diese Bedingungen wurden ja dann erfüllt. Die CDU/CSU/FDP-Mehrheit und einzelne SPD-Abgeordnete (Schmidt, Apel) stimmten im Bundestag dafür, obwohl die Mehrheit der Bevölkerung dagegen war. So einfach ist das. Und weiter SPD-Meinung: „Wer auf Grund einer individuellen Gewissensentscheidung zivilen Ungehorsam leistet und gewaltfrei Gesetze oder gesetzesähnliche Bestimmungen übertritt, muß für die Konsequenzen einstehen.“¹ Einfacher: die Partei läßt ihn im Stich.

In dem Maße wie Farbe bekannt werden mußte, kam die alte Wahrheit ans Licht. Während gewerkschaftliche Gliederungen begannen, sich mit der Frage von Streiks im Falle der Stationierung auseinanderzusetzen und zum Beispiel die Gewerkschaft Holz und Kunststoff beschloß, „alle Mittel einschließlich des Generalstreiks“ einzusetzen, während in der SPD einzelne wie Oskar Lafontaine die gleichen Forderungen aufstellten, kam der Druck von oben. Die SPD drohte indirekt mit Ausschluß, der DGB erklärte, daß Generalstreik nur bei Verfassungsbruch infrage käme (als ob ein Atomkrieg verfassungswidrig sein müsse und im Angesicht des Atompilzes ein Generalstreik besonders wirksam sei). Unter Berufung auf das Grundgesetz lehnte der DGB selbst Überlegungen ab, daß die Gewerkschaften wirksame Maßnahmen gegen die NATO-Aufrüstung ergreifen sollten. Die „Mahnminuten für den Frieden“ waren schließlich das Ventil, um Dampf abzulassen. Damit wollte und will der DGB verhindern, daß die gewerkschaftliche Kraft in den Betrieben gegen die „Nach“rüstung in die Waagschale geworfen wird.

Vertrauen erwerben ist der erste Schritt

Wir sehen und hören, wie die Gewerkschaftsvorstände in „starken“ Worten die Backen aufblasen und von der Regierung fordern, daß etwas gegen die

1. „Die Zeit“ vom 24.6.83

Arbeitslosigkeit unternommen wird, daß sie sich gegen Rüstung und Sozialabbau wenden, weil sie einseitig die arbeitende Bevölkerung belasten. Wir müssen den Arbeitern erklären, daß mit dem Gejammer, daß in der bürgerlichen Ordnung ungerecht und einseitig die Lasten verteilt werden, nichts geändert wird. Mit Wehklagen kann nur das Eingreifen der Arbeiter behindert werden. In den vergangenen Jahren haben die Gewerkschaften an die Stelle der wirklichen Auseinandersetzungen mit den Unternehmern (z. B. in der Frage der Aussperrung und der Warnstreiks) den Rechtsstreit gesetzt. Sie haben die illusionäre Vorstellung verbreitet, man müsse nur in der Öffentlichkeit die Auffassungen der Gewerkschaften überzeugend darstellen, um die Öffentlichkeit für die Gewerkschaften beeinflussen zu können. Das Gegenteil ist der Fall. Der Rechtsstreit um die Aussperrung hat lähmend auf den Widerstandswillen der Gewerkschaftskollegen gewirkt und hat die Unternehmer überhaupt nicht angekratzt. Ebenso die Prozessiererei um Legitimität und Legalität der Warnstreiks usw. Wenn man jetzt aus dem Munde Breits hört, daß energischer Widerstand von den Gewerkschaften zu erwarten sei, wenn . . . dann ist das nichts anderes als Augenwischerei, die die Impotenz nur schwer verbergen kann, Vertrösten auf die Zukunft, in der die Gewerkschaften noch ohnmächtiger sein werden. Sie können heute die Mitglieder gar nicht zu Widerstand aufrufen. Denn erstens würde die kapitalistische Ordnung in Gefahr geraten, die sie doch verteidigen; zweitens würden sie ihre eigene Stellung als Sozialpartner zwischen Arbeit und Kapital untergraben; drittens würde es, wenn sie es selbst tun wollen, voraussetzen, daß die Kollegen-schaft zu ihnen politisches Vertrauen hat. Gerade das aber wird jetzt Stück für Stück abgetragen von den Gewerkschaftsführungen selbst – um die bürgerliche Ordnung zu retten. So kann bald der Punkt erreicht werden, daß die Mitglieder den Gewerkschaftsführungen, wenn sie in Gefahr geraten, keine Unterstützung mehr geben. Dieser Entwicklung kann nur Einhalt geboten werden durch eine geduldige und weder parteipolitisch noch organisatorisch beschränkte gewerkschaftliche Politik.

Es wäre jedoch gefährlich, aus dieser Entwicklung die Schlußfolgerung zu ziehen, daß die Gewerkschaftsbürokratie in der Zukunft überhaupt keine Rolle mehr spielen wird. Sie ist unentbehrlich, wenn die Arbeiterklasse in Bewegung kommt, um wie eine Feuerwehr den Brand möglichst schon im Keime zu ersticken.

Sie hat dann die Aufgabe, die Bewegung in Kanäle zu leiten, die den Bestand der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung nicht gefährden. Das war der Sinn des Sozialismus mit dem Stimmzettel 1919; „nach den Nazis kommen wir“ 1933; und des Sozialismus mit Hilfe der amerikanischen und anderen Besatzungsmächte 1945.

Wir müssen die Gewerkschaftsführung auffordern, vor und mit den Kollegen Forderungen nicht nur aufzustellen, sondern zu verwirklichen. Wir werden sie dabei unterstützen. Wir werden die Arbeiter und Angestellten mobilisieren, wenn sie z. B. die Arbeitszeitverkürzung fordern. Aber wir dürfen ihnen nicht länger die Strategie und Taktik des Kampfes überlassen, müssen diese stattdessen mit den Kollegen beraten.

In den wachsenden Spannungen zwischen Gewerkschaften, Betriebsräten und Vertrauensleuten zeigt sich das Unvermögen der Führung, in der Krise wirksam für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen oder auch nur der Verteidigung einzutreten und in dem stärker werdenden Suchen der Arbeiter und Angestellten nach einem Ausweg, so der arbeitenden Bevölkerung eine Perspektive zu bieten. Aus den Erfahrungen, daß in der Krise mit Tarifverhandlungen und Arbeitsrecht immer weniger die Interessen der werktätigen Bevölkerung verteidigt werden können, schufen die Arbeiter am Ende des Ersten Weltkrieges die Räte. Ihre Aufgabe sollte es sein, die in Unordnung geratene kapitalistische Produktion unter ihre Kontrolle zu bringen und den unfähig gewordenen Unternehmern und Banken die Verfügungsgewalt abzunehmen.

Die Gewerkschaftsführung hat stets danach gestrebt, die Betriebsräte – mit den Unternehmern gemeinsam – unter ihre Kontrolle zu bringen und sie ihrer bürokratischen Bevormundung unterstellt. Es hat schon seinen Grund, daß gerade mit der Ausbreitung der Krise jetzt wiederum der alte, nur verdeckte Widerspruch hochkommt zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften. Die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Betriebsräten ist richtig und notwendig. Aber Zusammenarbeit heißt, gleichberechtigt sein und sich nicht zum Handlanger einer Gewerkschaftspolitik ohne Perspektive machen lassen.

Anders als am Ende der Weimarer Republik und dem Zusammenbruch der Gewerkschaften stehen wir vor der Aufgabe, die Enttäuschung der Kollegen über das Versagen der Gewerkschaften in der Krise und den erwachenden Widerstandswillen in Kampfkraft umzuwandeln. Wir können uns heute auf keine kampferfahrene Arbeiterklasse stützen, wir müssen die Kampffähigkeit der Massen erst wieder herstellen, das heißt aber auch, ihre Kraft richtig einschätzen.

Die deutsche Arbeiterklasse wurde trotz ihrer großen Organisationen 1933 geschlagen. Den Massen war 1933 das Vertrauen zu den großen Organisationen verlorengegangen; es war in den Kämpfen seit 1919 zerstört worden. Die Kommunisten haben es damals nicht verstanden, das bei den Massen verlorengegangene Vertrauen in ihre Organisationen, den gewerkschaftlichen wie politischen, in Vertrauen zum Kommunismus und zu den Kommunisten umzuwandeln. Die ideologischen Bindungen der deutschen Arbeiter, ihre Verbundenheit mit Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind heute kein Hindernis mehr wie einst. Aber die schwierige Aufgabe ist heute, aus dem Nichts eine Kraft zu schaffen. Viele laufen vor den ersten Schwierigkeiten weg.

Wir sollten ihnen nicht nachlaufen, sondern vielmehr den Anschluß an diejenigen finden, die aufgrund der verschlechterten Lebensbedingungen zum Kampf gezwungen werden.

Teil III

Aufrüstung 1950–1952

Dokumente aus der Zeitschrift „Arbeiterpolitik“

KRIEGSGESCHREI UND KRIEGSVORBEREITUNGEN

(aus: Arbeiterpolitik Nr. 17/1950)

Die Aufrüstungskampagne läuft auf vollen Touren, besonders in den Vereinigten Staaten. Demokraten und Republikaner, die bis vor drei Monaten ihre Wahlpropaganda für die Novemberwahlen mit Friedensphrasen führten, treten jetzt in voller Kriegsbemalung in die Arena. Die Republikaner stellen eine Liste aller Verfehlungen der Truman-Acheson-Politik zusammen, die sie für die Pleite in Korea verantwortlich machen. Der Marineminister Matthews tritt sogar für einen Präventivkrieg ein. Truman und Acheson setzen die Dementierspritze in Bewegung: Die Rede sei nicht vom Außenministerium kontrolliert. So weit sei es noch nicht. Darauf antwortet Matthews, es sei seine persönliche Meinung, „daß die USA nötigenfalls einen Präventivkrieg gegen Rußland führen sollen. Die USA sollten die ersten Angreifer für den Frieden werden.“ – Nette Friedenskämpfer! Man kann es klarer sagen: „Willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein.“

Mit anderen Worten sagte Harold Stassen, ein republikanischer Präsidentschaftskandidat und Stalins Interviewer, dasselbe. Er schlug vor, der amerikanische Kongreß sollte beschließen und dann der UNO unterbreiten, daß ein weiterer Angriff von „Kommunisten“ in irgendeinem Gebiet – Indonesien, Formosa, Philippinen – den Krieg mit Moskau bedeuten würde.

Prinzipiell sind die Reden Stassens und des Marineministers nichts Neues, sondern bloß zwei Reden mehr zu der stattlichen Bibliothek von Broschüren, Artikeln, Reden, die seit 1946 in den USA über den Präventivkrieg produziert wurden. In England bläst Churchill die Trompete zur Kriegsvorbereitung, natürlich nur, um den Frieden zu retten. – Aber es ist notwendig, diese Erklärungen und Maßnahmen nicht nur nach dem Inhalt der Reden oder der Stellung der Redner in den Regierungen zu beurteilen. Die Ursachen liegen tiefer.

Die Aufrüstungskampagne bedeutet einen Knotenpunkt in der amerikanischen Außenpolitik, die Truman am 12. März 1947 in seiner Kongreßbotschaft proklamierte. Zusammengefaßt lautet sie:

„Die Politik der V. St. muß sein, die freien Völker zu unterstützen, die der Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten und dem Druck von außen widerstehen.“

Der Anlaß zu dieser Erklärung war damals Griechenland und die Türkei. Heute ist der Anlaß Korea – der Anlaß, nicht die Ursache. Damals wie heute handelt es sich um die Zusammenfassung, Festlegung und Verallgemeinerung dessen, was bisher schwankend, vereinzelt, verhüllt, ja instinktiv war.

Die von Truman 1947 verkündete Politik ist in eine Sackgasse geraten. Die amerikanische Asienpolitik ist durch den Sieg der chinesischen Revolution zusammengebrochen. Der militärische Sieg der Amerikaner in Griechenland, die Aufrüstung der Türkei, der Sieg der „Luftbrücke“ in Berlin sind Feigenblätter, die die asiatische Blöße nicht verdecken. Der amerikanische Einfluß auf die Balkanländer, Polen, Tschechoslowakei ist ebenfalls vollkommen durch die innere Entwicklung dieser Länder vernichtet. Die Parole Achesons von der „totalen

Diplomatie“ war eine hohle Phrase, solange nichts Konkretes dahinter stand. Jetzt hat sie Inhalt: die Aufrüstung, die Kriegsvorbereitung.

Mit der Truman-Deklaration ernannte sich der amerikanische Imperialismus zur Weltpolizei. Aber die Erfolge der 3 1/2 Jahre waren unbefriedigend. Es springt in die Augen, daß zur Rolle der Weltfeuerwehr die Kräfte nicht ausreichen. Man stand vor der Wahl, die Politik den vorhandenen Kräften anzupassen oder die Kräfte zu schaffen, die diese Feuerwehrrolle ermöglichen. Man hat das letztere gewählt. — Die Verhandlungen, die zum Brüsseler Pakt führten, die Atlantikpaktabkommen, die Einrichtung von Generalstäben in Fontainebleau mit Montgomery als Oberkommandierendem im Frieden — im Krieg kommandieren die Amerikaner — sind alles Etappen auf dem Weg zu demselben Ziel. Neu ist jetzt, daß Amerika selbst und seine europäischen Satellitenstaaten das erforderliche Geld beschaffen sollen, um diese Pläne innerhalb 2—3 Jahren zu verwirklichen.

Unser Platz reicht nicht für eine erschöpfende Untersuchung der militärischen, politischen und finanziellen Seiten der gestellten Aufgabe. Allein die Aufbringung der erforderlichen Mittel zur totalen Aufrüstung, zu der sich England, Frankreich und Westdeutschland — wenn es ihm erlaubt wird — bereit erklärt haben, schafft riesige Schwierigkeiten. Letzten Endes laufen alle diese Bereitschaftserklärung darauf hinaus: wir sind bereit, den Auftrag auszuführen, wenn die Vereinigten Staaten den Hauptteil zahlen. Es sind also „symbolische“ Bereitschaften, wie die Teilnahme französischer und englischer Kompanien in Korea symbolisch ist. Der Widerstand der Werktätigen gegen diese Symbolik auf ihre Kosten beginnt sich zu entwickeln. Wenn es kommunistische Parteien gäbe, die das Vertrauen der Massen durch eine richtige kommunistische Politik erobert hätten, müßte es möglich sein, diese Pläne zu verhindern. Die moskauhörigen Kominform-Parteien können es nicht.

Wir wollen nur noch kurz auf einen militärischen Gesichtspunkt hinweisen: Die Europa-Armee, zu der wir deutschen Arbeiter gnädigst als Kanonenfutter zugelassen werden sollen. Den Gipfel der Schamlosigkeit hat Dr. Schumacher im Namen der SPD erreicht. Er fordert als Bedingung der deutschen Aufrüstung den Angriffskrieg gegen den Osten, die Verlegung des Schlachtfeldes an Njemen und Weichsel, sonst will er nicht mitspielen. Er spekuliert dabei auf die dümmsten Philister als ein „Stratege“, der Deutschlands Zerstörung vermeiden möchte. Und das fünf Jahre nach dem zweiten Weltkrieg, der bewiesen hat, daß das Hinterland mehr und früher zerstört wurde als das Gebiet, wo die Schlachten stattfanden. Wenn Deutsche ihre Stellung zum dritten Weltkrieg vom Gesichtspunkt des Kriegsgebiets aus beziehen wollen, dann liegt die größte Chance bei der Teilnahme am Krieg auf der Seite der Sowjetunion. Denn nur sie ist imstande, in verhältnismäßig kurzer Frist Westdeutschland, Frankreich, Belgien, Holland bis an den Kanal zu überrennen.

Es wird noch viel Wasser den Rhein hinabfließen, bis Churchills Europa-Armee Realität wird, falls sie es überhaupt je werden sollte. Was die Amerikaner wollen, ist klar: Hilfstruppen mit Spezialaufgaben. Eine einheitliche Europa-Armee scheitert schon an den Sprachschwierigkeiten — oder sollen Ausbildung und Kommando in einem noch zu erfindenden Volapuk erfolgen? Schon aus diesem technischen Grunde sind nationale Einheiten notwendig. Möglich wäre

also nur eine europäische Koalitionsarmee, die einen Brückenkopf für die Amerikaner hält, falls sie Truppen zur Landung in Europa übrig haben. Also Arbeitsteilung wie in einem amerikanischen Großbetrieb. Die Deutschen, Franzosen, Italiener und zwei symbolische englische Divisionen bilden die Landtruppen, die Infanterie. England blockiert mit den Schiffen, die es nicht zum Heimtransport seiner Besatzungen aus dem fernen und mittleren Osten braucht, die Ostsee. Amerika liefert die strategische Flugwaffe und – die Atombombe zur Zerstörung des feindlichen Hinterlandes. Das Mittel, diese Landsknechtsarmee der Amerikaner von sich in Abhängigkeit zu halten, besteht darin, daß man sie von der amerikanischen Waffen- und Munitionslieferung abhängig hält. Wenn z. B. eine deutsche Armee als Teil der Europaarmee meutern wollte, wenn sie nach Afrika oder dem asiatischen Kriegsschauplatz verfrachtet werden soll, dann liefert man ihr keine Munition, keine Ersatzteile usw. Welchen Kampfwert eine solche Truppe im Ernstfall haben wird gegen Polen und Tschechen, die um ihre Existenz kämpfen, und gegen die Sowjetvölker, die sich gegen einen von ihnen nicht gewollten Krieg verteidigen, das kann man am koreanischen Schulbeispiel studieren.

Kein Zweifel. Die Wendung in der amerikanischen Außenpolitik bedeutet, daß ihre Hauptziele im Fernen Osten, in der Eroberung des chinesischen und indischen Marktes liegen. England und das englische Commonwealth schlagen lächerliche Maßnahmen vor: ein paar hundert Millionen Unterstützung für die von ihnen ruinierten Kolonialvölker im Fernen Osten, um sie von der Agrarrevolution abzuhalten. Das wird von den Vereinigten Staaten als zwecklos erkannt. Wenn die USA diese Märkte haben wollen, müssen sie sie erobern. Sie müssen über sie herrschen, um sie ausbeuten zu können. Ob sie in dem Ameisenhaufen, in den sie sich setzen, Geschäfte machen, ist mehr als zweifelhaft. England hatte nur waffenlose Völker zu unterwerfen, die USA Revolutionäre, die um ihre Freiheit kämpfen.

Eine sehr wichtige Folgerung, die sich aus der Rüstungskampagne der imperialistischen Mächte für Kommunisten ergibt, ist der offen zutage getretene Bankrott der Nachkriegspolitik der Sowjetunion. Es läßt sich nicht mehr verheimlichen, daß „die friedliebenden demokratischen Regierungen“, die Bundesgenossen der Sowjetunion im „antifaschistischen Krieg“, den Kreuzzug zur Vernichtung der Sowjetunion vorbereiten. Die SU und die Kominformparteien stehen jetzt vor dem Scherbenhaufen. Sie sind unfähig, in ihren Ländern einen ernsthaften Widerstand gegen ihre Regierungen zu führen, der über die Unterschriftensammlung für den Frieden und gegen die Anwendung der Atombombe hinausgeht. Als Werkzeuge zur Unterstützung der diplomatischen Manöver der Sowjetunion sind sie verbraucht. Die Massen wenden sich von ihnen ab, besonders in Deutschland – alle Wahlen beweisen es. Die „Partei neuen Typus“ täuscht nur Aktivität vor. Hunderte, ja Tausende angestellte Revolutionsbeamte sind keine kommunistische Partei, auch wenn sie großen Lärm machen. Die Kraft der kommunistischen Partei verkörpert sich in ihrem Einfluß auf die Massen. Durch die Zusammenarbeit mit ihrer Bourgeoisie in Volksfront und Blockpolitik für „Demokratie“, Reparationen und Oder-Neiße-Grenze haben sie die Werkätigen abgestoßen und große Teile ins Lager der Imperialisten getrieben.

Die Nationale-Front-Politik ist eine Farce, mit der man keinen Hund hinterm Ofen hervorlockt. Der Bankrott dieser Politik wird durch einen Orakelspruch des Sowjetbotschafters der Ostzonenregierung, Puschkin, unterstrichen. Laut Reuter soll er Ulbricht erklärt haben, daß Stalin und Wyschinski gesagt haben, die europäische Szene habe sich vollkommen geändert und kompliziert durch die beabsichtigte Remilitarisierung Westdeutschlands. Sie scheinen also zu merken, daß ihnen die Trümmer ihrer Politik auf den Kopf fallen.

Da die Pläne der imperialistischen Aufrüstungspolitik noch Jahre brauchen, um Praxis zu werden, falls dies überhaupt möglich sein sollte, bleibt für die Werktätigen aller Länder und für wirkliche Kommunisten noch eine Atempause, um wirkliche kommunistische Parteien zu schaffen und die Massen zu ernsthaftem Kampf zu mobilisieren.

Die Kapitalisten geben sich 1950 wie 1937 nicht mit Phrasen der Sowjetunion zufrieden über Demokratie und Bereitschaft, als isolierter sozialistischer Staat mit der kapitalistischen Umwelt in Frieden zu leben. Sie verlangen bare Zahlung. Die Stalinbürokratie lieferte sie im spanischen Bürgerkrieg, indem sie die Revolutionäre Faschisten schimpfte, in Barcelona niederwarf und ihre Führer, wie Nin u. a., ermordete. Jetzt fordern die Amerikaner, daß sie die Koreaner zurückpfeifen. Ihr Kuhhandel im Sicherheitsrat zeigt, daß sie auch dazu bereit sind, wenn sie dafür etwas einhandeln können. So weit ist der Kommunismus durch die Epigonen Lenins diskreditiert worden.

SPD UND REMILITARISIERUNG

(aus: Arbeiterpolitik Nr. 17/1950)

Die Adenauer und Genossen haben es natürlich nicht verabsäumt, in der allgemeinen Rüstungshysterie eine „deutsche Verteidigungsgruppe“ zu verlangen. Das haben sie schon öfters getan. Das vorletzte Adenauersche Angebot, deutsches Kanonenfutter zu liefern, rief die SPD auf den Plan, in deren Namen am 16. Dezember 1949 Erich Ollenhauer im Bundestag erklärte:

„Die SPD lehnt es ab, eine deutsche Wiederaufrüstung auch nur in Erwägung zu ziehen. Die Verantwortung für die Sicherheit des Gebietes der Bundesrepublik liegt bei den Besatzungsmächten. Der Hinweis auf die militärische Ausbildung und Bewaffnung der sogenannten Volkspolizei ist keine Rechtfertigung für das Eingreifen des Bundeskanzlers in die Wiederaufrüstungsdebatte (. . .) Die Aufspaltung Deutschlands ist die Folge von Meinungsverschiedenheiten unter den Mächten, die Deutschland seit 1945 besetzt halten. Das Ziel jeder politischen Aktion der Bundesrepublik und ihrer maßgebenden Repräsentanten muß sein, diese Spaltung nicht zu vertiefen, sondern sie möglichst zu überwinden. Die Teilnahme verantwortlicher Repräsentanten der Bundesrepublik an einer Diskussion über die Wiederaufrüstung in einem Augenblick, in dem uns die Entscheidung über diese Frage völlig

entzogen ist, kann nur die Wirkung einer Vertiefung der internationalen Spannungen haben.“

Nach 3/4 Jahren ist ein erheblicher Teil dieser antimilitaristischen Energien verduftet. Die Weigerung, die Remilitarisierungsfrage „auch nur in Erwägung zu ziehen“, gehört nunmehr den stilistischen Girlanden sozialdemokratischer Parteiarchive an. Statt dessen wird jetzt die Frage der Bedingungen für die Zustimmung der SPD gestellt. So sagte Schumacher am 23. August auf einer Pressekonferenz:

„Es gebe eine Situation, in der man dem deutschen Volke eine aktive Beteiligung an der Verteidigung Europas im militärischen Sinne zumuten könne, für den Fall, daß durch einen sowjetischen Akt ein Krieg ausgelöst werden sollte. Sie tritt ein, wenn die Weltdemokratien, selbstverständlich vor allem einschließlich den USA, ganz Deutschland offensiv nach dem Osten verteidigen und es dadurch vor den schwersten Zerstörungen eines neuen Krieges bewahren, d. h. also, die strategische Entscheidung von vornherein mit allen Kräften an der Weichsel-Njemen-Linie suchen. Das ist die einzige, aber unerläßliche Voraussetzung für das deutsche Ja oder Nein zu einer deutschen militärischen Verteidigung (. . .) Mein Wunsch ist die Verhütung des Krieges, und die Konzentration starker ausreichender Kräfte des Westens ist der beste internationale Beitrag zum gleichen Ziel. Ein großer Teil der amerikanischen Divisionen sollte nicht in Arizona oder Texas, sondern in der Lüneburger Heide und in Grafenwöhr ausgebildet werden (. . .)“

Der Friedensfreund Schumacher hat also ein neues Mittel zur „Verhütung des Krieges“ gefunden! – Offensive Verteidigung nach dem Osten! Die Aufmarschvorbereitungen gegen die SU gehen ihm noch zu langsam vor sich! Das ist das „klare Nein“ der SPD zur Wiederaufrüstung!

Schumachers Kollege im Europarat, Carlo Schmid, gab eine andere Ausgabe sozialdemokratischer Politik zum besten. Er sagte:

„Die Sozialdemokraten Deutschlands verweigern im jetzigen Zustand der europäischen Organisation (. . .) ihre Zustimmung zu jedem Projekt einer deutschen Wiederaufrüstung. Sie werden diese Zustimmung so lange verweigern, als nicht Europa, d. h. eine übernationale europäische Regierung geschaffen worden ist (. . .)“

Das Prinzip dieses Europas sei die Gleichheit der Rechte, Pflichten und Lasten. Auch hier ist die Linie deutlich genug: keine grundsätzliche Gegnerschaft zur deutschen Wiederaufrüstung.

Die „New York Times“ hat am 11. August sogleich auf diese Tiraden die gebührende Antwort gegeben: „Wir wünschen Deutschland als einen Freund und Verbündeten im Kampf gegen den Totalitarismus. **Einen anderen Nutzen hat Deutschland für uns nicht.“**

Der letzte Satz bezog sich auf Schmid's Redereien von Gleichberechtigung, die natürlich in der Welt des Imperialismus nur auf dem geduldigen Papier existieren kann. Was gefordert wird, sind Soldaten, keine Phrasen.

Aber selbst wenn man das sozialdemokratische Gejammer über die Unzulänglichkeiten des Straßburger Europaver eins für voll nimmt, wie sieht es um die Gestalten aus, die das „echte Europa“ schaffen wollen? Churchill forderte dort

eine „europäische Armee“ mit deutscher Beteiligung. Die belgischen, französischen, italienischen und holländischen Genossen der SPD stimmten begeistert dafür. Labour ist dagegen. Die SPD-Vertreter brachten auf die originelle Art ihr „klares Nein“ zum Ausdruck, daß sie sich der Stimme — **enthielten**. Die Spannung zwischen Guy Mollet, dem französischen „Europaminister“, und den Labourvertretern führte zu einem offenen Skandal, wobei den Engländern Verstöße gegen „Treu und Glauben“ vorgeworfen wurden. Carlo Schmid Tätigkeit als Kriegsverwaltungsrat bei der Oberfeldkommandantur in Lille führte zu Mißfallensäußerungen. Die betrübte Feststellung des verschwommenen Nelson-Sozialisten Willi Eichler, der für den „Neuen Vorwärts“ aus Straßburg berichtete, gibt ein gutes Bild der „echten“ europäischen Dunstmacher:

„Man sollte es nicht glauben, aber es war trotzdem so, daß die europäischen Sozialisten mehr als eine Woche brauchten, bevor sie sich entschieden, sich wenigstens einmal versuchsweise zusammenzusetzen.“

Kein Arbeiter darf sich durch diese Gesellschaft täuschen lassen! Wie sie 1914 hinter ihrem Kaiser stand, wie sie in der Weimarer Republik „Kinderspeisung statt Panzerkreuzer“ rief, um nachher wacker Kriegsschiffe bauen zu lassen, so ist ihr heutiger Ruf: „Sozialpolitik statt Wiederaufrüstung!“ nur ein Täuschungsmanöver, das die Arbeiterklasse über die Bereitschaft der SPD irreführen soll, das Proletariat wieder im Dienste des Imperialismus reif für die Schlachtbank zu machen. Das wirkliche Nein zur Remilitarisierung wird niemals von der SPD kommen. Die Arbeiterklasse muß es in Protestdemonstrationen und Massenkundgebungen selbst nachdrücklich aussprechen.

SCHEINAKTIONEN GEGEN DIE KRIEGSGEFAHR

(aus: Arbeiterpolitik Nr. 17/1950)

Die Aktionen der SED und KPD laufen auf Hochtouren. Am 27. Januar erhielt die SPD ein Schreiben Max Reimanns betr. gemeinsamen Kampf gegen die Remilitarisierung. Am 28. Januar tagte in Essen ein Kongreß des vorbereitenden Ausschusses gegen die Remilitarisierung. Am 30. Januar beschloß die Volkammer der DDR ein neues Angebot an Bonn zu gesamtdeutschen Gesprächen.

Der Kongreß in Essen

war natürlich „von historischer Bedeutung“. Worin sie bestand, sagt die KPD-Presse nicht. Schon die Zahl von 1 700 Delegierten — ein schreiender Kontrast zum Fehlen jeglicher Bewegung und jeden Widerhalls — zeigt, daß diese Delegierten nichts vertraten als ihre eigene Person. Oder wen repräsentierte der ehemalige Luftwaffengeneral Henschel, der FPD-Vorsitzende von Hamburg, Witte, der FPD-Vorsitzende von Kiel, Auener, der Literaturpreisträger Schwarz von München, oder Prof. Lüdke, Leiter der Una-Sancta-Bewegung? Mit diesen

bürgerlichen Titeln soll etwas vorgetäuscht werden, was nicht ist: nämlich bürgerlicher Zustrom zu einer von der KPD organisierten „Aktion“. Wären statt der Pfarrer, Bürgermeister a. D., Generäle mehr Betriebsräte und andere Arbeiterfunktionäre dort gewesen, zu dieser Tagung beauftragt von den Arbeitern, dann wäre der proletarische Kern da, der wie ein Magnet die schwankenden Mittelschichten anziehen könnte. Will man zuerst die Bürgerlichen gewinnen, wo das proletarische Fundament fehlt, so macht man den zweiten Schritt vor dem ersten.

Das Ergebnis des Riesenkongresses war die Forderung an Adenauer, „eine Volksabstimmung über folgende Frage durchzuführen: Sind Sie gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für einen Friedensvertrag mit Deutschland im Jahre 1951?“ Weiter heißt es im Aufruf des Kongresses: „Jeder von uns übernimmt die Verpflichtung, sich mit Nachdruck für die Volksbefragung einzusetzen. In den Städten und Dörfern unseres Landes werden wir mit allen gleichgesinnten Männern und Frauen Volksbefragungsausschüsse ins Leben rufen.“

Was ist dazu zu sagen?

1. Adenauer hat eine Volksabstimmung über die Remilitarisierung schon abgelehnt, weil sie nicht in der Verfassung vorgesehen sei. Der Kongreß hätte also wenigstens sagen müssen, welche Machtmittel er anwenden will, um Adenauer zu einer Änderung seiner Haltung zu zwingen.

2. Die KPD begibt sich hier auf denselben Boden wie die nationalistischen Parteien, die in Bonn Opposition gegen Adenauer spielen, um die Antikriegsstimmung der Massen demagogisch für sich auszunutzen. Auch der Essener Kongreß beschränkt sich auf das rein parlamentarische Manöver einer Abstimmung.

3. Der Kampf einer wirklichen kommunistischen Partei müßte dem Ziel dienen, erst die Arbeiter und dann auch die schwankenden Mittelschichten für den Klassenkampf zu gewinnen. Statt dessen stärkt die KPD die Illusion, daß mit diesen bürgerlichen Parteien und Kirchen ein gemeinsamer Kampf möglich wäre, indem sie in ihrem zitierten Aufruf sagt:

„In dieser Sorge um die Zukunft unseres Vaterlandes rufen wir alle Parteien, Gewerkschaften, die Kirchen aller Konfessionen, Persönlichkeiten, Vereinigungen, Komitees auf, diese Forderung an die Bundesregierung zu unterstützen.“

4. Das Ziel der Abstimmung ist ein Friedensvertrag 1951. Über den Inhalt wird nichts ausgesagt. Er wäre heute nur möglich, wenn sich die Großmächte über Deutschland einigten. Ziel der Arbeiterklasse muß aber sein, selbst in Deutschland zu bestimmen, daher **die proletarische Forderung: Abzug aller Besatzungstruppen**. Friedensvertrag bedeutet heute: Fortsetzung der Bevormundung und Ausplünderung, nicht mehr durch jede Besatzungsmacht für sich, sondern durch alle gemeinsam, höchstwahrscheinlich auch Beibehaltung der Besatzung. Friedensvertrag heute läßt die Arbeiterklasse weiter in der Rolle des Objekts, der Schachfigur des diplomatischen Mächtespiels. Abzug der Besatzung schafft die erste Voraussetzung für selbständiges Handeln.

Der Brief an die SPD

wiederholt die Vorschläge der Prager Außenministerkonferenz betr. gesamtdeutsche Besprechungen, stellt aber sogar fest:

„Nachdem sich zeigt, daß Dr. Adenauer mit den fremden Herren sich mehr verbunden fühlt als mit dem deutschen Volke, ist die KPD der Meinung: Fort mit Adenauer! Der Rücktritt Adenauers muß gefordert werden.“

Weiter heißt es dann:

„Der Ernst der Lage erfordert, daß sich Kommunisten und Sozialdemokraten brüderlich aussprechen. In der großen Bewegung für die Verständigung unter den Deutschen können Sozialdemokraten und Kommunisten nicht aneinander vorübergehen (. . .)“

Daher schlägt die KPD Beratungen der Parteispitzen vor, um „gemeinsame Maßnahmen zur Erhaltung des Friedens zu beschließen“.

Ähnliche Briefe schrieben dann auch die Landesvorstände der KPD an die Landesvorstände der SPD. Nachdem diese Briefe alle umgehend mündlich abgelehnt wurden, kommt es zu keinen Verhandlungen. Daher wird es **das Geheimnis der KPD** bleiben, wie sie mit dem SPD-Vorstand, der für die Remilitarisierung ist, gemeinsam gegen die Remilitarisierung kämpfen will. Die diversen Briefe enthalten keinerlei konkrete Vorschläge oder Hinweise.

Eine richtige kommunistische Politik ist immer für die **Einheitsfront** mit den SPD-Arbeitern gewesen. Aber sie bedeutet: **gemeinsamer Kampf in Fragen, wo gemeinsame Zielsetzungen vorliegen**. Hier wird aber bei den Massen die Illusion erweckt, man könnte mit **Schumacher** zusammen gegen die Remilitarisierung kämpfen. Dabei wäre es gerade heute entscheidend wichtig, die SPD-Arbeiter über die Rolle ihrer Führung als Zutreiber des amerikanischen Imperialismus aufzuklären. — Es handelt sich bei dem Brief der KPD also um eine sinnlose Ausdehnung der Einheitsfronttaktik, die nicht den Klassenkampf fördert, sondern neue Illusionen schafft.

Die brüske und schnelle Ablehnung aller KPD-Briefe enthüllt eine weitere Schwäche des KPD-Angebots: die KPD hat bei all ihren Aktionen keinen Widerhall bei den SPD-Arbeitern, sie ist von ihnen völlig isoliert. Ohne diese selbstverschuldete Isolierung der KPD könnte die SPD-Führung nicht so selbstsicher auftreten. Aber der Kontakt mit den SPD-Arbeitern ist Voraussetzung dafür, daß die SPD-Führung zur Zusammenarbeit mit den Kommunisten gezwungen werden kann. Ohne diesen Druck von unten werden auch richtige Vorschläge von der SPD-Führung abgelehnt werden. Die SPD-Arbeiter werden aber nur Vertrauen zu Kommunisten fassen können, wenn diese durch ihre Politik beweisen, daß sie konsequent und mit den besten praktischen Vorschlägen die Interessen der deutschen Arbeiterklasse vertreten. Also die richtige Politik einer selbständig handelnden kommunistischen Partei ist die erste Voraussetzung einer Einheitsfront SPD—KPD, die gemeinsame Ziele aller Arbeiter erkämpft. Eine selbständige kommunistische Partei würde sehr bald Schumacher mit seiner Amerikapolitik isolieren.

Grotewohls neuer Vorschlag

zu gesamtdeutschen Besprechungen richtete sich nicht an Adenauer direkt, der ja in seiner Antwort die Grotewohl-Regierung ignoriert hatte, sondern an den Bundestag. Die Tagung der ostzonalen Volkskammer, auf der Grotewohl seine Erklärung verlas, richtete einen Appell an das Bonner Parlament, in dem noch weitere Konzessionen gemacht werden als im Grotewohl-Brief vom 30. November. Während Adenauer für die SED unerfüllbare Bedingungen stellt als Voraussetzung für Verhandlungen, ist die DDR zu Verhandlungen bereit ohne Bedingungen und macht sogar Zugeständnisse: Bonn soll mitbestimmen über Stärke, Ausrüstung, Stationierung und eventuelle Verminderung der Ostpolizei; Berlin wird durch seine Delegation „Vorschläge über die Bedingungen der Vereinigung Deutschlands konkret behandeln, insbesondere Vorschläge über die in der Erklärung Adenauers erwähnte Frage der Schaffung einer rechtsstaatlichen Ordnung und einer freiheitlichen Regierungsform in ganz Deutschland (. . .)“; Berlin ist einverstanden mit der Durchführung geheimer und freier Wahlen nach Bonner Vorschlägen. Als Köder wird den westdeutschen Kapitalisten die Hilfe beim Handel mit dem Osten angeboten. Im Leitartikel des „Neuen Deutschland“ vom 1. Februar heißt es dazu: „Alle Fragen sind zu klären, wenn man sich zusammensetzt.“ Natürlich fehlt es nicht an patriotischen Appellen, z. B. „Das Vaterland über den Zwist der Parteien!“ („Volksstimme“, Stuttgart, 2. Februar).

Das Notwendige dazu ist in der ARPO Nr. 3/1951 gesagt. SED und KPD haben den Marxismus aufgegeben. Sonst könnten sie nicht gemeinsame Interessen und Kampfziele der deutschen Kapitalisten und der deutschen Arbeiter entdecken und der Bourgeoisie Kampf für die „nationalen Forderungen“ unterstellen. Die Bourgeoisie kämpft für nationale Forderungen nur, wenn und insoweit sie der Festigung oder Ausbreitung ihrer Klassenherrschaft dienen. Das war schon 1848 und 1864 so; das gilt noch mehr heute.

Die SPD als stiller Teilhaber der Bonner Koalition

Während die KPD sich immer mehr und immer kritikloser an die SPD anzubiedern versucht, sucht die SPD Kontakt und Anlehnung ganz woanders – bei der CDU. – In Westberlin ist dank Adenauers Geburtshilfe die große Koalition zustande gekommen. In vielen Fragen der Bonner Politik ist die SPD offen für die Regierung eingetreten (z. B. Bundespolizei, Hilfe für die Landsberger Nazis). **Wehner**, SPD, macht den Verbindungsmann zu Kaisers Ministerium zur Bekämpfung des Kommunismus. Als alter Ultralinker und Sekretär Ernst **Thälmanns** ist er ja Spezialist! Jetzt reisen Vertreter aller Regierungsparteien und zwei SPD-Führer nach USA.

Nachdem Adenauers Remilitarisierungspläne fürs erste in **Eisenhowers** Schublade verschwunden sind, verlegt er sich auf die politische Gleichberechtigung, wo Schumacher schon vorgearbeitet hat. In dieser Frage besteht prinzipielle Einigkeit: SPD und CDU sind für die politische Gleichberechtigung der deutschen Bourgeoisie. Die Initiative der SPD für die Landsberger großen Nazis ist kein Zufall gewesen. Sie war ein Glied der gesamten SPD-Politik: sie will bei

der Bourgeoisie hoffähig werden. — Eine neue Aussprache Adenauer—Schumacher steht noch im Februar bevor. Die kapitalistische Presse ist zufrieden, daß Adenauer seine schmale Basis erweitert. „Die Welt“ schreibt am 6. Februar:

„Viele Umstände trugen dazu bei, daß sich dieses Bild (der außenpolitischen Entzweiung) gewandelt hat. Auch wenn vor der Begegnung Adenauer—Schumacher von einem Akkord zwischen Kanzler und Oppositionsführer noch nicht gesprochen werden kann; die Basis für eine klare Haltung der Bundesrepublik im internationalen Spannungsfeld ist unzweifelhaft breiter geworden (. . .) Damit aber wird nachträglich klar, welche wichtige Funktion die Opposition der SPD erfüllte, so hartnäckig und unbequem sie für die Bundesregierung war. Es gibt jetzt gute Möglichkeiten einer Verständigung zwischen Regierung und Opposition, ohne die in dieser Schicksalsfrage alles Stückwerk bleiben müßte (. . .) Alle Anzeichen sprechen dafür, daß grundsätzliche Meinungsunterschiede in diesem heißesten aller Probleme nicht mehr bestehen.“

So erleben wir schon bei der Vorbereitung der Aufrüstung die nationale Einheit von Bourgeoisie und SPD-Führern — unter dem Schutz und der Förderung von General Eisenhower, der sich davon eine bessere Vorbereitung der Lieferung von Kanonenfutter erhofft, wenn die anderen Voraussetzungen geschaffen sind. „Das Vaterland über den Zwist der Parteien“ — die Forderung der KPD-Presse ist verwirklicht — ohne die KPD!

Aus passiver Ablehnung muß aktive Kraft werden

Hinter allen „Aktionen“ der KPD—SED steckt keine Kraft, wenn auch das „Neue Deutschland“ am 1. Februar behauptet: „Inzwischen hat sich in Westdeutschland geradezu lawinenhaft eine Massenbewegung für diese Friedensvorschläge Grotewohls entwickelt.“ Alle Aktionen beschränken sich auf Verhandlungen mit der Bourgeoisie oder Abstimmungstheater. **Dabei braucht es wirklich durch keine Abstimmung bewiesen zu werden, daß die überwältigende Mehrheit der deutschen Bevölkerung gegen Remilitarisierung und Krieg ist. Das Problem ist, wie aus der passiven Ablehnung eine aktiv kämpfende Kraft wird, deren Wille sich durchsetzt. Das ist nur möglich, wenn diese Massen sich zu außerparlamentarischen Massenaktionen zusammenfinden.** Das zu erreichen, ist viel schwieriger als nichtssagende und zu nichts verpflichtende Unterschriften zu sammeln. Die kleinste Demonstration hat größere Wirkung als jede Unterschriftensammlung. Die Demonstration der 200 jungen Arbeiter am 1. Mai 1915 unter Karl Liebknechts Führung hat eine ungeheure Wirkung gehabt.

Wenn man solche Demonstrationen vorschlägt, verschanzt sich die KPD immer hinter der angeblichen Passivität der Arbeiter. Auch 1915 fiel diese Demonstration nicht vom Himmel, sondern war von den Spartakisten organisiert, war das Ergebnis langer Vorbereitungs- und Aufklärungsarbeit. Propagiert diese Aufgabe wieder bei den Arbeitern, klärt sie auf über ihre Aufgaben und Kampfmöglichkeiten! Dann lernen sie wieder kämpfen. **Aber sie können es nur lernen von einer Führung, die selbst das Kämpfen nicht verlernt hat. Alle „Aktionen“ der KPD zeigen, daß sie diese politische Führung der deutschen Arbeiter nicht mehr sein kann.**

VOR DER BUNDESKLAGEMAUER

(aus: Arbeiterpolitik Nr. 2/1952)

Anderthalb Jahre sind verflossen, seitdem Amerika seinen Willen kundtat, ein europäisches Bollwerk gegen die SU mit Westdeutschland als Schlüsselstellung zu errichten. Bis heute ist von diesen Plänen der „Europa-Armee“ so gut wie nichts verwirklicht worden. Aber keine Illusion wäre gefährlicher als die, daß es die antikapitalistischen Kräfte der europäischen Arbeiterklassen waren, die den Imperialisten in den Arm gefallen wären und sie an der Durchführung ihrer Vorhaben gehindert hätten.

Millionen Arbeiter täuschen sich, wenn sie den Schein für das Wesen der Sache hinnehmen und da etwa vermuten, daß die Oppositionsspielerei der SPD die Barriere bilde, die **Adenauer** den Weg zur deutschen Wehrmacht verbaue. Die Differenzen und Zwigigkeiten der westlichen Kapitalistenklassen sind der wesentliche Grund der Verschleppung und Vertagung des „deutschen Verteidigungsbeitrages“. Erst diese Widerstände erlaubten und erlauben es der SPD, eine geschäftige Redeopposition aufzuführen, ohne daß die Regierung einfach zur Tagesordnung und Verwirklichung ihrer Vorhaben übergeht.

Mit dem wachsenden amerikanischen Druck, der die innerkapitalistischen Widerstände zurückdrängt, und der Drohung, daß ohne „europäische Einigung“ direkt den USA unterstellte deutsche Wehrverbände errichtet würden, schwindet der Boden des sozialdemokratischen „Neins“. Die Parole lautet: „Friß Vogel oder stirb!“ Und die SPD wird gehorsamst fressen, denn ihre „Gegnerschaft“ zur deutschen Aufrüstung ist nicht grundsätzlicher, sondern lediglich taktischer, vorübergehender Natur. Das geht deutlich aus der Erklärung **Erich Ollenhauers**, des zweiten Mannes der SPD-Führung, hervor, der mit lobenswerter Offenheit den ausländischen Kollegen der „Sozialistischen Internationale“ in Brüssel erklärte:

„Ich komme nun auf die Frage des deutschen Verteidigungsbeitrages. Die deutschen Sozialdemokraten unterstützen die Idee eines solchen Beitrages. Wir stimmen darin überein, daß Deutschland nicht nur Rechte beanspruchen kann, sondern zur selben Zeit auch Gegenleistungen bewilligen muß. Wir weisen die ‚Ohne-uns‘-Politik zurück, und wir sind keinesfalls eine pazifistische Sekte.“ (Frankfurter „Volksstimme“, SPD, 12. Januar 1952.)

Die SPD ist ebenso wie Adenauer zu „Gegenleistungen“ bereit. Während der Bundeskanzler aber auf die „innere Logik“ der Entwicklung vertraut, die der westdeutschen Bourgeoisie in die Hände arbeitet und ihre Position gegenüber Frankreich und England stärkt, will die SPD im Interesse der herrschenden Klasse die Rüstungsbereitschaft zum Herausholen größerer Konzessionen benutzen. So wie die SPD der Rechtsentwicklung der Bourgeoisie nachgibt und zurückweicht, so wird sie um so kleinlaut, je näher der Tag rückt, an dem Rede und Antwort gestanden werden muß.

Und dieser Tag rückt näher. Die „Dienststelle **Blank**“, ursprünglich nur mit der „Unterbringung der alliierten Besatzungstruppen“ betraut, hat sich in ein westdeutsches Wehramt verwandelt. Am 8. Januar teilte sie mit, daß sich die

vorgesehenen 12 westdeutschen Divisionen aus drei Panzerdivisionen mit je 280–300 Panzern, drei Panzergrenadierdivisionen mit je 250 Panzern und 6 vollmotorisierten Infanteriedivisionen mit je 70 Panzern zusammensetzen werden. Einen Tag vorher wurde bekanntgegeben, daß man sich auf die allgemeine Wehrpflicht geeinigt habe, „da sowohl die deutschen Gewerkschaften als auch führende Politiker die Ansicht vertreten hätten, daß sich eine solche (aus Freiwilligen bestehende) Kampftruppe nur aus Abenteurern und Arbeitslosen zusammensetzen würde.“

Die Gewerkschaften haben diese Angaben nicht einmal dementiert, was auch niemanden überzeugt hätte, denn Theodor Blank ist selbst ein führender Gewerkschafter und verkörpert in seiner Funktion als „Sicherheitsbeauftragter“ Adenauers die Zustimmung und „Mitbestimmung“ des DGB zur Aufrüstung Westdeutschlands. Wer die „führenden Politiker“ sind, läßt sich unschwer erraten, denn die zitierte Meldung enthielt das ominöse Wort „Volksarmee“, ein Wort, das Schumacher selbst geprägt hatte.

Es ist bezeichnend, daß die bürgerliche Presse all diese Angaben und Zahlen als authentisches Material bringt und wertet, also unterstellt, daß das Bonner Parlament nur noch zum Ja-und-Amen-Sagen da ist. Sie tut das mit vollem Recht. Welche praktische Tragweite nämlich den sozialdemokratischen Hirn-gespinsten zukommt, die per Bundesverfassungsgerichtshof dem zu erwartenden Wehrgesetz zuleibe rücken wollen, ersieht man daraus, daß die SPD eine Verfassungsklage – es liegen bereits 400 vor! – gegen die Bundesregierung wegen des Abschlusses des Petersberger Abkommens von Ende 1949 eingereicht hat. Selbst ein Blinder kann sehen, daß, welches Urteil auch immer gefällt werden wird, an der tatsächlichen Tragweite der Petersberger Abmachungen nichts mehr geändert werden kann.

Eine ganze Reihe anderer Anzeichen weisen auf den kommenden Umfall der SPD hin. Am 19. Dezember beendete der Parteivorstand eine zweitägige Sitzung. Die Mitteilung für die Öffentlichkeit sagt überhaupt nichts zum Schumanplan und zur Remilitarisierung. Wie der Bundesausschuß des DGB am 3./4. Dezember, so verdrückte sich die SPD am 18./19. Dezember vor einer klaren Festlegung ihrer Position. Dagegen hat der sozialdemokratische Senatspräsident Bremens, **Kaisen**, in seiner Neujahrsbotschaft offen ausgesprochen, daß 1952 die „wirtschaftlichen und militärischen Grundlagen Europas“ geschaffen werden müssen. Die Abmachungen **Schumachers** und Adenauers über die „geordnete“ Durchführung der Schumanplan-Debatte geben einen Vorgeschmack, wie man sich, feierlich protestierend, zu fügen gedenkt. Die SPD läßt zwölf Redner aufmarschieren, deren oratorische Spiegelfechtereien darüber wegtäuschen sollen, daß der sogenannte „demokratische Sozialismus“ keinen Finger krumm macht, um seiner angeblichen Gegnerschaft zum Schumanplan Nachdruck zu verleihen. Dabei zeigt die österreichische Bruderpartei der SPD, was man tun kann, wenn man bloß will. Dort haben die Gerichte dem kleriko-faschistischen Arbeitermörder **Starhemberg** 82 beschlagnahmte Liegenschaften zugesprochen. Die SPÖ und die KPÖ haben sämtliche Betriebe zu einer Protestaktion aufgerufen, d.h. sie appellieren an die außerparlamentarische Kraft der Arbeiterschaft. Wollte sich die SPD ernsthaft den Plänen Adenauers entgegenstellen,

so hätte sie in der Bundesrepublik Protestversammlungen und -kundgebungen einberufen.

Der Ruhm der SPD, sich mit Bundesverfassungsklagen lächerlich zu machen, ließ Max **Reimann** nicht schlafen. Auch er verklagte den verfassungsbrüchigen Adenauer in Karlsruhe wegen „undemokratischen Verhaltens“. Jetzt haben die Heiligen der neudeutschen Demokratie endlich ihr Mekka und Medina gefunden. Adenauer, Schumacher und Reimann – alle drei wallfahrten zum Bundesverfassungsgerichtshof. Statt den Arbeitern klarzumachen, daß nur das Aufgebot ihrer außerparlamentarischen Kraft fähig ist, die Reaktion zurückzuwerfen, gefallen sich die Chefs der SPD und der KPD in parlamentarisch-juristischen Flohsprüngen, die in den Arbeiterköpfen die Illusion züchten, daß „von oben“ her eine Abwehr der antiproletarischen Anschläge möglich sei. Hier zeigt sich das opportunistisch-ultralinke Durcheinander in der KPD. Sich an den Bundesverfassungsgerichtshof zu wenden, ist offenbar eine recht schlaue, grundsatztreue Taktik. Aber in den Gewerkschaften, den wichtigsten Massenorganisationen, verbietet die KPD ihren Funktionären „prinzipiell“ das Unterzeichnen der berüchtigten Reverse. Damit leistet sie der Säuberung des DGB von klassenbewußten Elementen direkten Vorschub. Ohne entscheidenden Einfluß auf die gewerkschaftlich organisierten Mitgliedermassen kann es aber zu keiner wirksamen außerparlamentarischen Kraftentfaltung der Arbeiterschaft kommen. Dann bleibt wohl oder übel nur der parlamentarische Kretinismus als Tätigkeitsfeld übrig. So hängen ultralinke Abenteuer und erzopportunistische Manöver innig zusammen.

Die KPD hat heute nicht die Kraft, eigene Gewerkschaften ins Leben zu rufen. Aber ihre Reaktion auf die Herausschmeißerei der Kommunisten aus den Gewerkschaften, die gewerkschaftsfeindlichen Stimmungen, die sich in der KPD breitmachen und die sie fördernde „Westdeutsche Metallarbeiterkonferenz“ haben objektive Konsequenzen, die die KPD vielleicht nicht will, die sich aber nichtsdestoweniger letzten Endes durchsetzen werden. Denn wozu die Puste der KPD nicht langt, reicht vielleicht die der SRP.

Am 7. Januar gründeten die Neofaschisten einen „**Deutschen Arbeitnehmerverband**“, der den DGB auf betrieblicher Basis zersetzen will. Punkt 1: Beiträge mindestens um die Hälfte niedriger als die des DGB. Zweifellos ist die elende Arbeitsgemeinschaftspolitik der **Fette** u. Co. Wasser auf die Mühlen der gelben SRP-„Gewerkschaften“. Um so vordringlicher ist es, daß die klassenbewußten Arbeiter im DGB unbeirrbar den Aufbau eines linken Flügels verfolgen. Jede ultralinke Kapitulation vor dieser ungemein schwierigen Aufgabe räumt den Bonzen die gefürchteten Gegner aus dem Felde und arbeitet damit in die Hände der neofaschistischen Gewerkschaftszertrümmerer.

Die sowjetische Außenpolitik sucht in Gesprächen mit **Wirth** und **Niemöller** Ersatz für die ausbleibende Hilfe und Unterstützung von seiten der deutschen Arbeiter. Was aber verkörpern diese Einzelpersönlichkeiten? Nichts als kleinbürgerlich-pazifistische Ängste und Stimmungen, die fette Schlagzeilen abgeben, aber keine Kraft sind.

Es ist kein Zufall und charakteristisch, welche Elemente in Deutschland auf die Angebote der SU-Diplomatie eingehen. Weder die Großbourgeoisie noch die Arbeiterklasse ist dafür zu haben. Allein die reaktionäre föderalistische Krähwinkerei antwortet. Die „Friedenskämpferin“ Helene Wessel, Führerin des Zentrums, verbündete sich zu Bonn mit den bajuwarischen Hinterwäldlern der BP. Wirth selbst gehört zu den badischen Patrioten, denen schon der südweststaatliche „Zentralismus“ über die Hutschnur geht. Der letzte gesamtdeutsche Stoßseufzer entrang sich der Brust des bayerischen Ministerpräsidenten Ehard. Auch dieser kleinstaatliche Eigenbrötler fand das Grotewohl-Angebot „nicht schlecht“.

Diesem galvanisierten Mittelalter reichte die KPD die fortschrittliche Hand, als sie in der Südweststaatabstimmung für das „ungeteilte Badnerland“ und ähnliche Antiquitäten aus der Rumpelkammer der Geschichte eintrat. Die Rollen sind vertauscht. Heute sieht die SU in jedem Hindernis der Zentralisierung ein Hindernis der Remilitarisierung, während sich der von Franzosen und Amerikanern geschaffene Föderalismus als Knüppel in den Beinen jener erweist, die aus Westdeutschland eine Bastion des Aufmarsches gegen die SU machen wollen. Die Diplomatie der SU mag sich solche Verbündete auswählen. Sie hat schon ganz andere Dinge aufgeführt. Wenn aber eine kommunistische Partei sich solche Bundesgenossen zulegt, dann offenbart sie die absolute Unfähigkeit, die Interessen der Arbeiterklasse auch nur zu begreifen, geschweige denn zu vertreten.

Die deutsche Arbeiterklasse kann weder mit der Aufrüstungsparole der Schumacher und Ollenhauer, noch mit dem Grothewohlschen Ostzonenausverkauf zwecks Herstellung der Einheit der Großmächte mobilisiert werden. Nur der Kampf für ein sozialistisches, national unabhängiges und von allen Besatzungstruppen geräumtes Deutschland wird die Energien freimachen, die in den deutschen Werktätigen schlummern.

DIE ARBEITER ANTWORTEN VOM HOFF

(aus: Arbeiterpolitik Nr. 2/1952)

Stuttgart

Die Erklärungen vom Hoff's am 20. Januar in Oberhausen, in der er für den DGB den Wehrbeitrag bejahte, hat bei den Arbeitern eine stürmische Reaktion hervorgerufen. Von den zwei großen bürgerlichen Zeitungen hatte nur eine die Erklärung gebracht. Die größere, die „Stuttgarter Zeitung“, erwähnte diese wichtige Meldung erst nach Tagen indirekt im Leitartikel. Trotz dieser ungenügenden Information verbreitete sich die Äußerung vom Hoff's wie ein Lauffeuer und führte überall in den Betrieben zu Diskussionen. Die Empörung war allgemein. An die Betriebsräte wurden Vorschläge herangetragen, durch Resolutionen und Delegationen die Stellung der Belegschaften zu bekunden. Am 22.

und 23. Januar war das Telefon im Gewerkschaftshaus ständig im Gang, und viele Delegationen erschienen, um zu protestieren. Vor allem die in Stuttgart wichtigste Industriegruppe Metall beteiligte sich. Auch alte reaktionäre SPD-Funktionäre waren unter so starkem Druck der Belegschaftsstimmung, daß sie die Protestbewegung unterstützen mußten (z.B. **Rau** von der Schuhfabrik Salamander). Hier hatte die 7 000köpfige Belegschaft mit Beitragssperre gedroht. Im allgemeinen waren die Proteste einhellig. Interessant ist aber, daß z.B. in der großen Schuhfabrik Mercedes (rund 800 Beschäftigte) zahlreiche Flüchtlinge sich nicht an der Aktion beteiligten. Damit ist nicht gesagt, daß sie für die Remilitarisierung begeistert sind.

In den meisten Entschließungen kam außer der eindeutigen, unverklausulierten Gegnerschaft gegen den DGB-Kurs die **Forderung auf Abberufung Fettes und vom Hoffs**. Erklärungen, daß es sich um persönliche Äußerungen handele, wurden nirgendwo ernst genommen.

Der Druck auf die Betriebsräte und die unteren Gewerkschaftsfunktionäre, die Betriebsvertrauensleute bestand auch in den Drohungen, keine Beiträge mehr zu zahlen, die Beiträge zu sperren oder auszutreten. Bei Mahle in Fellbach hatten die Werkzeugmacher die Bücher abgegeben. In anderen Betrieben sind es vereinzelte Austritte, vor allem Jugendlicher. Im allgemeinen konnten die Diskussionen der Vertrauensleute die Zurücknahme der Austritte erreichen oder diese Bewegung eindämmen. Sie hat noch keinen größeren Umfang angenommen. Aber immerhin war die politische Reaktion der Proleten so eindeutig, daß auch die höheren Bürokraten aufgeschreckt und der Druck auf sie fortgepflanzt wurde. Der Ortsausschuß des DGB hat dann ebenfalls Stellung genommen und einmal in Briefen und Telegrammen an den DGB in Düsseldorf die Stimmung beschrieben und auch die Forderung nach Entfernung vom Hoffs übermittelt und zum anderen in einer Erklärung an die Mitglieder versucht, die Wogen zu glätten mit Gerede von persönlicher Äußerung u.ä. In der Erklärung bittet der Ortsausschuß alle Mitglieder in den Betrieben, die „Extravaganz eines Bundesvorstandsmitgliedes“ nicht zu benutzen, um den Gewerkschaften den Rücken zu kehren.

Auf den Versammlungen und Sitzungen, die seitdem stattgefunden haben, hat diese Stimmung angehalten. Die Mitgliederversammlung der IG Druck und Papier, die außergewöhnlich gut besucht war, nahm scharfe Entschließungen an. Interessant war hierbei, daß die Resolutionen einstimmig angenommen wurden, obwohl auf der vorigen Versammlung eine viel zahmere Entschließung dank guter Fraktionsarbeit der SPD-Kollegen abgelehnt worden war.

Auf der Delegiertenkonferenz der Gewerkschaft Leder für Stuttgart kam diese Frage ebenfalls zur Sprache. Eine Entschließung wurde einstimmig angenommen, in der es u. a. heißt:

„Die zustimmenden Äußerungen des Vorstandsmitgliedes vom Hoff zu den Aufrüstungsplänen der Bundesregierung unter Anwesenheit des Bundesvorsitzenden Fette lösten in den Betrieben einen Sturm der Entrüstung aus und haben eine schwere Erschütterung des Vertrauens der Mitgliedschaft zu den Gewerkschaften hervorgerufen. Die Abberufung von Fette und von vom Hoff ist deshalb eine zwingende Notwendigkeit zur Erhaltung des Vertrauens zu den Gewerkschaften.“

Die Stellungnahme des Bundesausschusses hat dieser Situation und dem Willen der Mitglieder keineswegs eindeutig Rechnung getragen.“

Einige Kollegen brachten auf dieser Konferenz eine sehr wichtige Tatsache zur Sprache. Das „Leder-Echo“ hatte zwei Artikel über die Erklärung vom Hoff schon gesetzt, als die Redaktion von ihrem Gewerkschaftsvorstand die Anweisung bekam, die Artikel herauszunehmen und andere zu schreiben. Der Vorstand erklärte ausdrücklich, daß über den Fall vom Hoff kein Wort geschrieben werden dürfe. Diese **kalte Gleichschaltung der Gewerkschaftspresse** rief stürmische Empörung bei den Delegierten hervor. Es ist also wahrscheinlich, daß ihre Resolution nicht in der aus ihren Beiträgen finanzierten Zeitung veröffentlicht werden wird.

Die lokalen Gewerkschaftssekretäre stehen der Massenstimmung ziemlich ratlos gegenüber. Es scheint, daß die Anweisung vom Bundesvorstand des DGB vorliegt, alle Diskussionen über das heikle Thema zu unterbinden, „um die Gewerkschaftseinheit nicht zu gefährden“. Hier hilft aber kein Münchenspitzen mehr. Einheit und Sinn der Gewerkschaften werden gefährdet durch die Politik der Fette und vom Hoff, die klar dem Mitgliederwillen ins Gesicht schlägt. Die Mitglieder müssen ihren Willen durchsetzen. Dazu genügen nicht mehr Resolutionen allein. Überall muß jetzt die Forderung nach einer **Massendemonstration** der Stuttgarter Arbeiterschaft **gegen die Militarisierung Westdeutschlands** erhoben werden. Die Stuttgarter Metallarbeiter und ihre Vertreter sind hier die wichtigste Körperschaft, die bald ihre Meinung sagen muß.

Mannheim

Anfang Januar hat das hinter unserem Rücken abgeschlossene Lohnabkommen die Gemüter stark erregt. Auf der Vertrauensleutesitzung bei **Daimler-Benz** wurde darüber diskutiert und alle zehn Diskussionsredner drückten ihre Empörung aus über das Ergebnis und die Durchpeitschung der Annahme. Auch Kollege **Morschheuser**, 1. Bevollmächtigter der Ortsverwaltung, distanzierte sich offen von der Bezirksleitung der IG Metall und bekannte sich zur ablehnenden Abstimmung.

Auf einer Werkstattversammlung bei den **Motorenwerken** kam auch das Lohnabkommen zur Sprache. Auch hier war die Ablehnung allgemein.

Inzwischen haben sich Dinge ereignet, die das schändliche Lohnabkommen noch weit in den Schatten stellen. Die Erklärung vom Hoff hat die Arbeiter ungeheuer erregt und sogar die sonst gut linientreuen SPD-Betriebsräte gezwungen, eine Protestresolution zu verfassen. Denn die Beitragszahlung fing an, bedenklich zu hapern. In dieser Erklärung sprechen sie sich eindeutig und vorbehaltlos gegen den Wehrbeitrag aus. Außerdem verlangten sie, daß diese Frage auf die Tagesordnung der Delegiertenversammlung der IG Metall gestellt wurde. Diesem Wunsch wurde auch entsprochen.

Frankfurt a. M.

Nach Bekanntwerden der Erklärungen vom Hoff am Dienstag, dem 22. Januar, herrschte in allen Betrieben der **Frankfurter Metallindustrie** eine Wut

und Mißstimmung, die sich auch nach oben hin bemerkbar machte. Die allwöchentliche Zusammenkunft der Betriebsobleute im Gewerkschaftsbüro war denn auch der Schauplatz eines heftigen Wortwechsels über den einzuschlagenden Weg, um den Protest der Metallarbeiter klar und eindeutig zum Ausdruck zu bringen. Die vertretenen Betriebe wie Hartmann & Braun, Teves, Torpedo, Adler und andere sagten eindeutig, daß die Führer des DGB nicht als Privatpersonen auftreten können, sondern immer im Namen von 6 Millionen Organisierten sprechen und daher in ihren Äußerungen doppelt vorsichtig sein müssen, um nicht Anlaß zu falschen Auslegungen zu geben.

Der Vorschlag eines Anwesenden, an den Bundesvorstand zu schreiben, wurde abgelehnt, weil dabei die Zeit verlorengelange und man die Sache vergesse. Dafür wurde Absendung eines scharfen Protesttelegramms einstimmig gebilligt, auch von den anwesenden SPD-Mitgliedern.

Dieser Weg war richtig. Die Erklärung des Bundesvorstandes vom 23. Januar schwächte vom Hoffs Erklärungen äußerlich ab. Auch das war nur eine Konzession an diese elementare Stimmung. Die in einzelnen Betrieben geforderte **Beitragssperre** wurde noch einmal abgewehrt. Aber wenn solche Sachen sich wiederholen, ist es möglich, daß Beitragssperre und Austritte aktueller werden. Damit ist heute nicht viel zu erreichen. Es gilt, die Massen der Metallarbeiter zu Protestdemonstrationen aufzurufen und diese zu organisieren.

Auch die SPD-Betriebsräte haben hier reagiert. Die SPD-Hochburgen Adlerwerke in Frankfurt, Merck in Darmstadt und Opel in Rüsselsheim haben Protesttelegramme an den Bundesvorstand gesandt. Der 1. Bevollmächtigte der IG Metall Frankfurt, **Kriegshäuser**, hat im Namen von 40 000 Metallarbeitern eine Protestresolution an den Bundesvorstand gesandt, in der festgestellt wird, daß die Erklärungen vom Hoffs und Fettes „eine Verhöhnung des Willens der Arbeiterschaft sind, die eindeutig die Remilitarisierung verneinen“.

Die ganze Zwiespältigkeit der Opposition der SPD zeigt sich deutlich in der Stellung der Jugendgruppe der IG Metall Frankfurt. Darin heißt es:

„3. Ein Wehrbeitrag kann nach unserer Meinung erst dann zur Diskussion stehen, wenn sich Gesamtdeutschland an einer europäischen Armee mit gleichen Risiken und gleichen Chancen beteiligen soll.“

4. Solange diese Voraussetzungen nicht bestehen, lehnen wir die Aufstellung westdeutscher Divisionen, sei es auf freiwilliger Basis oder in Form der allgemeinen Wehrpflicht, ab.“

Frankfurt ist eine SPD-Hochburg. Die Arbeiter, vor allem die Jugendlichen wollen keinen Kommiß. Aber sie schauen nicht so genau auf den Inhalt der Proteste, die von ihren SP-Funktionären verfaßt werden. Jetzt wird es Zeit, daß die Arbeiter anfangen, diesen merkwürdigen sozialdemokratischen „Oppositionellen“ gegen Adenauer aufs Maul und auf die Finger zu sehen.

Nürnberg

Bei den hiesigen Metallarbeitern spielen zwei Dinge jetzt eine große Rolle, die in engstem Zusammenhang miteinander stehen: die Reverse für Gewerkschafts-

funktionäre, die der KPD angehören, und die Diskussion über Schumanplan, Wehrbeitrag, überhaupt über die allgemeine Ausrichtung der Gewerkschaftspolitik.

Der Vorstand der IG Metall hat den Kollegen **Ultsch**, KPD, seiner gewerkschaftlichen Funktionen enthoben — er war Mitglied der Ortsverwaltung und der Lohnkommission —, weil er den Revers nicht unterschrieben hat. Ultsch verteilte daraufhin den Briefwechsel zwischen ihm und dem Vorstand in ca. 100 Exemplaren persönlich an die Betriebsratsvorsitzenden im Gewerkschaftshaus. Darauf will die Ortsleitung den Ausschluß von Ultsch beim Vorstand beantragen. Die KP-Zeitung brachte zwei Wochen lang immer denselben Artikel, daß die Betriebe die Wiedereinsetzung von Ultsch in seine Funktionen fordern sollten, ohne daß sich etwas rührte. In der darauffolgenden Sitzung der Betriebsratsvorsitzenden glaubte die Bürokratie, daß es Klamauk geben würde, doch wurde nicht einmal von den KP-Leuten ein Wort dazu gesagt. Die KP-Genossen sind nun nicht zufrieden mit einem grundsätzlichen Protest gegen die Reverse, sondern verlangen sofortige Wiedereinsetzung von Ultsch in seine Funktionen. Man bekommt aber den Eindruck, daß Ultsch selbst auf seinen Ausschluß hinarbeitet. Seit drei Monaten war er in keiner Sitzung der Betriebsratsvorsitzenden mehr. (Es ist dies eine interessante Parallele zum Fall **Eberle** in Stuttgart. Die Red.)

Allgemein diskutiert wird Schumanplan und Wehrbeitrag. Eine Betriebsversammlung der Triumph-Werke z. B. befaßte sich ausführlich mit diesen Fragen. Ein junger Kollege brachte folgende EntschlieÙung ein:

„Die Arbeiter und Angestellten der Triumph-Werke, Nürnberg, nahmen in einer Betriebsversammlung zur Frage des Schuman-Planes und zur Remilitarisierung Stellung.

Sie lehnen den Schuman-Plan entschieden ab, da dieser ein Instrument der verstärkten Ausbeutung der deutschen Arbeiterschaft ist.

Darüber hinaus lehnen die Versammelten auch die von Vizekanzler Blücher geforderte Mehrleistung schärfstens ab. Der Ertrag dieser Mehrleistung wird niemals den Schaffenden zugute kommen.

Eine Beteiligung der Gewerkschaft hätte die Lähmung der gewerkschaftlichen Kampfkraft zur Folge.

Im engen Zusammenhang mit dem Schuman-Plan steht die Remilitarisierung Westdeutschlands, die von den Versammelten mit gleicher Entschiedenheit abgelehnt wird.

Wir fordern von unserer Organisation, daß sie eindeutig von den Plänen Adenauers und seiner kapitalistischen Hintermänner abbrückt und jegliche Verhandlungen mit den Bonner Regierungsvertretern abbricht.

Weiter verlangen wir, daß in Zukunft alle Funktionäre aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden, die sich für einen Wehrbeitrag aussprechen.“

Seine Begründung wurde mit Beifall aufgenommen und die Resolution einstimmig gutgeheiÙen. Eine weitere EntschlieÙung befaßte sich mit den Lehren des Hessenstreiks. In ihr fordert die Belegschaft

„von der Ortsleitung der IG Metall, den Delegierten, Vertrauensleuten und Betriebsräten, im Interesse der Verteidigung der Lebensinteressen der Arbeiter, Kampfvorbereitungen zu treffen.

Zu diesem Zweck fordern wir eine außerordentliche Delegiertenversammlung mit folgender Tagesordnung:

1. *Die vorbereitenden Kampfmaßnahmen zum Ablauf des geltenden Lohntarifs.*

2. *Stellungnahme gegen den Schumanplan und die Remilitarisierung.“*

Die Kollegen müssen sich darüber klar sein, daß auch zwei einstimmig gefaßte Entschlüsse allein den Karren nicht aus dem Dreck ziehen. Die Forderungen müssen weiter gespannt werden. Der Ruf nach einer Massendemonstration gegen die Wehrmachtspläne der **Blank** und **Adenauer** liegt in der Luft. Es gilt ihn aufzunehmen und ihm in der Gewerkschaftsorganisation Nachdruck zu verleihen.

DER DGB ALS SCHRITTMACHER DER AUFRÜSTUNG

(aus: Arbeiterpolitik Nr. 2/1952)

Beim DGB-Vorstand wird nicht alles so heiß gegessen, wie es gekocht wird. Anfang Dezember 1951 war der DGB aus den Zusammenarbeitsgremien bei der Bundesregierung ausgeschieden. Im Januar 1952 geht die Mitarbeit wieder in schönster Eintracht vor sich. Für die Durchführung des Investitionshilfegesetzes für die Grundstoffindustrien wurde ein Ausschuß gebildet, in den der DGB seine Vertreter entsendet. Anfang Januar wurde eine neue Aktion für die Rationalisierung gestartet, die sich in erster Linie auf Kohle, Stahl und Energie als die für die Rüstung wichtigsten Wirtschaftszweige konzentrieren soll. Die Initiative dazu geht von der amerikanischen Marshallplan-Verwaltung — jetzt Amt für gegenseitige Sicherheit — aus. Es geht darum, „mehr Leistung aus der einzelnen Arbeitsstunde herauszuholen“. Mr. **Harris**, der amerikanische Beauftragte für diese Sicherheit in Deutschland, umriß den Zweck deutlich: „Eine solche (nach amerikanischem Vorbild rationalisierte) Wirtschaft werde in der Lage sein, die doppelte Last der Wiederaufrüstung und der Steigerung des Lebensstandards zu tragen.“

Auch bei dieser Aktion ist der DGB zu aktiver Mitarbeit bereit. Die „Welt der Arbeit“ vom 10. Januar widerlegt den bei manchen entstandenen Eindruck, „als ob der DGB an einem solchen Programm nicht interessiert sei. Dieser Eindruck ist falsch. Im Gegenteil ist es der DGB, der sich vom Tage seiner Gründung an für eine vernünftige Rationalisierung eingesetzt hat (. . .) Wenn also ein Programm zur Steigerung der Produktion unter Mitarbeit des DGB zustande kommen soll, so gebe man den Gewerkschaften denjenigen Teil an der Verantwortung, der ihnen zukommt. Mit anderen Worten: eine echte Mitbestimmung ist die einzig tragbare Grundlage für eine ehrliche Gemeinschaftsarbeit an einer vernünftigen Rationalisierung. Das wissen die Amerikaner, die ja in den sachlichen Zielen einer Produktionssteigerung mit dem DGB völlig einig gehen. Das weiß auch die Regierung.“

Im Kohlenbergbau erweist sich der Vorstand der IG Bergbau als aktivste Kraft bei der Leistungssteigerung. Der Kampf um erhöhte Leistung wird ständig und mit allen Mitteln geführt. Alle möglichen Programme wurden durchgeführt: Schinken, Care-Pakete, verbilligter Schnaps wurde den Kumpels angeboten. Die passive Resistenz der Ruhrproleten gegen das mörderische Tempo ist aber noch nicht ganz überwunden. Am deutlichsten wurde sie auf der Delegiertenkonferenz am 26. Juni 1951, wo die Mehrheit für Streik stimmte. Die IG Bergbau mußte erst eine neue Konferenz zusammenschieben, um diesen Beschluß rückgängig zu machen. Die Unternehmer drängten im Sommer auf eine Verlängerung der Arbeitszeit. Dem widersetzte sich die Gewerkschaft, weil das noch mehr Arbeiter zum Verlassen der Zechen treiben würde.

Dafür wurden aber unter aktiver Mithilfe der Gewerkschaften wirksame Maßnahmen gegen die Fehlschichten und für Leistungssteigerung eingeleitet. Zum Beispiel mußten die Kumpels an den Sonntagen, 23. und 30. Dezember, arbeiten für die freien Tage vom 24. und 31. Dezember. Bei Nichtarbeit verfiel der Anspruch auf den bezahlten Feiertag. Das tollste ist aber wohl das Erfolgsanteilsystem. Bei diesem System wird eine durchschnittliche Untertageleistung in Kilogramm Kohle errechnet für die Monate September bis November 1951. Wenn jetzt die Förderleistung der Zeche diesen Durchschnitt je Arbeiter um 1 kg übersteigt, erhalten alle Untertagearbeiter und -angestellten 0,1 Prozent Lohnzulage. Diese wird aufgeteilt entsprechend dem Lohn jedes einzelnen unter Tage Beschäftigten. Zu dieser Antreibung und Aufspaltung der Untertage-Arbeiter kommt die völlige Ausschaltung der Übertage-Arbeiter, die ja auch mehr leisten müssen, aber keine Zulage erhalten.

Das Katastrophentempo soll also noch weiter gesteigert werden. Aber es sind Sicherungen eingebaut, daß die Löhne nicht in den Himmel wachsen. Bei wesentlichen Veränderungen der Arbeitsbedingungen oder Betriebsverhältnisse kann die Berechnungsgrundlage nach oben oder unten geändert werden. Es ist die übliche Akkordschere auch hier.

Je mehr die deutsche Wirtschaft auf die Aufgaben der Rüstung umgestellt und in die amerikanischen Pläne eingeordnet wird, um so mehr werden die Gewerkschaften auf Wunsch der USA eingeschaltet. Für ihre verständnisvolle und gehorsame Haltung werden sie von McCloy gelobt:

„Die Gewerkschaften übten im allgemeinen große Zurückhaltung. Ihre Lohnpolitik war von Mäßigung gekennzeichnet, und sie bemühten sich mehr um eine Herabsetzung der Preise als um die Erzielung höherer Barlöhne. Von ihrer schärfsten Waffe, dem Streik, machten sie nur selten Gebrauch. Selbst die allgemeine Lohnkampagne in der zweiten Hälfte des Jahres 1950 verursachte nur wenige Tage Arbeitsausfall; das gleiche traf bisher auch auf die Lohnkampagnen im Jahre 1951 zu.“ (Vierteljahresbericht des amerikanischen Hochkommissars, S. 46, abgeschlossen am 30. September 1951.)

Dieses Lob muß immer neu verdient werden. Während man bisher demagogisch das Eintreten Fettes für die Remilitarisierung als seine Privatmeinung

ausgabe, muß der DGB jetzt Farbe bekennen, weil die reformistische Scheingewerkschaft gegen die Remilitarisierung beim Aufbau der Wehrmacht hinderlich sein könnte. Das offenste und schamloseste Bekenntnis zur Remilitarisierung und zum Krieg gegen die sozialistische Welt legte Kuno **Brandel** in der „Metall“-Zeitung vom 9. Januar 1952 ab:

„Weil im Falle eines Sieges des russischen Imperialismus in Europa unsere Gewerkschaften erneut zerstört würden, und weil die Freiheit erneut begeben würde, und weil wir ein zweites Mal all das furchtbare, das wir unter dem Nazismus erlebten, erleiden müßten, darum müssen wir die Argumente der Neutralisten entschieden zurückweisen (. . .)“

Die Gewerkschaften werden – wenn entsprechende Entscheidungen in dieser Richtung fallen sollten – damit neuen großen Aufgaben und Schwierigkeiten gegenüberstehen. Sie werden dann vor allem darauf achten müssen, daß die neuen Lasten nicht wieder auf die schwächsten Schultern abgewälzt, sondern in erster Linie von denen getragen werden, die es am leichtesten können (. . .)“

Dieser Artikel hat in vielen Betrieben schärfsten Protest hervorgerufen. Er zeigt die wirklichen Gründe der Ausschlußkampagne, die jetzt gegen kommunistische Funktionäre betrieben wird. Der Vorstand der IG Metall wie auch andere Gewerkschaften haben die von der KPD organisierten Arbeiterkonferenzen zum Vorwand für Ausschlüsse und Ausschußdrohungen genommen. Nach dem Ausschluß von vier Stuttgarter Metallfunktionären der KPD folgte jetzt der Ausschluß **Eberles**, des Betriebsratsvorsitzenden von Bosch-Feuerbach, aus der IG Metall. Diese Arbeiterkonferenzen sind ohne Wirkung auf die Arbeiter. Der Vorstand kann niemandem einreden, daß diese die Gewerkschaften spalten oder gar kampfunfähig machen.

Es ist kein Zufall, daß gerade nach diesem Artikel und dem Ausschluß von Eberle die Austrittsstimmungen in einigen Betrieben sich verstärken. Nicht die Arbeiterkonferenzen, von denen die wenigsten Arbeiter Notiz nehmen, zerstören die Gewerkschaften, sondern die Arbeitsgemeinschafts- und Remilitarisierungspolitik mit ihren Folgen: Verzicht auf ernsthafte Lohnkämpfe, Mitarbeit bei der Aufrüstung, Unterdrückung des Mitgliederwillens. Der Fettekurs nimmt den Gewerkschaften ihre Existenzgrundlage und stößt viele Arbeiter ab.

Aber mit dem Austritt und der Indifferenz ist nichts getan, sondern nur der Gewerkschaftsführung ihre Politik erleichtert. Die revolutionären Elemente müssen versuchen, innerhalb der Gewerkschaften zu bleiben und in ihnen die Mitglieder für den Klassenkampfstandpunkt zu gewinnen und zu organisieren. Sie dürfen den Reformisten und Christen keine unnötigen Ausschluß-Vorwände liefern.

SCHWERE NIEDERLAGE FETTES IN BAYERN

(aus: Arbeiterpolitik Nr. 4/1952)

Die von vom **Hoff** ausgelöste Kettenreaktion ist noch nicht zum Stillstand gekommen. Am 20. Januar bejahte er den Verteidigungsbeitrag. Am 23. Januar tagte der Bundesausschuß des DGB und versuchte, die empörte und rebellierende Mitgliedschaft zu beruhigen. Am 24. sprach **Fette** im Radio zur Beruhigung. Sonderrundschreiben der Bürokratie suchten die Diskussion und Resolutionsflut einzudämmen.

Aber die Taten der DGB-Führung sprechen eine eindeutige Sprache. Während sie am 23. Januar die ganze Wehrfrage den politischen Instanzen übertrug und ihre Hände in Unschuld wusch, hat sie gleichzeitig einstimmig Dr. **Deist** als ihren Vertreter in der Hohen Behörde des Schumanplans nominiert. Und am 4. Februar waren 12 Vertreter des Internationalen Bundes freier Gewerkschaften in **Eisenhowers** Hauptquartier, um mit seinen Staboffizieren die Rolle der Gewerkschaften bei der gemeinsamen Verteidigung Westeuropas zu besprechen. Der Gruppe gehörten u.a. **Gottfurcht** für Deutschland, **Victor Reuther** und **Irving Brown** für die amerikanischen Gewerkschaften an.

Von diesen Taten und Tatsachen berichtet die „Welt der Arbeit“ kein Wort.

Fettes Beruhigungsspillen haben ihre Wirkung verfehlt. Die Diskussionen und Resolutionen gehen weiter. Der Druck setzt sich nach oben fort. In Mannheim hat der Großbetrieb Daimler-Benz mit fast 5 000 Beschäftigten einen vierstündigen Proteststreik gegen das Wehrgesetz durchgeführt. In der Industriestadt Eßlingen bei Stuttgart haben 5 000 Arbeiter demonstriert. In Ludwigsburg bei Stuttgart haben 14 Betriebe einen kurzen Warnstreik durchgeführt. – Die KPD-Presse berichtet von weiteren Warnstreiks. Soweit wir diese Berichte nachprüfen konnten, waren es bisher keine umfassenderen Aktionen.

Ein deutlicher Ausdruck der wirklichen Stimmung war die außerordentliche Landeskonferenz des DGB für Bayern. Sie sollte bereits am 3. Februar stattfinden, wurde aber auf den 10. verschoben. Einziger Tagesordnungspunkt: Stellung der Gewerkschaften zum Verteidigungsbeitrag. Fette und vom Hoff waren gleich beide aufgekreuzt, vertraten **offen** ihren Standpunkt und stießen auf einmütigen Widerstand der 116 Delegierten, die 900 000 Gewerkschaftler vertraten. Fette erklärte, er stehe voll und ganz hinter den Äußerungen vom Hoff's in Oberhausen. Er sehe keinen sachlichen Unterschied zwischen seiner Einstellung zum Wehrbeitrag und der der SPD:

„Ist überhaupt ein sachlicher Unterschied zwischen meinem Standpunkt und dem der SPD? Der Unterschied besteht nur in Worten. Der eine sagt: Ja, aber die und die Voraussetzungen müssen erfüllt sein. Der andere sagt: Nein, weil jene Voraussetzungen noch nicht erfüllt sind.“

Seine wichtigsten Behauptungen waren und sind:

1. Die Gefahr aus dem Osten,
2. der Verteidigungsbeitrag dürfe und werde zu keiner Minderung des Lebensstandards der arbeitenden Menschen führen,
3. der alte Militarismus und die Nazigeneräle dürften nicht wiederkommen,

4. die politischen Instanzen, nicht der DGB sollen über den Wehrbeitrag entscheiden.

Mit der Gefahr des roten Imperialismus sind bisher alle imperialistischen Mächte hausieren gegangen, nicht nur Hitler. — Man braucht nicht zurückzugehen zur Zeit vor Ausbruch des 2. Weltkrieges und zu den ständigen Kompromißversuchen der SU mit allen Mächtegruppen, die nur zu erklären sind aus der Bereitschaft, für den Frieden einen hohen Preis zu zahlen. Man nehme die betonte Zurückhaltung der SU im koreanischen Bürgerkrieg, in den die USA seit 1 1/2 Jahren massiv eingreifen. Oder das Angebot des Verzichts auf die Ostzone, das die SU-Diplomatie durch Grotewohls Mund machen ließ. Weiter: die SU hatte und hat noch immer — wie die Westpropaganda klagt — eine Landmacht in Europa, die den westlichen Kräften weit überlegen ist. Sie unternimmt keinerlei militärische Aktionen. Warum wohl? Etwa, um bis 1954 oder 1955 zu warten, wo die USA ihre Rüstungspläne realisiert haben wollen?! Wenn die SU ihre gewaltige Übermacht nicht ausnützt, so wieder nur, weil sie keinen Krieg will. — Damit vergleiche man nicht nur die hysterische Kriegspropaganda der USA-Presse (Colliers Sonderheft über den 3. Weltkrieg und die Besetzung der SU), sondern auch die strategischen Pläne und Maßnahmen des USA-Imperialismus. In der ganzen Welt rings um die Grenzen der SU werden Flugzeug- und Flottenbasen angelegt (Island, Grönland, Alaska, Formosa, Nordafrika, Kleinasien, Griechenland). Eine merkwürdige Verteidigung der USA, die in fast 10 000 km Entfernung von New York am Schwarzen Meer beginnt. Die ständigen offenen Drohungen mit der Atombombe sind deutlich genug für die Absichten.

Die Ursache der defensiven Haltung der SU ist, daß sie nicht nur keinen Krieg braucht, um Produktionsüberschüsse abzusetzen und Krisen auszuweichen wie kapitalistische Länder, sondern vor allem die, daß die SU gewiß ist, in 10–15 Jahren friedlichen Aufbaus die kapitalistische Welt überholen zu können und dann wirtschaftlich unschlagbar zu sein. Dagegen treiben gerade die wachsenden Produktivkräfte, die inneren Widersprüche des Kapitalismus die USA dazu, den kriegerischen Ausweg zu suchen, um mit militärischen Mitteln neue Märkte für die eigene Industrie zu eröffnen.

Der 2. These der Fette und vom Hoff widersprechen die Tatsachen, die jeder Gewerkschaftler kennt. Schon jetzt **am Anfang der Rüstung** haben wir steigende Steuern, steigende Preise und Mieten, sinkenden Reallohn, schlimmste Verarmung der Millionen Rentner. Der Wohnungsbau wird verteuert und begegnet immer größeren Schwierigkeiten, weil Kasernenbauten wichtiger und profitabler werden. Die Umstellung der Produktion auf den Rüstungsbedarf wird zwangsläufig nach und nach auf vielen Gebieten die Versorgung einengen. Bei freiem Einkauf und steigenden Preisen bedeutet das Bedarfsdeckung der Reichen und wachsenden Mangel der Armen. Der Not der Rentner und dem Sattessen der Arbeitenden stehen die wachsenden Riesenprofite der Unternehmer gegenüber.

Was kommen wird, kann man nur in der Richtung abschätzen, nicht im Ausmaß. Der finanzielle Verteidigungsbeitrag wird erhöht. Neue Steuern werden notwendig (Kopfsteuern der Gemeinden?), die Rentenquetsche wird organisiert.

Der Kapitalismus führt Kriege zur Sicherung der Profite. Bei der Vorbereitung des Krieges will der Kapitalismus nicht auf die Profite verzichten. Also müssen die Lasten von den Werktätigen bezahlt werden. Kanonen und Butter kann sich in beschränktem Ausmaß der amerikanische Kapitalismus leisten. Die Mittel reichen in Deutschland dazu nicht aus. Die Produktionskapazität ist nicht groß genug, um die zivile neben der militärischen Produktion ungehindert laufen zu lassen. Finanzielle Reserven zur Deckung der Kosten fehlen. Also muß die Rüstung aus der laufenden Produktion geleistet und aus den laufenden Steuern (und eventuell aus Notendruck = Reallohnsenkung) bezahlt werden.

Fettes 3. These ist ein schlechter Witz. Während sich in den Bonner Dienststellen die Nazigeneräle versammeln, reden die DGB-Führer davon, der neue Barras werde ohne die alten Kommißknöpfe aufgebaut. Die Leute sind Experten. Nur mit ihnen wird die Wehrmacht aufgebaut.

Die 4. These der Fette und vom Hoff von der Inkompetenz des DGB und der Kompetenz der politischen Instanzen und Parteien ist ein ganz fauler Schwindel. Ihre Taten und ihre Reden zeigen eindeutig, daß sie für die Remilitarisierung handeln und das Gewicht unserer Organisation dafür in die Waagschale werfen wollen. Erst jetzt, wo die Mitglieder massen rebellieren und sie auf frischer Tat ertappt haben, ist der DGB nicht mehr kompetent. **Praktisch bedeutet diese Linie, daß die DGB-Führung alles tun wird, was in ihren Kräften steht, um eine Mobilisierung der Gewerkschaften zur Durchsetzung des Mitgliederwillens zu verhindern.** Darüber muß völlige Klarheit geschaffen werden. Alle Resolutionen, die sich in dieser Frage an den Bundesvorstand wenden, haben nur dann Aussicht, beachtet zu werden, wenn der nötige Druck dahinter gemacht wird.

Von der bayerischen Opposition zog allein **Wönner**, der erst kürzlich scharf auftrat, den Schwanz ein, was ihm Proteste aus der Versammlung eintrug. Hauptsprecher gegen Fette war der Bezirksleiter der IG Metall, **E. Essl**. Er sagte, die Gewerkschaften seien heute in der Lage, Fehlentscheidungen des Parlaments zu verhindern. Das Militär habe immer ein Instrument der Reaktion dargestellt, das gegen die Interessen der Arbeiter gerichtet sei. So würde es das nächste Mal auch sein. Die Propagandathese vom Angriff aus dem Osten lehnte er ab. Die Haltung des DGB-Vorstandes verstoße gegen die Satzungen. Austritte seien in großer Zahl zu verzeichnen und noch mehr zu befürchten. Zum Schluß forderte er, daß Bundesvorstand und -ausschuß Maßnahmen zur Verhinderung der Remilitarisierung ergreifen.

Sämtliche Diskussionsredner sprachen sich dann gegen die Politik des Bundesvorstandes aus. Landesjugendsekretär **Koch** unterstrich, daß die Gewerkschaftsführung sich offenbar nicht mehr im Einklang mit der Mehrheit der Mitglieder befinde.

Trotz aller beschwörenden Worte blieben Fette und vom Hoff alleine, und bei einer Stimmenthaltung wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Konferenz bekennt sich zu einer freien, demokratischen und sozial gerechten Staatsauffassung und fühlt sich mit allen freiheitsliebenden Völkern verbunden. Sie lehnt aber auf Grund geschichtlicher Erfahrungen und den daraus abzuleitenden Erwartungen jeden deutschen Wehrbeitrag ab. Die Konferenz vertritt die Auffassung, daß
a) *die Einordnung Deutschlands in das westliche Verteidigungssystem jede Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlichem Wege unmöglich macht;*

- b) aus dem deutschen Wehrbeitrag zusätzlich neue Belastungen entstehen, die den ohnehin viel zu geringen Lebensstandard großer Teile des deutschen Volkes noch weiter verschlechtern müßten, und
- c) dieser deutsche Wehrbeitrag keinerlei Gewähr für eine echte Sicherheit Deutschlands in der Zukunft gibt.

Die Konferenz fordert daher:

1. die bisher versäumte Aussprache über die Leistung eines deutschen Wehrbeitrags muß so rasch wie möglich von unten nach oben durchgeführt werden. Sämtliche Organe des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der ihm angeschlossenen Gewerkschaften haben sich für die Aussprache über dieses Problem zur Verfügung zu stellen;
2. Bundesvorstand und Bundesausschuß sollen die Vorbereitungen zur Verhinderung des deutschen Wehrbeitrages durch geeignete Maßnahmen treffen;
3. die Bildung eines bevollmächtigten Ausschusses, dessen Aufgabe es sein muß, die wirtschafts-, sozial- und kulturpolitischen Forderungen des DGB zusammenzufassen und ihre Realisierbarkeit in einem fest abgesteckten Zeitplan zu überprüfen und darüber hinaus geeignete Vorschläge auszuarbeiten, wie die erhobenen Forderungen verwirklicht werden können.

Dieses gewerkschaftliche Gesamtprogramm muß als deutscher Entwicklungsplan im Rahmen internationaler Möglichkeiten der Öffentlichkeit so rasch wie möglich als Gegenprogramm zu einem deutschen Wehrbeitrag vorgelegt werden.“

Die Resolution spricht sich unmißverständlich, unverklausuliert und ohne alle Winkelzüge gegen einen Wehrbeitrag aus. Sie verlangt eine offene Diskussion in allen Einheiten des DGB und der Industriegewerkschaften. Die SPD-These: äußerliches Nein, aber innerliches Ja — ist also nicht in der Resolution enthalten. Das deutet darauf hin, daß die Ereignisse über die Winkelzüge der SPD-Führung hinweggehen, daß ein Teil der Mitglieder und der unteren Funktionäre der SPD ihr Nein anders meinen als die **Schumacher** und **Ollenhauer**. Ernste Unstimmigkeiten innerhalb der SPD sind also nicht ausgeschlossen, wenn allen klar wird, was der Parteivorstand wirklich will und tut. Die Schwäche der EntschlieÙung ist, daß sie von Bundesvorstand und -ausschuß erwartet, daß sie „Vorbereitungen zur Verhinderung des deutschen Wehrbeitrages treffen“, anstatt an Ort und Stelle Demonstrationen zu beschließen.

Die Stimmung der Konferenz war interessant. Die Kommunistenhetze von Lorenz **Hagen**, Landesbezirksvorsitzender in Bayern, verfiug so wenig wie das Spielen Fettes auf den Geföhlen der Kollegen. Er habe ja auch zwei Söhne im wehrfähigen Alter, also müsse man ihm glauben, daß er kein Militarist sei. Er zitierte einen Brief eines alten Arbeiters, der den Wehrbeitrag bejahte; damit ertete er schallendes Gelächter. Fette versuchte dann gar nicht mehr, die Kollegen zu überzeugen, er bat sie lediglich, seinen Standpunkt zu achten. Begonnen hatte er mit der Anrede: „Liebe Freunde — so wage ich trotz allem jetzt noch zu sagen (. . .)“. Vom Hoff machte keine bessere Figur. Er war zerstreut, wurde ständig von Zwischenrufen unterbrochen, und während seiner Rede steigerte sich die Unruhe. Sein Beispiel von der Betriebsfeuerwehr löste lediglich lautes Lachen aus. — Hagen versuchte eine Stunde lang, einige Punkte der Resolution abzuändern. Seine sämtlichen Vorschläge wurden jedoch abgelehnt. — Dagegen fanden alle Diskussionsredner, die sich eindeutig im Sinne der Resolution äußerten, ungeteilten Beifall.

Diese Konferenz ist die bisher stärkste Ohrfeige für die Fette & Co. und die klarste Desavouierung der DGB-Führung. Sie treibt ihre Aufrüstungspolitik ohne

Unterstützung der Mitgliedschaft, die jetzt allmählich anfängt zu rebellieren. Resolutionen in Betrieben und Gewerkschaftsversammlungen, Warnstreiks, Demonstrationen sind **Zeichen des beginnenden Widerstandes gegen die Fette-Politik**. Noch beherrschen die Fette und Genossen den Gewerkschaftsapparat; das ist ihre Stärke. Die Opposition ist noch unorganisiert; das ist ihre Schwäche. Sie muß sich organisieren, die **Diskussion in allen Gewerkschaftsorganisationen** entfachen und ihrem Willen in **machtvollen Demonstrationen** Nachdruck verleihen. Dann wird Adenauer vor den Massen der Gewerkschaftler erzittern, wie 1920 Kapp vor ihnen erzitterte und nach 4 Tagen verschwand.

UM DIE MUNITIONSENTLADUNG IN HAMBURG

(aus: Arbeiterpolitik Nr. 6/1952)

Auf dem Kongreß der Gewerkschaft „Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr“ (Ö.T.V.) vom 18. bis 22. Februar 1952 in Hamburg erklärte der Vorsitzende Kummernuß gegen Ende der Tagung: „Remilitarisierung – Nein!, Ohne mich – Nein!, Wehrbeitrag – Nein!“

Während Kummernuß diese Worte sprach, verhandelten seine Kollegen vom Bezirk Hamburg mit den Unternehmerorganisationen im Hamburger Hafen über die Löschung von Munitionsdampfern. Als Ergebnis dieser Verhandlungen, **die unter Ausschluß der Betriebsräte geführt wurden**, wurde den Hafendarbeitern folgendes Schreiben zugesandt:

„Betr. Be- und Entladung von Munition.

Durch das Urteil des Landesarbeitsgerichtes Hamburg vom 5. November 1951 A.Z.: 20/S 9378/51 sind mit Bezug auf den Umschlag von Munition Unklarheiten unter den Hafendarbeitern entstanden.

Um für die Zukunft eine reibungslose Verteilung der Gesamthafendarbeiter durchführen zu können, muß daher die Gesamthafenbetriebs-Ges. m.b.H. darüber unterrichtet sein, welcher Gesamthafendarbeiter bereit ist, diese Arbeit auszuführen und wer sie ablehnt.

Demgemäß fordern wir Sie hiermit auf, auf beigefügter Karte spätestens bis zum 5. März 1952 aufzugeben, ob Sie bereit sind, derartige Arbeiten zu verrichten oder nicht.

Auf Grund einer Vereinbarung zwischen Arbeitsgemeinschaft Hamburger Hafenfachvereine e.V. und der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Ortsverwaltung Hamburg, wird mit Wirkung vom 6. März 1952 für die Bearbeitung von Munition ein Lohnaufschlag von 20 Prozent auf den Lohn der jeweiligen Schicht gezahlt.

Gesamthafenbetriebs-Ges. m.b.H.“

Dem Schreiben hing folgende Karte an:

*„Betr.: Be- und Entladung von Munition.
Ich bin bereit die Arbeit zu verrichten.“*

JA – NEIN

Nichtzutreffendes durchstreichen

Einteilungs-Nr. . . .

Unterschrift“

In einem Flugblatt der verschiedenen KP-Organisationen für den Hafen (Hamburger Hafen-Friedenskomitee, Kampfausschuß der Hamburger Hafentarbeiter – Ausschuß der Konferenz der Hafentarbeiter, Seeleute und Binnenschiffer) wurden die Hafentarbeiter aufgefordert:

„Darum verbrennt geschlossen alle Schreiben, die euch auffordern, mitschuldig zu werden am Tod Eurer eigenen Frauen und Kinder. Das Landesarbeitsgericht erklärte am 5. 11., daß die Bearbeitung von Kriegsmaterial keine zumutbare Arbeit ist.“

Etwa eine Woche später erschien ein neues Flugblatt, unterzeichnet diesmal nur mit „Ausschuß der Hafentarbeiter, Seeleute und Binnenschiffer“ (eine KP-Organisation). Darin heißt es:

„Der erste Erfolg eurer einmütigen Ablehnung jeder Verladung von Munition ist da! Die Erpressungskarten an alle Kollegen sind so eindeutig auf Ablehnung gestoßen, daß die GHBG jetzt in einer Bekanntmachung erklärt, daß fehlende Antworten Bereitschaft zur Verladung von Munition bedeuten sollen (. . .)“

Die Geschäftsführung der Gesamthafenbetriebsleitung hatte in der Tat inzwischen eine Erklärung herausgegeben, daß nichteingesandte Karten als Einverständnis mit der Munitionsentladung gerechnet werden sollten. Uns liegen beim Schreiben dieser Zeilen endgültige Ergebnisse noch nicht vor; aber soviel uns bekannt ist, entsprechen die Behauptungen des obenerwähnten KP-Flugblattes nicht den Tatsachen. Von einer „einmütigen Ablehnung“ kann gar keine Rede sein. Ungefähr die Hälfte der Hafentarbeiter haben ihre Bereitschaft mit Ja ausgedrückt. Am schlechtesten hat bei dieser Abstimmung der Schuppen 2 abgeschnitten, wo der inzwischen entlassene KPD-Kollege **Kunstowicz** bis vor einigen Tagen Betriebsrat war. Dort stimmte der größte Teil der Hafentarbeiter für die Entladung mit JA. In anderen Schuppen, wo der KPD-Einfluß geringer ist, ist das Ergebnis umgekehrt. Offensichtlich hat die KP-Friedenspropaganda auf dem Boden von Arbeitsgerichtsurteilen die Wirkung gehabt, daß die Arbeiter eher mit Ja als mit Nein gestimmt haben.

Wie groß der Einfluß der KPD auf die Hafentarbeiter in der alten revolutionären Hochburg Hamburg heute ist, kann man an der Wirkung eines Flugblattes erkennen, das, unterzeichnet von dem Vorsitzenden der damaligen Streikleitung aus dem Hafentarbeiterstreik, **Willi Bodenstein**, unter genauer Zeitangabe für den 7. 2. 1952 zum Warnstreik gegen das Wehrgesetz aufforderte: „Keiner betritt morgens vor 7.15 Uhr und nachmittags vor 15.45 die Barkassen.“ Diese Aufforderung wurde von den Hafentarbeitern überhaupt nicht beachtet.

* * *

Wie auch immer die Hafendarbeiter den oben erwähnten Brief beantwortet haben mögen, die Angelegenheit ist damit nicht erledigt. Bisher sind alle Waffen- und Munitionstransporte gelöscht worden, obgleich ein Teil kriegsgegnertischer Hafendarbeiter diese Arbeit verweigert und auch in Zukunft verweigern wird. Auch diese geringen Störungen sollen von jetzt ab mittels der Listen aus der Welt geschafft werden.

Soll deshalb auf den Kampf gegen die Kriegspolitik verzichtet werden? Nein! Er muß verstärkt und vertieft werden. Aber wie?

Wäre die Arbeiterklasse heute schon **so stark**, daß sie geschlossen die Verladung und den Transport von Kriegsmaterial verweigern würde, gäbe es auch keine Kriegsgefahr. Es gibt Indifferente und Enttäuschte, die aufgeklärt und gewonnen werden müssen, und gelbe, asoziale Elemente, die sich zu Streikbrechern und Technischer Nothilfe entwickeln und bekämpft werden müssen. Die Furcht vor dem Kriege und der Wille, dagegen „etwas zu tun“, ist weit verbreitet. An diesen Willen muß angeknüpft werden. Es gilt solche Maßnahmen zu ergreifen, die **der sich formenden Kampfkraft und Stärke entsprechen**. Zu Protestaktionen, die nicht sofort den ganzen Einsatz der Existenz erfordern, sind — trotz ihrer Enttäuschungen — nicht nur die Hafendarbeiter bereit, sondern in einer Stadt wie Hamburg Zehntausende. Die KPD mit ihren sinnlosen Parolen, die wie Befehle erteilt werden, ist zur Führung dieser Aktion völlig unfähig. Sie ist heute geradezu ein Hindernis für die Aktivierung aller derjenigen, die zu protestieren und zu demonstrieren bereit sind, aber nicht in den Geruch kommen wollen, im Schlepptau der KPD zu handeln.

* * *

Die Hafen-Betriebsräte nahmen zu diesen Fragen folgende EntschlieÙung an:

„In der Erinnerung des Ausspruches des Kollegen Kummernuß in Hamburg, der da lautete, bis hierhin und nicht weiter, fordern die Betriebsräte der Gesamthafendarbeiter in Hamburg die Gewerkschaft Ö.T.V. auf, sofort mit allen Mitteln schärfste Maßnahmen zu ergreifen, um die Durchführung des Wehrbeitrages, welcher niemals zum guten und demokratischen Aufbau Deutschlands führt, zu verhindern.

Ferner fordern wir den Ortsausschuß Hamburg sowie den Hauptvorstand in Stuttgart auf, die nötigen Schritte im Bundestag zur Ablehnung des Wehrbeitrages zu unternehmen.

Diese EntschlieÙung wurde in der Betriebsräte-Vollsitzung der Gesamthafendarbeiter der Gesamthafenbetriebsgesellschaft m.b.H. Hamburg II, Hohe Brücke 4, am Mittwoch, dem 6. Februar 1952 mit einer Stimmenthaltung angenommen.

Hamburg, den 6. Februar 1952.

gez. Reinert“

Die Resolution der Betriebsräte ist richtig. Man muß **von den Gewerkschaften** fordern, daß sie dem Widerstandswillen gegen die Remilitarisierung Form und Organisation geben. Aber das beste Mittel, den nötigen Druck auf die oberen Instanzen auszuüben, ist, in den unteren Organisationen und in den Branchen zu

beraten, in welcher Form der Protest organisiert und so gewaltig gemacht werden kann, daß er oben nicht überhört werden kann. Wenn eine solche Atmosphäre des Kampfes geschaffen ist, wenn Hamburger Hafengewerkschaften eine Demonstration organisieren, welche die übrige Arbeiterschaft mobilisiert, dann kann sogar zur Verweigerung der Verladung von Mordwerkzeugen Stellung genommen werden. Das ist dann nicht mehr nur die mutige Haltung einzelner Vortrupps ohne Rückhalt, sondern der Vortrupp, der an der Spitze Zehntausender im Gesamtkampf der klassenbewußten Arbeiter eine wichtige Teilarbeit ausführt. Daß dieser Kampf notwendig ist, verstehen die meisten Hafendarbeiter, daß und wie er geführt werden kann, muß sorgfältig durchberaten werden mit Leuten, die davon etwas **verstehen**. Die KPD-Beamten, die davon nichts verstehen, muß man abseits lassen, weil sie nur hindern. Im Hafen gibt es Hunderte, die in der Vergangenheit bewiesen haben, daß sie nicht nur den Willen, sondern auch die **Fähigkeit** haben, diese Aufgabe zu meistern.

Der 2. ordentliche Bundeskongreß des DGB in Berlin:

FÜHRERABLÖSE – ABER KEIN KURSWECHSEL

(aus: *Arbeiterpolitik* Nr. 21/1952)

Der 2. ordentliche Bundeskongreß des DGB tagte vom 13. bis 17. Oktober in Berlin. Zwei entscheidende Ereignisse des Jahres 1952 gaben ihm das Gepräge. Die starke Opposition gegen die Remilitarisierung, die sich zu Anfang des Jahres unter den Mitglieder massen der Gewerkschaften geltend machte, und die Niederlage in der Betriebsverfassungsaktion. Wie sehr auch die Gewerkschaftsspitzen bemüht waren, diese brennenden Fragen in einer Flut von Details verschwinden zu lassen, die Diskussion zeigte, daß gerade sie im Mittelpunkt des Interesses stehen. [...]

Die Remilitarisierung

Dieser peinlichen Frage wünschte die Gewerkschaftsführung aus dem Wege zu gehen. Gleich am ersten Tag des Kongresses war ein Antrag abgelehnt worden, den „Verteidigungsbeitrag“ als besonderen Tagesordnungspunkt anzusetzen. Im vierstündigen Geschäftsbericht Fettes nahm dieser Punkt nicht mehr als 13 Zeilen ein.

Die Delegierten machten diesen Absichten einen Strich durch die Rechnung. Neben der Betriebsverfassungsaktion beschäftigte sie diese Frage am stärksten. Strothmann und Eßl erklärten, daß die Haltung des DGB-Vorstands zur Remilitarisierung eine wichtige Ursache der Vertrauenskrise in den Gewerkschaften sei.

Ernst Scharnowski (ÖTV) hetzte munter drauflos. „Wenn einzelne Delegierte des Kongresses in der Diskussion den Wehrbeitrag ablehnen, so müsse er doch

auf die Tatsache hinweisen, daß in der sogenannten ‚Deutschen Demokratischen Republik‘ bereits drei Armeen Volkspolizei stehen. Wenn die sowjetischen Funktionäre sagen, daß die westdeutschen Gewerkschafter gegen die kapitalistische Ausbeutung sich zur Wehr setzen sollten, so müsse doch festgestellt werden, daß drüben in der Zone ein Kapitalismus herrsche, wie er schlimmer nicht gedacht werden könne. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.) In der Frage des Wehrbeitrages dürfe sich niemand vor der Verantwortung drücken!“

Werner Hansen (Landesbezirk Nordrhein-Westfalen) gehörte auch zu jenen, die „die Gefahr aus dem Osten“ sehen. Immerhin sagte er: „Wir, die wir etwas weiter aus der Bonner Atmosphäre kommen, sehen aber auch eine große Gefahr. Wir dürfen nie aus dem Auge verlieren, daß mit dem Wiedererwachen eines deutschen Militarismus auch eine große innenpolitische Gefahr aufsteigt.“ (Beifall, sehr gut!)

Karl Morschhäuser (Metall) bezeichnete richtig Scharnowskis Ausführungen als Hetzrede. Er bezeichnete die Entwicklung seit dem Essener außerordentlichen Bundeskongreß als alarmierend. Die riesigen Profite, die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, die Regierungsdrohungen usw. — all dies stehe in engem Zusammenhang mit der Eingliederung Westdeutschlands in den Atlantikpakt. Der Beschluß des Bundesvorstandes und Bundesausschusses zum Wehrbeitrag habe nicht die Zustimmung der Mitglieder gefunden. Die Kollegen seien der Meinung, daß die Gewerkschaften ihr Veto gegen den Abschluß der Verträge einzulegen hätten. Die sachlich richtigen Äußerungen Morschhäusers wurden dauernd unterbrochen und gingen dann im allgemeinen Tumult unter.

Das Aufrollen der Remilitarisierungsfrage zwang Fette, in seinem Schlußwort ausführlicher auf sie einzugehen. Er tat dies sehr offenerzig:

„Alle die, die die Demokratie bedrohen, und die nicht gewillt sind, sie mit uns zu verteidigen, bleiben unsere Widersacher, ob in unserem Lande oder außerhalb unserer Grenzen.“

Liebe Freunde, ich zitiere nicht gerne verstorbene Kollegen, aber weil ich immer gesagt habe, daß wir das Werk Hans Böcklers fortsetzen, muß ich hier ein Zitat bringen, das nicht jedem bekannt ist, das auch nicht veröffentlicht wurde; es kann aber eingesehen werden. Ich habe die Übersetzung des Auszuges aus einem Protokoll des Interviews von Mr. Davies, dem parlamentarischen Sekretär, mit Dr. h. c. Böckler in Düsseldorf am 16. Januar 1951. Mr. Davies fragte Herrn Böckler nach seiner Ansicht hinsichtlich der Remilitarisierung. Böcklers Antwort lautete, daß die Gewerkschaften grundsätzlich gegen eine Remilitarisierung seien. Alle Menschen mit gesundem Menschenverstand seien sich jedoch darüber im klaren, daß die geographische und politische Situation Westdeutschlands in Europa eine Neutralität ausschließe und solange gewisse Bedingungen erfüllt würden, würden die Gewerkschaften keine feindselige Haltung einnehmen. Nichts anderes habe auch ich vertreten. (. . .)

Wir sollten auch über dieses Kapitel nicht mehr viel reden, sondern wir sollten uns auf dem Boden weiter unterhalten, den wir bezogen haben, wo wir sagen, daß die Entscheidung über diese so hohe wichtige Frage in die Hände des gesamten Volkes zu legen ist. Ich sage immer wieder: ein Volk, das nicht bereit ist, seine Freiheit zu verteidigen, ein solches Volk geht unwei-

gerlich den Weg zur Diktatur. Nach der Schwenkung in der Einstellung zum Osten hat sich auch in Deutschland eine gewisse Wandlung vollzogen. Als alter Sozialdemokrat möchte ich doch den Delegierten nicht vorenthalten, welche **Stellungnahme die SPD jetzt zu diesem Komplex einnimmt, und zwar neuerdings auf ihrem Parteitag in Dortmund. Es heißt da in dem Beschluß: Die SPD strebt ein wirksames System kollektiver Sicherheit an, in dem Deutschland gleichberechtigt und ohne Gefährdung seiner Wiedervereinigung beteiligt ist. Mir scheint, daß sich diese Fassung sehr stark dem Gedanken annähert, den ich von Anbeginn bis heute vertreten habe. Das festzustellen, ist mir eine ganz besondere Freude.**"

Auch Fettes Gegner, Freitag, hat zur Remilitarisierung gesprochen und gesagt: „Ich persönlich bin der Auffassung, daß wir als Gewerkschaft einiges **anderes zu tun haben, als uns um den Wehrbeitrag zu kümmern. Der Wehrbeitrag ist eine Aufgabe, die auf der politischen Ebene gelöst werden mußte, um die sich die politischen Parteien kümmern mußten und die dort zur Entscheidung kam. (Hört, hört!) Meine lieben Freunde, ich möchte jetzt sagen, die Gewerkschaften sind nicht dafür da, dasjenige gutzumachen, was die Bevölkerung bei der Wahl zum Bundestag verfahren hat.**" (Unruhe.)

Gibt es einen besseren Beweis dafür, daß sich all die „alten Sozialdemokraten“ Böckler, Freitag, Fette, vom Hoff, August Schmidt und wie sie sonst heißen, im Grunde einig sind? Fette sagt wenigstens ganz offen Ja, Freitag schiebt diese Frage dem Parlament zu, wobei er natürlich weiß, welche Antwort dort gegeben wird. [. . .]

Freitag statt Fette

Es war sozusagen ein öffentliches Geheimnis, daß auf dem Kongreß der Versuch gemacht werden wird, Freitag an die Stelle Fettes zu setzen. Wir sahen, daß es keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten sind, die die beiden „alten Sozialdemokraten“ trennen. Und doch ist die Ablösung Fettes mehr als den Erwägungen des Cliquenkampfes geschuldet.

Der Hintergrund des Wechsels im Vorsitz ist die weitverbreitete Unzufriedenheit der Mitgliedermassen mit der DGB-Politik. Trotz seiner taktischen Wendungen ist Fette das Symbol des gewerkschaftlichen Ja zur Remilitarisierung geblieben und wird als verantwortlich für die Kapitulation in der Betriebsverfassungsaktion angesehen. Ohne daß sich das Geringste an der Politik des DGB ändert, erweckt ein Personalwechsel den Eindruck, daß sich was ändert. In den Betrieben hatte auch Freitags Wahl ziemliche Hoffnungen ausgelöst. Die Erwartung, das ramponierte Vertrauen der Mitgliedschaft durch die Absägung Fettes einigermaßen wiederherzustellen, spielte zweifellos unter den Delegierten eine Rolle, die nicht mit leeren Händen heimkehren wollten. Und dies zeigt, daß eine Gewerkschaftsopposition sehr wohl Wirkungen erzielen kann. Die verbreitete Hoffnungslosigkeit, man könne ja doch nichts machen, die Bürokratie sei allmächtig usw., ist völlig unberechtigt. Die Massenproteste gegen die Remilitarisierung, der wuchtige Aufmarsch gegen das Betriebsverfassungsgesetz haben die Führerablösung nötig gemacht. Je stärker die wirkliche Bewegung in den Mit-

gliedermassen sein wird, um so weniger Manövrierraum wird der Gewerkschaftsführung gelassen.

Ein Kompromißvorschlag wurde eingebracht, drei gleichberechtigte Vorsitzende zu wählen: Fette, Freitag und Schmidt. Nachdem Schmidt abgelehnt hatte, erfolgte die Abstimmung über Freitag und Fette als gleichberechtigte Vorsitzende. Sehr knapp lehnten dies die Delegierten mit 218 für und 111 Stimmen dagegen bei 9 Enthaltungen ab. (Da dieser Vorschlag eine Satzungsänderung notwendig gemacht hätte, konnte er nur bei einer Zweidrittelmehrheit angenommen werden.)

Bei der Abstimmung über einen ersten Vorsitzenden erhielt Freitag 184, Fette 154 Stimmen; 18 Stimmzettel wurden weiß abgegeben.

Mit vollem Recht hieß es im Leitartikel der Sonderausgabe der „Welt der Arbeit“ am 18. Oktober: „An dem Inhalt der Gewerkschaftspolitik ändert sich damit nichts.“ [...]

BROSCHÜRENVERZEICHNIS

August Thalheimer

Einführung in den dialektischen

Materialismus

Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau vor chinesischen Studenten; 1927; Erweitert um das Vorwort zur amerikanischen Ausgabe 1935; Nachdruck 190 S./Klebebindung 6,00 DM

August Thalheimer

Über die sogenannte

Wirtschaftsdemokratie

Zu den Vorstellungen des ADGB (Naphtali) über die Umwandlung der kapitalistischen Ordnung 1928; Mit einem Nachwort zur Montan-Mitbestimmung 1981
53 S./Broschur 3,00 DM

August Thalheimer

Um was geht es?

Zur Krise in der kommunistischen Partei.

Eine offene Rede zum Offenen Brief der Exekutive der Komm. Internationale an die KPD über die rechte Gefahr in der KPD; Dez. 1928; Nachdruck 32 S./Broschur 1,50 DM

Plattform der KPD-Opposition

Ergebnis zweijähriger Diskussion in der KPD-O über den Weg zur proletarischen Revolution in Deutschland; Dez. 1930; Nachdruck 75 S./Broschur 3,00 DM

August Thalheimer

1923 – Eine verpaßte Revolution?

Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923; Nach einem Vortrag 1931; Nachdruck 32 S./Broschur 1,50 DM

August Thalheimer

Wie schafft die Arbeiterklasse

die Einheitsfront gegen den Faschismus?

1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus. 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik gegen den Faschismus versagt und wie muß sie geändert werden?; 1932
34 S./Broschur 1,50 DM

Enderle, Schreiner, Walcher, Weckerle

Das rote Gewerkschaftsbuch

Werdegang der Gewerkschaften; Von der Prosperität zur Krise; Bedingungen des Kampfes; Entwicklung und „Fehlentwicklung“; Gewerkschaften und politische Parteien; Kampf um die Revolutionierung der Gewerkschaften; Spezialfragen; 1932; Nachdruck, mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik 1981
192 S./Klebebindung 6,00 DM

Der Faschismus in Deutschland (Bd. 1)

Analysen der KPD-Opposition aus der Zeit von 1928 bis Mai 1933 aus der Zeitschrift „Gegen den Strom“; Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik von 1973; Nachdruck des 1973 bei der Europäischen Verlagsanstalt erschienenen und inzwischen vergriffenen Buches; erweitert um zwei neue Abschnitte: „VII. Faschistische Parolen und Schlagworte“ und „VIII. Die praktische Anwendung im Abwehrkampf“.
296 S./Klebebindung 12,00 DM

NEU: Gegen den Strom (1928–1935),

Theoretisches Organ der KPD-O, mit wichtigen Dokumenten über die Auseinandersetzungen innerhalb und außerhalb der KPD: „Sozialfaschismus“/RGO, Entwicklung von SPD und ADGB; Faschismus . . .

Vorwort von Prof. Abendroth.

ca. 2 200 S./fester Einband

ca. 155,00 DM

Der internationale Klassenkampf

(Februar 1936 – Juni 1939) Mit Beiträgen zum spanischen Bürgerkrieg, zur Volksfrontpolitik in Frankreich und Spanien und zur Entwicklung in der SU.
242 Seiten 10,00 DM

August Thalheimer

Die Potsdamer Beschlüsse

Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem Zweiten Weltkrieg; September 1945

32 S./Broschur

1,50 DM

August Thalheimer
Die Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion
Die SU von heute und die sozialistische Revolution in fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern; 1946; Nachdruck, mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik von 1952
43 S./Broschur 2,00 DM

August Thalheimer
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg
Veröffentlicht unter dem Pseudonym Aldebaran; Anfang 1946; Nachdruck
27 S./Broschur 1,50 DM

August Thalheimer
Zurück in die Eierschalen des Marxismus?
Zum Existenzialismus als bürgerliche Philosophie; 1946
30 S./Broschur 2,00 DM

Waldemar Bolze
Der Weg der Gewerkschaften
Aus der Geschichte des zweimaligen Zusammenbruchs der Gewerkschaftsinternationale; Proletarischer Internationalismus oder nationale Beschränktheit; Die Arbeiterklasse beginnt sich wieder zu sammeln; Demokratie oder Diktatur; Geschrieben noch in der Emigration, Frankreich 1946, Vorwort 1970/77.
181 S./Klebebindung 6,00 DM

Waldemar Bolze
Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion
Auseinandersetzung mit der Kritik an der SU in Kravchenkos „Ich wählte die Freiheit“ (Bolze 1947) und Solschenizyns „Archipel Gulag“ (Gruppe Arbeiterpolitik 1974); Vorwort von 1974
68 S./Broschur 3,00 DM

Heinrich Brandler
Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution
Nachdruck des zur internen Diskussion vervielfältigten Manuskriptes von 1950; Vorwort von 1981
ca. 120 S./Klebebindung 8,00 DM

Volksfrontpolitik, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens.
Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“, Organ der IVKO (Intern. Vereinigung d. Komm. Opposition), von 1935 bis 1939; Vorwort 1974; Nachdruck
95 S./Klebebindung 4,00 DM

Die Bremer Linksradikalen
Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920; Gruppe Arbeiterpolitik, Bremen, zweite erweiterte Auflage 1980
65 S./Broschur 2,50 DM

Arbeiterpolitik
November 1948–Juli 1950
Die ersten 29 Ausgaben der Zeitschrift Arbeiterpolitik, einschließlich des Sonderheftes von Oktober 1949 „Offene Worte an Kommunisten“; Nachdruck, ausführliches Inhaltsverzeichnis; Artikel u.a. zu folgenden Themen: Sechs Monate nach der Währungsreform; Kampf gegen die Demontagen; Klassenjustiz; Gemeindewahlen; Wirtschaftsdemokratie oder Produktionskontrolle, Der Lastenausgleich; Das Ruhrstatut; Kampf um die Arbeiterkontrolle; Hamburger Hafentarbeiter; 32 Jahre Sowjetunion; BR-Wahlen bei Opel-Rüsselsheim; Nach der Bildung der Ostzonenregierung, Parteiführung zerschlägt die KPD; Deutsche Gewerkschaftsbewegung nach 1945; Der Konflikt Stalin–Tito; Stalin als Außenpolitiker; Lohnbewegung und Mitbestimmung im Bergbau; China und die SU; Die Wurzeln der Politik der KPD; Hamburger Parteitag der SPD; Hände weg von Korea; DGB verhandelt, die Unternehmer rüsten zum Klassenkrieg Broschüre: Offene Worte an Kommunisten
440 S./Klebebindung, 2. Aufl. 15,00 DM

Briefe an unsere Leser 1960–1962
Informationsbriefe der Bremer Gruppe Arbeiterpolitik, u.a. mit Artikeln H. Brandlers; einfacher Nachdruck, 2 Jahrgänge in einem Band
ca. 210 S. Schreibmaschine/
Klebebindung 10,00 DM

Briefe an unsere Leser 1963—1965
Informationsbriefe der Bremer Gruppe
Arbeiterpolitik, u.a. mit Artikeln H.
Brandlers. Einfacher Nachdruck, 2 Jahr-
gänge in einem Band.
ca. 210 S. Schreibmaschine/
Klebebindung 10,00 DM

Arbeiterpolitik-Einzelhefte
Einzelhefte ab 1/1965 lieferbar,
0,50 bis 2,50 DM

**Arbeiterpolitik — komplette Jahrgänge
ab 1965**
Die Informationsbriefe der Gruppe Ar-
beiterpolitik eines Jahres zusammen mit
allen Beilagen, Flugblättern usw.
ca. 5—8 Hefte 8,00 bis 16,00 DM

Arbeiterpolitik-Abonnement
Die Informationsbriefe der Gruppe Ar-
beiterpolitik erscheinen ca. 8 mal im
Jahr mit ca. 20 bis 36 Seiten, dazu The-
men-Beilagen, Lokal-Beilagen und Son-
derhefte. Berichte und Kommentare zur
internationalen Arbeiterbewegung, zu
den weltpolitischen Ereignissen, zur In-
nenpolitik und vor allem zur Entwick-
lung der westdeutschen Gewerkschaften
und ihrer Mitglieder; Diskussionsartikel;
Arbeiterkorrespondenzen;
Abonnement für ein Jahr,
incl. Porto, z.Zt. 20,00 DM

Immer noch Kommunist? Erinnerungen
von Paul Eiflein 10,00 DM

In der Friedensbewegung hat sich nach dem „heißen Herbst“ 1983 allgemeine Ernüchterung ausgebreitet. Die Zeit der Massendemonstrationen, Großkundgebungen und ähnlicher Aktionen scheint vorbei, Teilnehmerzahl und Interesse (z. B. an den Ostermärschen und der „Volksbefragung“ 1984) geht zurück. Dies ist keine zufällige Entwicklung, die sich mit moralischen Appellen aufhalten ließe.

In dieser Situation stellt sich nach wie vor die Frage, ob es der Friedensbewegung unter dem Zeichen des „Minimalkonsenses“ gelingt, die größtmögliche Wirksamkeit zu erreichen, oder ob sie zur Bedeutungslosigkeit herabsinkt. Dabei spielt unseres Erachtens eine grundlegende Auseinandersetzung mit den offenen Fragen eine wesentliche Rolle, denen bisher aus dem Weg gegangen wurde. Genau solche Punkte versucht diese Broschüre anzusprechen.

Im 1. Teil geht es um die Krise der Friedensbewegung. Es wird versucht, einige Antworten zu geben auf Fragen wie: *Krieg in Europa und/oder in der „Dritten Welt“? Was sind die Ursachen der Kriegsgefahr? Was will die NATO? Ist Ost = West, wie ist die sowjetische Rüstung einzuschätzen? Was für ein Interesse könnte die BRD eigentlich daran haben, sich zu einem Schlachtfeld zu machen? Und wo bleibt denn dieser „schlafende Riese“ Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung?*

Im 2. Teil wird das Verhältnis von Gewerkschaftsbewegung und Kriegsgefahr von den Anfängen bis heute behandelt.

Im 3. Teil wird mit Artikeln aus der Zeitschrift „Arbeiterpolitik“ aus den Jahren 1950–52 dokumentiert, wie die damalige Friedensbewegung im Spannungsfeld von Sozialdemokratie, Gewerkschaftsführungen, Regierungspolitik und „Wirtschaftswunder“ zerrieben wurde – was auch heute zu denken geben sollte.

Die Ernüchterung in der Friedensbewegung kann zugleich Chance sein, sich in offener Diskussion und Selbstbesinnung mehr Klarheit und damit wieder politische Kraft zu verschaffen. Dazu wollen wir einen Beitrag leisten.